

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

NR. 257

25. NOVEMBER 1978

1,50 DM

incl. 6% Mwst.

D 1870 CX



Fotos: Demonstration der Initiative
KITATAG in Frankfurt, 18.11.78
Bericht dazu auf S. 15

Zeitungslesen

"MENSCH, HAB ICH MICH GEÄRGERT ..."FRANKFURT
November 78Solidarische Kritik an der neuen linken
"Tageszeitung"? Gern! Aber eigentlich
bin ich stinkwütend. Bei einem Fest in

Frankfurt sagte ein Mitarbeiter der Tageszeitung, von dem ich nicht weiß, ob er da noch drin steckt, der Bericht in der "Tageszeitung" (0-Nr. 1 vom 22. September, Seite 1) sei vorbildlich für einen guten Bericht in der Tageszeitung. Und da ist mir der Kragen geplatzt, denn ich finde gerade den zum Speien: Ein Bericht, der sich am herkömmlichen orientiert, Zeitungslesegeohnheiten und die Vorstellung, wie ein Zeitungsbericht auszu-
sehen habe, so beispielhaft übernimmt. Soweit ich weiß, ist der Bericht von einer Hamburgerin geschrieben, die sowas noch nie gemacht hat. Daß sie unsicher war und sich an dem orientierte, was sie kannte, ist ihr nicht vorzuwerfen. Ich kritisiere die Redaktion, die so was übernimmt ohne zurückzufragen, mit der Autorin zu reden oder Werftarbeiter zu suchen, um sie zu befragen. Ich habe versucht, den Bericht Satz für Satz zu lesen und "auseinanderzupflücken", als Beispiel dafür, wie ichs bestimmt schlecht finde, zu berichten. Let's go:

Zur Überschrift:

Der Vorstand kann gehen Wir bleiben bestehen

Diese Überschrift ist mißverständlich. Sie schaut so aus, als wenn gleich hinterher jemand, nämlich "Wir, die bestehen bleiben" berichtet. Dem ist nicht so. Sehen wir weiter:

HAMBURG/KIEL (taz, Reuter). Gegen die drohenden Entlassungen bei den Howaldtwerken Deutsche Werft AG (HDW) in Hamburg haben gestern 4000 Beschäftigte der Werke Ross und Reiherstieg drei Stunden lang die Arbeit verweigert.

Also, meinetwegen Krümelkackerei, aber: Nicht gegen die "drohenden Entlassungen", sondern dagegen, daß die Firmenleitung mit Entlassungen droht oder dagegen, daß Entlassungen drohen, wenn die Werft anders arbeitet, wurde gestreikt. Die Arbeit verweigert? Was haben die denn wirklich gemacht? Gestreikt, wild gestreikt, die Mittagspause verlängert?

Spontan demonstrierten sie gegen die Pläne des HDW-Vorstandes, in Hamburg vorerst 1500 Arbeiter zu entlassen. Der Schiffsneubau soll eingestellt, das Werk Reiherstieg geschlossen und die Reparaturarbeiten um 20 % gesenkt werden.

Woher kommen diese Informationen?

Nach Meinung einiger Arbeiter geht der Trend zur Zeit dahin, die verschiedenen HDW-Werften in Hamburg an Blohm & Voss zu verkaufen. Offenbar ist die Salzgitter AG, die mit 70 % an der HDW beteiligt ist, nicht bereit, die 400 Arbeitsplätze in Hamburg zu erhalten.

Der Trend der Zeit? Wie sieht denn dieser "Trend" aus? Wessen Interessen dient der Verkauf? Ich denke immer noch, daß

da nicht der Trend der Zeit sondern wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen. Oder ist Howaldt ein kleiner Familienbetrieb, der vom Monopolkapitalismus aufgekauft wird? Ist der Laden pleite?

Ein Grund für die Arbeiter, sich erstmals nach vielen Jahren zu wehren.

Wär' ich Arbeiter bei HDW, würd' ich dem Berichterstatter einen Hammer nachwerfen. Soweit ich weiß, wehren sich die Hamburger Werftarbeiter nicht erst seit heute. Und wenn das bei Howaldt bisher anders — doch wohl die Ausnahme war — warum ist das so?

Bei den Betriebsversammlungen am Dienstag und Mittwoch war denn auch die Beteiligung entsprechend hoch. Schon am ersten Tag gab es 35 Wortmeldungen. Reden konnten jedoch nur 12 Kollegen, weil die Betriebsleitung durch langgezogene Beiträge die restlichen 23 nicht zu Wort kommen ließ. Der sonst übliche Beifall für die Betriebsleitung fiel diesmal vollkommen aus.

Wenn ich meine, ich wollte mehr über die Arbeiter, die Traditionen, den Alltag, den Hintergrund der Kämpfe wissen, meine ich nicht, daß der Berichterstatter bei der Betriebsversammlung die Wortmeldungen zählen muß, um authentisch zu sein. Konkrete Zahlen haben ihre eigene Magie. Sie lassen einen Bericht stichhaltig und genau erscheinen. Aber in diesem Fall wars doch wohl gründlich daneben.

Die Belegschaft entschloß sich, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen.

Was um himmelswillen soll ich hinter diesem lapidaren Satz vermuten? Soll ich etwa sagen "Toll!"?

Am Donnerstag wurde die Arbeit im Werk Reiherstieg gar nicht erst aufgenommen. Einer der Arbeiter berichtet: "Gleich am Morgen gab es eine spontane Demonstration, an der 80% der Leute teilnahmen. Die Leute vom Werk Reiherstieg, das ein paar Kilometer entfernt liegt, sind im Autokorso durch den Hafen zum Werk Ross gefahren. Einige sind sogar im strömenden Regen zu Fuß gekommen. Wir haben uns alle um halb neun getroffen und sind mit verschiedenen Plakaten durch das ganze Werk zum Hauptgebäude gezogen, wor der Vorstand mit dem Betriebsrat verhandelte. Wir riefen: "Drehen sie die Lichter aus, holen wir die Hämmer raus! — Wenn wir fest zusammenstehen, brauchen wir nicht stempeln gehn." Die Kundgebung war um halb zehn beendet, und wir machten dann eine ausgiebige Frühstückspause. Die Diskussionen hielten noch den ganzen Tag über an."

Keiner kann mir erzählen, daß ein Arbeiter — oder ich und du so reden, wenn wir reden. Ich vermute, da hat die Schreiberin den Trick angewandt, mit wörtlicher Rede "auszulockern", die in Wirklichkeit keine ist.

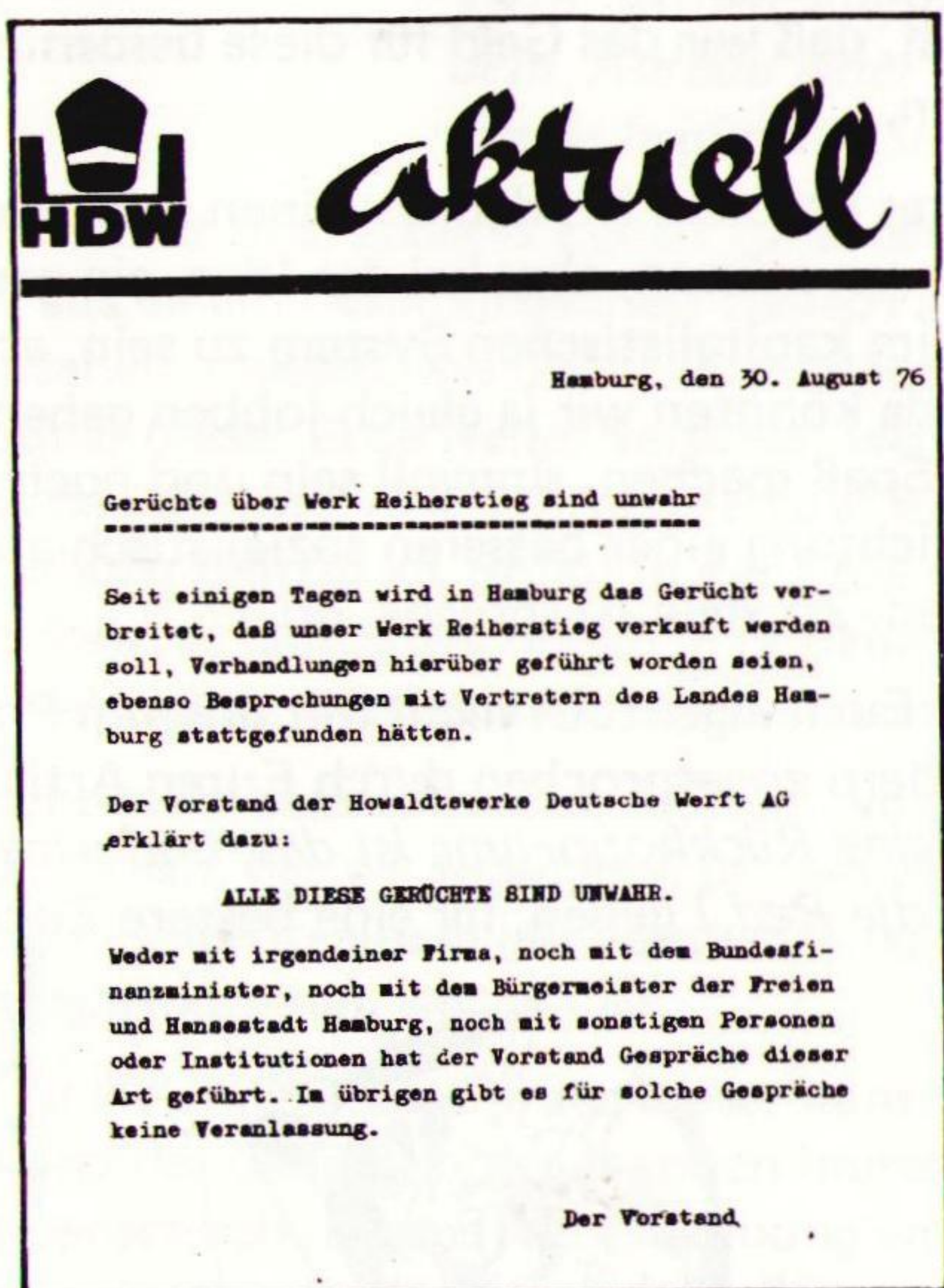
Auch in Kiel soll das Werk Diedrichsdorf, ebenfalls eine Reparaturwerft, geschlossen und 500 Leute entlassen werden.

So, so. Woher eigentlich die Flaute, Ist die Deutsche Werftindustrie auf dem Trockenen, wem gehören die Dinger eigentlich? Ich verlange ja keine Wirtschaftsanalyse, dafür kann ich mir ein Buch kaufen, wenn ichs wirklich wissen will. Aber vielleicht zehn Sätze im Vorspann? Soviel ich weiß, werden die Werften ihre Tanker nicht mehr los.

Auf einer Betriebsversammlung am Mittwoch warf der Werkschef Henke den Kollegen schlechte Arbeitsmoral vor. „Warum sollten wir Moral haben? Sie haben ja auch keine!“ rief ihm ein Kollege zu.

So, daß ist ein „gelungener, lebendiger“ Schluß. Aber im Ernst, dies ist das einzige Lebendige, die einzige Betroffenenäußerung in diesem Bericht. Und sie ist zwar treffend, beantwortet aber meine Fragen nicht.

Gefallen hat mir auch die Dokumentation des Beitrages, die zweifelsohne von „Betroffenen“ kommt, und deshalb für sich spricht.



Dies ist ein Leserbrief von der Walli. Wohnort und Adresse der Schreiberin haben wir deshalb nicht, weil der Briefumschlag wo's wahrscheinlich draufstand, im Redaktionsgetümmel verschlammpt wurde:

Zu Eurem Artikel „Ihr werdet lachen: der ID sieht noch eine ganz große Zukunft vor sich“ aus dem ID Nr. 255 möchte ich Euch meinen Kommentar schreiben.

Ich bin Lesbe, wie Astrid Proll, doch glücklicherweise habe ich nicht annähernd so interessante“ Nachrichten zu bieten wie sie (sicher werden das einige mißverstehen, aber ich kanns nicht ändern). Ich lebe in einer „Landkommune“ (Frauenprojekt) und bin zur Zeit noch in einer handwerklichen Lehre.

Was mich tagtäglich einmacht, ist der chauvinistische Klein kram, wie das tagtägliche Springerblatt. Meine ausschließlich männlichen Arbeitskollegen lesen mir fast in jeder Pause aus dem Analphabetenblättchen vor. Meine Versuche, sie darüber aufzuklären, wie die BILD-Geschichten zusammenphantiert werden, läßt sie kalt. Im Gegenteil, an ihren Äußerungen läßt sich klar Springers Erfolg ablesen. (In der Berufsschule kommt sogar immer eine geballte Ladung Linkenhaß und Minderheitenhaß auf mich zu). Deshalb bin ich ausgesprochen froh, wenn ich in den Pausen (außer selbstverständlich Frauen- und Lesbenzeitungen) den ID lesen kann und sehe, daß es zu aktuellen Geschehnissen auch andere als die faschistische BILD-Meinung gibt. Und schon manches Mal habe ich einen Arbeitskollegen verblüfft, wenn ich ihm aus dem ID vorgelesen habe.

Nun direkt zu Eurem Artikel: Mir ist der ID so wie er ist, ganz angenehm. Ich kann mir aus dem Inhaltsverzeichnis zuerst mal die Sachen raussuchen, die mich besonders interessieren, dann blättere ich durch, lese diagonal und schließlich lese ich fast alle anderen Artikel auch. Und ich finde auch immer Anfang und Ende ohne mühsam suchen zu müssen.

Im Vergleich dazu die Tageszeitung, die mich in ihrer Aufmachung doch reich an das oben erwähnte Blut-Blättchen innerte und mir deshalb nicht so gut gefiel. Unterschiedlich große Schlagzeilen treffen für die Leser eine „Vorauswahl“, nämlich: der Artikel mit der größten Schlagzeile erscheint als der wichtigste. Ich dagegen möchte selbst entscheiden, was für mich wichtig ist, und was weniger. Außerdem sind bei größerem Format und unterschiedlicher Größe der Artikel die einzelnen Artikel so kreuz und quer übers Blatt verteilt, daß ich echt Mühe habe, mir das Zusammengehörige zusammenzusuchen.

Das war's eigentlich, bleibt so mit eurem Blättchen, (solange wir doch noch keine bessere Gesellschaft oder gar ein Matriarchat haben) und unterstützt damit ein ganz klein wenig die werktätige Bevölkerung.

Tschüß, Walli.

Und noch ein Leserbrief:

Zur Tageszeitungsdiskussion: Was so ne Tageszeitung für einen Sinn haben soll, ist mir völlig unklar. Ich brauche jedenfalls keine superaktuellen Informationen über diese Scheißwelt, sondern die Diskussion, wie wir trotzdem in ihr leben können. Das leistet auch der ID nicht.

Christian.

WENN EINER EINE REISE TUT

Wuppertal
18.11.78

Liebe ID'ler, Reisefreaks und Interessierte,
da ich beabsichtige einen Reiseführer bzw.
Reiseinformer auszuarbeiten, der nicht-

konventionelle Tips und Anregungen geben soll, wie nicht vom Konsumterror erschlagene Leute auf billigste Art und Weise Länder aller möglichen Himmelsrichtungen erreichen und in ihnen leben können, brauche ich massenweise alle nur möglichen Tips, Vorschläge und Erfahrungsberichte.

Da ich selbst viel außerhalb der BRD rumkutsche, um der ganzen Scheiße in diesem Lande ein wenig zu entfliehen und mich selbst zu finden, sowie mit anderen Leuten, die nicht

aus der BRD kommen, Diskussionen zu führen oder einfach mit ihnen zusammenzuleben, und deshalb aus Erfahrung weiß, mit wieviel Schwierigkeiten man da oft zu kämpfen hat (z.B. Visa, Schlafstellen, billigste Beförderungsart, Situation bei plötzlichem Geldmangel, verschiedene rechtliche Bestimmungen der Länder usw.) möchte ich meine gemachten Erlebnisse an andere weitergeben.

Um Informationen breitgefächert weitergeben zu können, bitte ich alle, die Material liefern können, sich aufzuraffen und mir zu schreiben. Gefragt sind alle nur möglichen Länder- und Reiseinfos. Den ganzen Kram schickt bitte an:

Michael Haimerl, Rübenstr. 40, 5600 Wuppertal 2

BUCH VON PETER SCHULT BESCHLAGNAHMT

Hannover
16.11.78

Der Hans-Günter Sauermann, JVA Hannover, Postfach 5827, schreibt:

Hallo Leute, nehmt bitte in eure Verbreitung unterbliebener Nachrichten mit auf, daß am 9.11. von der hiesigen Anstalt das im Trikont-Verlag erschienene Buch von Peter Schult, Besuche in Sackgassen, mit der Begründung, daß sein "Inhalt gegen die abendländisch-christlichen Wertvorstellungen verstoße" beschlagnahmt und von dem Vollzugsleiter Kürzel an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet worden ist.

Im übrigen deutet alles daraufhin, daß, weil die Wenigsten bereit sind, bis zu einer gerichtlichen Entscheidung zu gehen, die Anstalt es immer wieder darauf anlegt, die Zensur zu verschärfen. Inzwischen habe ich die Sache einem Anwaltskollektiv vom KBW übergeben.

UNSER HOLZSPIELZEUG IST SEHR SCHÖN ...

MAIERHÖFEN
20. November

Die Wohngemeinschaft Maierhöfen schickte uns einen Brief über Freud und Leid ihres Alltags auf dem Lande:

Liebe Leute,

Eure Selbstdarstellung im letzten ID (Nr. 255) hat uns sehr gefallen. Wir sind von Euren neuen Konzeptvorstellungen sehr angetan. Der ID ist bei uns bis jetzt unter der Bezeichnung "s' Frust-Blättle" gelaufen. Weil vorwiegend Nachrichten von zunehmenden Repressionen und über den Knast kommen. Und dabei bräuchten wir oft so dringend Informationen über positive Ereignisse, über Leute, die was Neues machen.

Daß wir den ID trotzdem weiter abonniert haben, liegt einerseits an unserer politischen Vergangenheit, die uns suggeriert "Wir müssen immer über alles informiert bleiben", und andererseits daran, daß es sonst nichts vergleichbares gibt, wo wir hier auf dem Land auch von den anstehenden Demonstrationen, Kongressen, Ausstellungen usw. erfahren.

Wir sind eine Wohngemeinschaft mit zur Zeit fünf Erwachsenen und zwei Kindern, die die Hälfte einer Gruppe darstellt, die zur Zeit ein "Aktions- und Kommunikationszentrum" aufbauen. Also eine Art Volkshochschule mit Teestube und Musik.

Leben tun wir so schlecht und recht seit einem halben Jahr von Schafwoll-Steppdecken, Drechselsachen und Holzspielzeug. Wir stehen vor einem Haufen von Problemen: eine ökonomische Basis aufzubauen, die eine Gruppe anhaltend ernährt, etwas Sinnvolles herstellen, was nicht dem Vorbild

der Plastik-Wegwerfgesellschaft angepaßt ist und auch noch in der Gruppe Prinzipien wie Solidarität, Menschlichkeit, Freundschaft und gegenseitige Hilfe zu verwirklichen.

Vor allem sehen wir uns einem laufenden Mitgliederschwund gegenüber, dessen Ursachen (neben anderen) vor allem daher kommen, daß oft das gemeinsame Leben und Arbeiten und die individuelle Entwicklung des Einzelnen nicht zusammenlaufen. Also konkret wollen halt manche noch eine Ausbildung machen oder sich nicht festlegen, oder die Konsequenzen dessen, was wir hier tun, erst noch mal überdenken usw. Die Folge ist im Moment, daß uns Zurückgebliebene oft der Zweifel packt, ob wirs überhaupt schaffen. Und daß wir total überlastet sind.

Um unser Kommunikationszentrum aufzubauen, haben wir eine alte Bruchbude gekauft, und seit einem Jahr renovieren wir die nun. Und es wird mindestens noch ein halbes Jahr dauern, bis alles eröffnungsreif ist. Das heißt, daß wir immer am Wochenende oder für eine begrenzte Zeit daran arbeiten. Zwei von uns sind jetzt seit dem Sommer ununterbrochen dran, was aber heißt, daß wir das Geld für diese beiden noch mitverdienen müssen.

Ein weiteres Problem ist, daß wir einen selbstverwalteten Betrieb aufbauen müssen, aber bei der Idee, ein ganz normaler Kleinbetrieb im kapitalistischen System zu sein, erschreckt zu rückzucken (da könnten wir ja gleich jobben gehen!). Was wir machen, soll Spaß machen, sinnvoll sein und noch eine Bedeutung in Richtung einer besseren sozialistisch-anarchistischen Zukunft haben. Zu viele Ansprüche, oder?

Ich wollte Euch eigentlich nicht mit unseren Problemen belasten, sondern angesprochen durch Euren Artikel mal einen "feedback" (eine Rückkoppelung ist das, und wir freuen uns sehr darüber, die Red.) geben, für eine bessere Zukunft!



Weils jetzt so ein Problembrief geworden ist, noch ein Zusatz: Es ist nicht so, daß wir den ganzen Tag gefrustet sind ob der vielen Fragen. Wir haben nämlich außer den Menschen noch eine Kuh, eine Rind, 16 Hühner, zehn Hasen und eine Katze. Wir machen selber Käse, welcher ganz gut gelingt. Wir haben Bienen und einen Gemüsegarten. Unser Holzspielzeug ist sehr schön und die Schafwolldecken sind echt gut und verkaufen sich auch gut. Wir blödeln und hören Musik in der Werkstatt. Wir haben zwei Kinder zuhause gekriegt und sie gehören schon richtig dazu. Wir haben einen Bürgerentscheid herbeigeführt über den weiteren Ausbau von Tourismuseinrichtungen und haben einen ganz guten Kontakt zur Bevölkerung (viele von uns sind von hier).

Also dann Tschüssle

Eva, Chris, Günter, Barbara, Florian und Katharina, und, und, und ...

Insgesamt die
Wohngemeinschaft, Vorholz 84 1/2, 8999 Maierhöfen

Dazu eine ID aus der Idee-Redaktion. Viele Leute, das wissen wir von uns und aus der Post, haben Häuser, bauen Zentren aus, machen Käse und haben Probleme, ganz praktische. Wo gibt es billiges Holz, Fenster, Türen. Was tun gegen diese verfluchten Holzwürmer und nicht gleich giftig werden? Wie wird Käse gemacht? Wer braucht welchen? Wie sieht man, ob kleine Kaninchen Männchen oder Weibchen sind? Und vieles mehr. Vielleicht findet sich ja wer, der da Kontakte sammelt, Fäden spinnt, Adressen hortet? Toll wärs.

SONNENWENDFEST ODER: WER MACHT MIT?

AUGSBURG
24. OKTOBER

Am Sonntag, 24. Dezember 1978, wollen Augsburger mit dem Aufbau einer freien Land-schule beginnen. Sie schreiben:

Es ist an der Zeit für uns, anderes Leben zu lernen. Längst ist es klar, daß wir aus einem besinnungslosen Rausch aufgewacht sind und nun zusehen müssen, wie die in Jahr-millionen angehäuften Reichtümer dieser Erde weiter verprasst werden. Sehr wenige sind sich bewußt, wieviele Jahrhunderte es brauchte, um z. B. eine Tankfüllung Benzin als Rohöl in der Erde entstehen zu lassen. Wir müssen es laut rausschreien, nicht zuletzt deshalb, weil sie die Erde ersticken werden in ihrem sinnlosen Konsum.

Um selbst nicht mehr teilnehmen zu müssen, wollen wir uns das Wissen zurückholen, das wir brauchen, um ein einfacheres Leben zu führen, das uns in einem jahrhundertelangen Prozeß der Entmündigung genommen worden ist.

Wir, die viel zu vielen Kinder, die aus dieser künstlichen Wohlstandssituation und der damit einhergehenden immer größer werdenden Entmenslichung und Vereinsamung entstanden sind, müssen uns zusammentun, uns sehr anstrengen, um Wege zurück aus der Sackgasse zu finden, in die uns Größenwahn-sinnige und Profitgierige, Industrielle und Politiker reingelockt haben und nun mit recycling und umweltfreundlichen Parolen weiter in ihrer Abhängigkeit behalten wollen.

Wenn etwa 50 Frauen und Männer zusammenkommen und jeder von uns 1000 bis 2000 Dm mitbringt, könnten wir bereits dieses Frühjahr das erste Stück Land kaufen und anfangen. Endlich Ruhe, um auszuprobieren, Wissen zu sammeln, Zeit um über Vergangenes nachzudenken, Werkstätten um Nützliches zu erlernen und es mit natürlicher Schönheit und Phantasie auszukleiden. Das wäre ein Grund für ein langes Fest, ein eindringliches „Sichkennenlernen“, eine Möglichkeit, unseren Willen zu stärken und unsere Ideen dazu auszutauschen. Dazwischen werden wir unseren Geist dem Tanze entführen und vielleicht ein erstes zaghaftes Lachen wagen, weil wir noch leben und atmen.

Von diesem Platz aus, unserer Schule, wollen wir uns verteilen auf andere Plätze und „Neue“, die kommen, um sich aus den alten Zwängen zu lösen, sollen hier unsere Unterstützung erfahren und wie wir, den nötigen Grund an Wissen und Fähigkeiten erlangen. Von hier aus führen wir den Kampf nach außen gegen Dummheit, Überheblichkeit und Gier, behalten Kontakt untereinander, tauschen aus . . . Nur mit geeignetem Menschenmaterial können die Herrschenden ihre Macht aufrechterhalten.

Wenn ihr kommen wollt, mehr wissen wollt, Zeit habt, schon das Fest mit vorzubereiten — wir suchen noch einen Raum für mehrere Tage, möglichst zentral in Deutschland — dann schreibt uns.

Kontakt: Freies Land für alle, c/o Wolfgang Below, Untere Jakob-mauer 9 8900 Augsburg

Viele reden über Bahro. Wir lassen Bahro sprechen — auch aus seiner Vergangenheit:

DIE FRÜHEN SÜNDEN (?) DES JUNGEN BAHRO

WESTBERLIN Zweitausend Teilnehmer, Berliner,
16. bis 19. November Westdeutsche, sowie auch etliche aus
der DDR - und andere Ausländer -

trafen sich vier Tage lang in der Technischen Universität Berlin zu einem „Kongreß für und über Rudolf Bahro“. Viel wurde für und über Rudolf Bahro doziert, viel wurde auch über den „real existierenden Sozialismus“ geschimpft. Vielleicht wurde zu wenig über Rudolf Bahro, den Menschen, der zur Zeit seine acht Jahre im DDR-Gefängnis in Bautzen absitzt, gesagt.

Ich ging mal hinüber nach Berlin/Ost, fragte dort ein paar Leute, was sie denn über den Bahro dachten. „Achja, ich kannte ihn“, sagte mir einer auf Anhieb. „Ein Hundertfünfzigprozentiger, heiliger als der Pabst“. Ein anderer: „Der schrieb ja auch Gedichte“. — „Haben Sie die?“ — „Ja“ — „Kann ich sie sehen?“ — „Natürlich“.

Ich las die Bahro-Gedichte.

Sie wurden 1960 - Bahro war knapp 25 - unter dem Titel: „In dieser Richtung“ beim Verlag Volk und Welt in der Reihe „Antwortet Uns“ (Nr. 21) herausgebracht. Ich konnte dieses Heft in keiner der Westberliner Bibliotheken finden, und ich glaube, daß man es vielleicht zu diesem Zeitpunkt nicht in der DDR kaufen kann. Bahros frühe Gedichte sind heute unterbliebene Nachrichten. Wer weiß hier im Westen schon, daß er welche schrieb, daß sie sogar veröffentlicht wurden.

Ich kopierte ein paar, hiermit — ohne Kommentar:

VORSPRUCH

Auch wo es leise ist, soll mein Gedicht
noch nach den Feinden zielen. Jede Zeile,
selbst wenn sie wörtlich nur von Liebe spricht
hab ich bedacht. Den mit den Fei

hab ich bedacht. Denn mit den Feinden teile
ich auch die Sprache der Gefühle nicht.

Ein Fragment von 'Brief an den Bruder in Mannheim

Verzeih, daß wir jetzt erst schreiben
wo alles entschieden ist
Wir sind — auch Ruth und die Kinder
schon drüben, wenn Du das liest.

Und das... KAMPFGRUPPENLIED

Uns weht eine rote Fahne voran
die stammt noch aus Liebknecht Tagen
Die hat im November ein Spartakusmann
der Klasse vorangetragen.

Refrain: Genossen, ihr seid nicht umsonst marschiert
Wo wir unsre Fäuste ballen
da wird euer Kampf zu Ende geführt
ihr seid nicht umsonst gefallen!
Wir sind euer Traum aus der Kerkernacht
die Klasse unter Waffen.

Uns weht eine rote Fahne voran
die hat dann in Thälmanns Tagen
ein Genosse, der war ein Rotfrontkämpfermann
der Klasse vorangetragen.

Refrain: Genossen, ihr seid

Uns weht eine rote Fahne voran
die hat in den Spaniertagen
ein Genosse, ein Interbrigadenmann
der Klasse vorangetragen.

Refrain: Genossen, ihr seid ...

Uns weht eine rote Fahne voran
und die wird in unsren Tagen
von einem bewaffneten Kampfgruppenmann
durchs neue Deutschland getragen.

Refrain: Genossen, ihr seid nicht umsonst marschiert

--- So war Bahro, als er 25 war.

Ich fragte einige andere, einige alte Genossen, darunter auch einer, der Jahre mit der Gestapo in engster Nähe im Kerker zu tun hatte, was sie von dem heutigen Bahro und seinem Buch „Die Alternative“ (Europäische Verlagsanstalt, 34 DM) halten.

Genosse eins: „Die Analyse ist gut, aber das Alternativ-Programm, das ist fast utopisch. So ist die Welt einfach nicht gemacht. Materielle Interessen werden - leider - noch mehrere Generationen dominieren. Es ist wahr, es gibt heute einen enormen Aufschwung allgemeiner Befreiungsbewegungen .. (Zuruf Genosse zwei: „Auch der Frauen!“) .. , aber das läuft leider auf Verstärkung des Nationalismus hin, nicht auf alternative Lebensformen. ..“ — Ich (M.Watts): „Nationalismus? Das ist doch sehr pessimistisch.“ Genosse eins: „Ich bin - auch - Optimist - aber mit Optimismus kann ich keine zwei Zentner heben.“ Genosse zwei: „Auch zu zweit nicht?“ — Wieder Genosse eins: „Bahro überschätzt die subjektiven und individuellen Faktoren, unterschätzt das Schwergewicht der Geschichte. Bahros Kritik ist äußerst scharfsinnig, aber das, „Die Alternative“, kann nicht als Sammelfaktor funktionieren.“ Genosse eins, spontan, macht einen Vergleich zwischen Bahro und dem ‚Kommunistischen Manifest‘: „Das ‚Kommunistische Manifest‘ konnte als geistige Waffe funktionieren, für lange Zeit Leute beflügeln, Ziele setzen. „Die Alternative“ kann höchstens kleine Schichten in den Großstädten bewegen. Studenten werden es sich verschaffen...“ (M.W.: „Wie?“ — Darauf keine Antwort.) Genosse eins fährt fort: „Aber es schwächt ... uns. Die Analyse kann .. könnte hundert Prozent korrekt sein, aber diese Alternative... es spaltet, es schwächt. Ich achte sehr auf Bahro, er ist mutig.. (Genosse drei: „Warum, warum mutig?“) Aber er schadet der Bewegung, der er angehört, er ist ja Kommunist, er will weiterhin Kommunist sein.“

Der Genosse schwieg eine Zeitlang nachdenklich; denn fuhr er fort: „Die Kritik, Bahros Kritik, die wird schon irgendwie weiterwirken. Er hat einige Sachen sehr hart beleuchtet, mit dem Finger dreingewühlt. Aber es wird keine Bildung, meiner Meinung nach, von Gruppen, jedenfalls nicht in der Partei, geben. Höchstens einige kleine Studentengruppen werden diskutieren...“

Wir diskutierten den Kongreß. Alle Genossen: „Das wird ja nur für die anti-kommunistische Propaganda benutzt!“ — M.W.: „Nein. Das hat erstens westeuropäische Linke zusammengebracht, die sich sonst nur aus dem Weg gehn; und von einer größeren Linkseinheit wird dem Kommunismus kaum geschadet. Zweitens weckt diese ganze Bahro-Geschichte das - bisher sehr - geringe Interesse der westlichen neuen Linken für neue Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten. Dafür kann Bahro mehr tun als eure ganze Propaganda. Die kommt bei den Linken im Westen überhaupt nicht an.“ Damit waren die Genossen mehr oder weniger einverstanden.

Was sie sehr beeindruckt hat, war das Interesse von so vielen jungen Leuten in dieser ganzen Bahro-Diskussion: die Entpolitisierung der Jugend im Osten wird dort als ein großes Problem betrachtet. Dazu fragte ich sie, ob es im Osten für die Teilnehmer eines Kongresses (die Leute, die unten im Saal sitzen) möglich wäre, sich gegen die Organisatoren dieses Kongresses (die, die auf der Plattform sitzen) durchzusetzen. (Am letzten Kongreß-Tag wollten die führenden Köpfe — Prof. Altvater, Rudi Dutschke usw. — den Bahro-Kongreß im Saal leise zu Ende gehen lassen. „Nein! Wir wollen unsere Kundgebung draußen am Kuhdamm, bei der Gedächtniskirche“, schrien Leute von unten. Hick hin, hack her, Diskussion, Abstimmung: Mehrheit gegen die „Führung“, das Schlußtreffen fand draußen statt.) Die Genossen: „Nein, sowas könnte bei uns nicht passieren.“ M.W.: „Vielleicht gibt es deswegen so wenig Interesse bei euch an politischen Veranstaltungen.“

Copyright Max Watts / ID

Sitzenbleiben und zu allem 'Nein' sagen . . . VERWEIGERUNG VON KRIEGS-UND ZIVIL-DIENST

Frankfurt
14.11.78

Liebe Verbreiter unterbliebener Nachrichten, im ID 245 stand eine Meldung, daß u.a. Bernd Bleistein aus Aschaffenburg den Ersatzdienst verweigert. Dazu weitere Informationen:

Im August 1978 verweigerte Bernd Bleistein aus Aschaffenburg nach 8 1/2 Monaten die weitere Ableistung seines Zivildienstes in den Städt. Krankenanstalten Aschaffenburg. In seiner Erklärung dazu stellt er fest, daß er „durch Ableisten des ZD“ hilft, „wie ein durch den Einsatz von billigen Zivildienstleistenden ein mit 50 Milliarden Militärausgaben belasteter Staatshaushalt erhebliche Mittel im sozialen Bereich einspart und mit Hilfe des Zivildienstes sogar gerade noch seinen Anspruch als Sozialstaat aufrechterhalten kann. Ein Zivildienstleistender verbessert nicht den Dienst am sozial Schwachen, er macht ihn nur billiger und Mittel frei für unsoziale Projekte wie Rüstung und Atomkraftwerke.“

Nachdem er Aufforderungen zum Wiederantritt seines Zivildienstes durch die Dienststelle und das Bundesamt für Zivildienst (BAZ) nicht Folge geleistet hat, wurde gegen ihn Anklage erhoben. Da das BAZ ein beschleunigtes Verfahren beantragt hat, ist in den nächsten Wochen mit der Eröffnung der Hauptverhandlung in Aschaffenburg zu rechnen. Im Falle einer Verurteilung drohen Bernd mehrere Monate Gefängnis.

In diesem Zusammenhang gibt auch Horst Balzer aus Frankfurt seine totale Kriegsdienstverweigerung bekannt. Er ist im Mai 1975 nach 6 Wochen Bundeswehrdienst und seiner Nichtanerkennung als Kriegsdienstverweigerer in der zweiten Instanz ins Ausland geflüchtet und nach drei Jahren zurückgekehrt, um sein Verfahren neu aufzurollen. Dabei hat er festgestellt, daß der Zivildienst keine wirkliche Alternative zum Kriegsdienst darstellt, sondern in Wirklichkeit ein Kriegsdienst ohne Waffen ist. Er schreibt:

„Dieser Staatliche Zwangsdienst hat allerdings die Funktion, dem Kriegsdienstverweigerer vorzugaukeln, es gäbe eine legale, wirkliche Alternative zum Kriegsdienst. In Wirklichkeit legitimiert der Zivildienst als Scheinalternative den Waffendienst. . . . Der Zivildienst beruhigt das Gewissen der Kriegsdienstverweigerer, die nicht erkennen, daß Kriegsdienst mehr als nur der unmittelbare Waffendienst ist. Die Unterwerfung unter die Zivildienstpflicht bedeutet gleichzeitig die Anerkennung der Wehrpflicht und damit letztlich die Unterwerfung unter den Kriegsdienst.“

Horst steht noch vor der ersten Verhandlung, an der er allerdings nicht mehr teilnehmen wird. Es ist zu befürchten, daß das anhängige Strafverfahren wegen seiner Fahnenflucht 1975 vorgezogen wird und demnächst mit einer Anklage zu rechnen ist.

Die Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand, der Bernd und Horst angehören, plant für Mitte Dezember ein Regionaltreffen von Totalverweigerern und interessierten Antimilitaristen aus dem Raum Hessen und Bayern. Interessenten können sich an die folgende Adresse wenden: **Bernd Bleistein, Hauptstr. 15, 8751 Mespelbrunn 2, Ortsteil Hessenthal.**



ICH WILL DEN TYPEN AUS DER SPINNSTUBE...



Photo: Uli Kühn, der verhinderte Frankfurter Betriebsrat

Uli Kühn ist ein verhinderter Betriebsrat bei der Frankfurter Firma VDO*. Uli Kühn ist Betriebsrat, aber nicht im Betrieb. Gehindert, Betriebsrat zu werden, wurde er - der Kandidat für eine neue „Internationale Liste“ gegen die Liste der alteingefahrenen IG Metall - zwei Monate vor den Wahlen im April dieses Jahres durch eine Kündigung „aus betrieblichen Gründen“.

Wie der Zufall so spielt, sollte gerade zu diesem Zeitpunkt für die Werkstatt, in der er als Helfer arbeitete, zu wenig Arbeit da sein. Dachte er vor dem Gespräch mit den Personalleitern noch, einen Platz am Drehautomaten zu bekommen - der Meister hatte das vorher durchblicken lassen - so merkte er dann nach einer halben Stunde, worauf die ganze Geschichte hinauslief: angesichts der „angespannten Personallage“ sollte er Betriebsrat und Personalleitung die Arbeit erleichtern, die „soziale Auswahl“ an sich selbst vornehmen und „eilvernehmlich“ der Auflösung seines Arbeitsvertrages zustimmen. Er sei doch noch jung und habe studiert... Das wollte Uli aber nicht einsehen und verließ schimpfend das Büro.

Dies hinderte die Personalleitung nicht, den Betriebsrat zu informieren, daß sie Uli kündigen wolle und er damit einverstanden sei. „Anhörung“ nennt man das. (Zu einer Anhörung des Betriebsrats bei einer Kündigung ist die Firmenleitung nach dem Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet). Die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ zwischen Firmenleitung und Betriebsrat klappte dann auch vorzüglich. Der Betriebsrat stimmte der Kündigung in der Mehrheit zu. Uli wurde nicht mehr gehört und bekam seine Papiere.

Dann begann die ganze juristische Mühle. Uli erreichte mit einer einstweiligen Verfügung, daß er das Werksge-
lände wieder betreten durfte. Es gab einen Güetermin, dann den Arbeitsgerichtsprozeß in 1. Instanz am 16. Oktober und das Urteil: Die Kündigung war nicht rech-
tens, weil der Betriebsrat nicht ordnungsgemäß angehört worden war. Uli muß wieder eingestellt werden und sei-
nen Lohn nachgezahlt bekommen.

An diesem Tag fand unser Gespräch mit Uli statt. Doch bis heute ist Uli Kühn immer noch nicht im Betrieb, weil das Urteil noch nicht geschrieben und zugestellt worden ist. Eine Teilnahme Ulis - der in Abwesenheit in den Be-
triebsrat gewählt wurde - an einer Betriebsratssitzung wurde von diesem abgelehnt. Im Betriebsrat (19 Mit-
glieder) sind jetzt acht von der „Internationalen Liste“. Die Firma VDO gibt nicht auf und geht jetzt vor das Lan-
desarbeitsgericht. Ulis Chancen sind nicht schlecht, nach dem 2. Prozeß im Januar, also nach über zehn Monaten, wieder in der VDO zu sein.

Im folgenden erzählt Uli in einem lockeren - ob des ge-
wonnenen Prozesses feucht-fröhlichen - Gespräch von seinen Erfahrungen in der gewerkschaftlichen Bildungs-
arbeit, im Betrieb, vom Prozeß, von dem was er vorher und hinterher erlebt hat. Zum Schluß kommt ein Bericht über seine Erfahrungen mit einem Journalisten von der Frankfurter Rundschau, auf dessen Abdruck Uli - und nicht nur er - großen Wert legte.

*Die VDO beliefert vorwiegend die Automobilindustrie mit Tachometern, jetzt mehr mit Elektronik. Sie beherrscht zunehmend den europäischen Markt für Armaturen. Der Konzern gehört der hinlänglich bekannten Dressurreiterin Lieselott Linsenhoff. Goebbels hat einmal in der Fabrik eine Rede gehalten. Das merkt man immer noch. Der Werks-
schutz ist bestens ausgebaut. Außerdem liefert die VDO Teile für den Leopard-Panzer.

Mitspieler

Karl-Heinz: Von 1975 bis 78 Betriebsrat bei einer Frankfurter Elektrofirma, mittlerweile wieder Student.

Kurt: 1975 bis 78 Betriebsrat bei der VDO. Kurt arbeitet in einem Angestelltenbetrieb der VDO in Schwalbach, wo Haupt-
verwaltung und Entwicklung untergebracht sind.

Uli: Von Herbst 77 bis Ende 78 in der VDO als Werkstatt-
helfer.

Wolfgang: Arbeitete sechs Jahre in einer Frankfurter Kinder-
tagesstätte. Dort ist er während eines Konfliktes um die Kitas
rausgeflogen.

Ort: Bambams Laden, ein „alternativer“ Lebensmittelladen
im Frankfurter Nordend.

Zeit: Gleich nach dem Prozeß

Die Geschichte einer Kündigung

Kurt: Es ist wichtig für eine oppositionelle Gruppe im Betrieb, viele freigestellte Betriebsräte zu haben (*freigestellte Betriebs-
räte machen die Betriebsratsarbeit und sonst nichts. Ihre Anzahl
richtet sich nach den im Betrieb Beschäftigten. Wer von ihnen
freigestellt wird, entscheiden die Betriebsräte untereinander in
einer Abstimmung. Daß da gern gemauschelt wird, ist nicht un-
vorstellbar, die Red.*) Die Freistellung gibt ihnen einen Vorsprung
an Information und ist damit ein Machtmittel.

Uli: Der Betriebsrat ist unter falschen Voraussetzungen angehört worden. Und der Aufhebungsvertrag sei zu dünn, das könnt man so nicht stehen lassen. *(Ein Aufhebungsvertrag ist die krummste Tour, einen unbequemen Arbeiter loszuwerden. Kommt er zustande, gibt es keinen Kündigungsschutz und später keine Abfindung, die Red. Der Uli muß in diesem Fall beweisen, daß er mit der Kündigung nicht einverstanden war und dafür Zeugen finden. Wer die Kündigungsschutzklage einreicht, trägt auch die Beweislast, heißt das juristisch. Uli muß diese Zeugen finden, weil seine angebliche Zustimmung ihn jedes Kündigungsschutzes und jedes Anspruchs auf eine Abfindung beraubt. Ein solcher „Auflösungsvertrag“ muß nicht schriftlich niedergelegt werden. Hält die Betriebs-Mafia dicht, ist der Arbeiter draußen. Uli hatte Glück, denn zwei Betriebsräte sagten aus, daß er gegen die Kündigung Widerspruch einlegen wollte und außerdem wünschte, daß der Betriebsrat ihn anhöre. Der Betriebsratsvorsitzende hatte behauptet, Uli sei mit seiner Kündigung einverstanden.)*

Karl-Heinz: Also der Betriebsrat ist falsch informiert worden, daß du mit der Kündigung einverstanden seist?

Uli: Ja. Die beiden Personalvertreter haben das Gericht nicht überzeugen können, daß der Uli Kühn einverstanden gewesen sein soll. Die Vernehmung der beiden Betriebsräte hätte das erschüttert. Und dann die Sache mit dem Hausverbot, das war eigentlich ein Fehler von denen, daß sie mir damals nach der Kündigung Hausverbot erteilt haben.



Karl-Heinz: Während des Betriebsratswahlkampfes?

Uli: Nein, nein, vorher. Als sie mich gekündigt haben. Ende Januar. Drei Tage nach den Gesprächen. Da haben sie mir Hausverbot erteilt und haben gesagt, ich wär' rumgelaufen und hätt' mit den Leuten über die Kündigung gesprochen. Dadurch sei Unruhe entstanden. Es wären schon Kollegen aus meiner Abteilung gekommen und hätten gefragt, was das soll. Da sind auch fünf Kollegen mal zum Betriebsratsbüro gegangen und haben gefragt, was das mit der Kündigung soll. Und ob da noch mehr läuft. Und da haben sie mir Hausverbot erteilt. Aber die Begründung war, daß ich rumgelaufen bin und über meine Kündigung gesprochen hab'. Und damit haben sie selbst eine Beweisgrundlage geschaffen, daß ich was gegen die Kündigung unternommen hab'.

Karl-Heinz: Und das hättest du nie gemacht, wenn du freiwillig einem Auflösungsvertrag zugestimmt hättest.

Uli: Dann hab ich eine einstweilige Verfügung gemacht, um für die Zeit der Kündigungsfrist wieder reinzukommen. Und derselbe Richter, den ich jetzt auch hatte, hat das ja damals entschieden, daß ich bis zum Ende der Kündigungsfrist wieder reinkomme *(Richter Schuldts vom Frankfurter Arbeitsgericht, die Red.)*. Die Firma hat meiner Darstellung der Sache damals nicht widersprochen.

Pause, und dann:

Uli: Ich glaub', daß das mit der Betriebsrats-Chose — also was wir vor der Wahl in unserer Gruppe diskutiert haben — das mit den Privilegien, daß das zwar ermöglicht, daß man für die Leute was rausholt, daß es aber nicht ausreicht, mit diesem „Für die Belegschaft was rausholen“ zu rechtfertigen, daß man ‚freigestellt‘ macht oder daß man so Posten kriegt. Das mindeste, was man erreichen muß, wenn man also eine Mehrheit erreichen würde, ist, daß da'ne Rotation ist, daß also nicht vier Leute drei Jahre freigestellt werden, sondern daß — wenn wir zum Beispiel zwölf Leute kriegen — jeder ein Jahr freigestellt wird.

Karl-Heinz: Auch beim Vorsitzenden?

Uli: Ja, daß auch der Vorsitzende wechselt. Daß der Vorsitzende symbolisch ist.

Karl-Heinz: So wie's jetzt bei Volvo läuft?

Uli: Ja.

Eine Cafeteria im Betrieb

Peter: Das ist doch eine kurzfristige Perspektive. Langfristig gesehen müßt ihr es versuchen, den Laden da zu übernehmen.

Uli: Was heißt, den Laden zu übernehmen? Wir wollen doch da eine Entwicklung schaffen, daß in der Belegschaft Auseinandersetzungen ablaufen, bei denen der Betriebsrat ein Hilfsmittel ist. Also zum Beispiel: Wir haben so ein Betriebsratsbüro, das müßte ganz anders aussehen. Was so DKP-Vorstellungen von einem Amt sind, das ist ja wie so'n Amt, wo so einer eine Frage reinsteckt und da kommt eine Antwort raus, daß da halt Leute vertreten werden. Es gibt da eine Tradition von der Rätebewegung her, wo das anders läuft. Was zum Beispiel Kommunikationsmöglichkeiten bedeuten. Daß man da hingehen kann, daß man da einen Kaffee trinken kann, daß man sich unterhalten kann, daß man sich da treffen kann. Also das wollten wir zum Beispiel. Darüber haben wir diskutiert, wenn wir die Mehrheit hätten, daß wir ...

Peter: In der Firma? Während der Arbeit?

Uli: Natürlich. Im Betriebsratsbüro. Jeder hat das Recht, da hinzugehen und so lange da zu bleiben, wie er will. Mit seinen Problemen. *(Laut Betriebsverfassungsgesetz...)*.

Kurt: Da müßt ihr aber erst Vorarbeit leisten. Daß diese Leute auch kommen.

Uli: Wir sind ja eine Ausländerliste (drei Deutsche, fünf Ausländer). Und die Leute, die uns gewählt haben, ...

Kurt: Also brauchst du doch Leute im Betriebsratsbüro.

Uli: Wir wollten ja auch die Mehrheit, das ist doch völlig klar. Es geht um die Macht, irgendwo geht's um die Macht. Ich will nicht den Pragmatismus, der bisher nach traditionellen Gesichtspunkten...

Kurt: Das kannst du erst ändern, wenn du machtvoll dastehst!

Uli: Gut, man läßt sich auf die Wahl ein. Aber das heißt doch nicht, wenn wir die Mehrheit haben, daß wir uns auf die Art einlassen müssen, die der bisherige Betriebsratsvorsitzende erst mal vorgibt. Oder heißt es das? Das heißt es doch nicht?

Karl-Heinz: Ihr könnt doch im Betriebsrat sein und einfach klar machen, was so die Grenzen der Stellvertreterpolitik sind. Das hat man ja auch gemerkt, Uli, die Kollegen haben doch bestimmt angenommen, daß die Kündigung im unmittelbaren Zusammenhang mit deiner beabsichtigten Kandidatur erfolgt ist.

Uli: Das ist von Anfang an so abgelaufen.

Karl-Heinz: Das braucht man doch den Kollegen gar nicht zu sagen. Das wissen sowieso alle. Die sind da ja einfach viel weiter. In Bezug auf die Machtfrage, was sie da erwarten können. Eine normale Betriebsratsarbeit, wo du so sukzessive die Mehrheit kriegst...

Uli: Das ist in unserer Gruppe auch nicht ganz klar. Was also von den Kollegen, die traditionell organisiert sind, vertreten wird. Zum Beispiel eine Auseinandersetzung auf der Betriebsversammlung. Ich vertret' also, man muß alle Mittel ausnutzen, um den Schreiber (Betriebsratsvorsitzender) zu zwingen, bestimmte Sachen für die Belegschaft durchzusetzen. Und sich auf keine taktischen Händel mit dem Schreiber einlassen. Wir haben mehr als ein Viertel der Betriebsräte und können den Betriebsrat zwingen zu jedem Zeitpunkt (laut Betriebsverfassungsgesetz) eine Sitzung zu machen, wenn wir es verlangen, mit einem Thema, das wir selbst bestimmen. Wir könnten über diese Möglichkeit ihn zwingen, einiges rausholen.

Kurt: Ihr habt die Quantität dazu.

Uli: Ja. Unsere Gruppe hat sich da aber bisher nicht durchgesetzt.

Von den Ausländern hat keiner Angst

Uli: Also vier Versammlungen im Jahr, in jedem Quartal eine, haben sie nicht durchgesetzt, obwohl sie's hätten machen können. Die haben also dieses Stellvertretermoment jetzt im Kopf gehabt, haben Angst gehabt vor der Versammlung, daß sie bei viermal im Jahr nicht genug zu sagen hätten. Und so einen Negativkatalog zu machen und den anderen Teil des Betriebsrats abzustellen, also zu sagen: „Wegen denen“, konnten wir das und das und das nicht machen. Gut, das wär auch so eine Aufrechnerei, die immer noch drauf abstellt: Wir sind bessere Vertreter. Aber auf Versammlungen passiert ja auch sonst noch was. Die Leute sind zusammen, man weiß nie genau, was dabei rauskommen kann. Bei den Ausländern kann unheimlich viel passieren, passiert auch viel. Aber die Deutschen gehen da nie hin. (*Ausländer und Deutsche haben getrennte Betriebsversammlungen.*) Auch die Geschäftsleitung und auch die Betriebsratspitze, die gehen nie zu den Ausländern. Die sind bei den Deutschen versammelt und lassen sich da beklatschen. Und die Deutschen sind ja bei uns in der Minderheit.

Kurt: Das liegt doch auch daran, daß verschiedene Leute noch unsicher sind, weil sie jetzt neu sind.

Uli: Ich will mal einen Unterschied machen. Bei uns haben — ich eingeschlossen — drei Deutsche kandidiert. Die andern waren alle Ausländer. Und von den Ausländern hat niemand Angst vor'ner Versammlung.

Prozeß gewonnen, das heißt ja, wieder arbeiten

Uli: Ich bin ja noch krankgeschrieben.

Wolfgang: Da würd' ich morgen hingehen und sagen...

Uli: Am besten mit 'nem Zeugen hingehen und sagen: „Hier, ich hab' jetzt den Prozeß gewonnen.“ Gehst du mit, Karl-Heinz?

Karl-Heinz: Mach' ich. Da muß ich morgen früh aufstehen...

Uli: Nee, ich werd' erst noch mal eine Woche krankgeschrieben. Aber hingehen würd' ich schon mal gern.

Wolfgang: Aber die werden Berufung einlegen.

Uli: Ich geh' davon aus, daß ich morgen wieder hingehen kann, wenn ich gesund bin. Aber ich werd' krankgeschrieben und schick' meine Krankmeldung jetzt an die VDO. Oh ja, das ist Spitze.

Wolfgang: Schick' sie per Einschreiben.

Uli: Per Einschreiben mit Rückschein!

Wolfgang: ...daß die also noch für einen aussagen. Aber da kann du sagen, deren Zeit ist gezählt. Und daß heute — bei deinem Prozeß — dieser Direktor da hinten im Gerichtssaal saß, das ist für mich ganz klar, das sollte deshalb sein, daß da irgendjemand zittert, wenn er seine Aussage macht.

Karl-Heinz: Das hat man auch an der Aussage von dem Betriebsratsvorsitzenden gesehen. Daß der sich dazu hergegeben hat, zu

sagen, daß er von der Personalabteilung während seiner Betriebsratspraxis noch nie angelogen worden sei. Das hat der im Protokoll festhalten lassen.

Uli: Daß er überhaupt kein Mißtrauen hat. Daß so Einigkeit besteht. Immer einvernehmliche Zusammenarbeit.

Kurt: Der Schreiber hat doch gelogen. Der hat doch gesagt (vor Gericht), er ist Mechaniker von Beruf. Der weiß doch gar nicht mehr, wie man einen Hammer anpackt. Der hat doch seit 1953 nichts mehr gearbeitet.

Karl-Heinz: Der Schreiber hatte nie Probleme als Betriebsratsvorsitzender. Der hat sofort gesagt, „Mechaniker“ als Beruf. Die andern haben immer bezeichnenderweise gesagt „freigestellter Betriebsrat“.

Uli: Eh, die Schnapsflasche hier geht ja gar nicht auf.

Wolfgang: Wer ist denn das (*er meint Karl-Heinz*)? Vom Rundfunk, Fernsehen, Betriebsrat?

Uli: Der ist von irgend som linken Käseblatt, was eh nur Linke lesen. Äh, ...also das hab ich eben nicht so gemeint... Die Scheiße ist, daß die Leute bei uns erst mal unwahrscheinlich abwarten und nicht streiken gegen Entlassungen. Also, wenn ich jetzt den Prozeß gewinne, dann könnte das zum Beispiel in der Belegschaft die Illusion bestärken, daß man irgendwo Recht kriegt.



Wolfgang: Ich find das schon wichtig. Wir, die wir klagen, wir sind alle draußen. Denen, die drin geblieben sind, geht's so schlecht, daß sie sich gar nicht mehr damit beschäftigen können. Das ist für die existenziell, drin zu bleiben.

Karl-Heinz: Ich kenn' das aus meiner eigenen Betriebsratszeit, daß die Rechtsverhältnisse im Betrieb ja immer ganz anders gehandhabt werden als es der herrschenden Rechtsprechung entspricht. Und in der Regel werden in solchen Fällen wie dem Uli die Betriebsräte da wirklich vom Richter vorgeführt. Und das ist ja ein toller Effekt. Deshalb muß man solche Sachen viel mehr verbreiten. Egal wie das letztendlich ausgeht.

Die Geschichte vom Hausverbot

Wolfgang: Wichtig ist dieser Effekt, wenn der Uli jetzt da morgen oder übermorgen hinget. Und sagt: „Ich hab' gewonnen“. Und die Kollegen fragen: „Wie kommst denn du hier her“...

Uli: Die VDO verhindert genau das. Ich war ja schon mal da — als dieses Hausverbot war. Da bin ich mit dem Gerichtsvollzieher hingegangen. Da gibt's zwei Eingänge. Da geht 'ne Treppe hoch ins Personalbüro, wo man dann erst reingelassen wird, wenn man sagt, was man will. Und dann kommt man in so einen Raum, wie der Flutraum im Unterseeboot, wo also das Wasser reinläuft und wo die Luft ist, wo man atmen kann. Das sieht niemand aus der Produktion, nur der Personalchef und die Angestellten dort. Und da kam ich mit dem Gerichtsvollzieher hin.



Schichtwechsel bei VDO in Frankfurt.

Fühlst dich wie in so 'ner Schleuse. Wie beim Einstellungsge-
spräch halt. Der Gerichtsvollzieher hat die einstweilige Verfü-
gung abgegeben. Und der Personalchef hat dann gesagt: „Setzen
Sie sich doch einen Moment hin, wir müssen erst darüber entschei-
den.“ Das war so um zwei Uhr mittags. Und ich wollt' ja ver-
suchen, irgendwie wieder unten in die Abteilung zu kommen,
zu den Leuten, wo ich grad rauskatapultiert worden war. Und
da haben die versucht, das hinzuzögern. Um halb drei ist Feier-
abend. Dann hab' ich gesagt: Wenn wer kommt, ich bin in der
Abteilung! Und bin einfach durch die Tür raus und weg. Die An-
gestellte ist völlig aufgelöst nach hinten gelaufen und hat ge-
schrien: „Herr Engel! Herr Engel!“ Aber ich war erst mal in der
Abteilung. Die Kollegen haben gesehen, daß ich wieder komm'.
Ich bin dann ins Meisterbüro gegangen. Da stand der Betriebs-
ingenieur Häuser, der gegen mich ausgesagt hatte. Und die war'n
völlig nervös: „Was machen Sie denn hier. Sie hatten doch Haus-
verbot. Das dürfen Sie nicht“. Da hab ich den Wisch hochgehal-
ten und gesagt, ich hab'ne einstweilige Verfügung. Ich war so
richtig in Hochstimmung. Und dann sofort ein Anruf im Meister-
büro: „Ist der Herr Kühn da? Er soll mal hochkommen.“ Aber
die Leute hatten mich halt gesehen. Nach Feierabend sind wir
sofort in die Kneipe und haben was gesoffen. Und am nächsten
Tag bin ich wieder hingekommen. Von Freitag bis Montag. Und
dann hatt' ich erst mal kein' Spind. Dann hat mir sofort einer
sein' Spind angeboten.

Wolfgang: Das stärkt einen irgendwo. Daß das so einen realen
Charakter bekommt, daß die Leute das machen, was sie sich da
erhoffen. Daß bei uns ein Kollege, der schon mal Verfahren hat-
te nach zwei Jahren wieder reingekommen ist, daß hebt den
Mut der Leute. Die haben halt tagelang darüber diskutiert, daß
es irgendwie doch geht. Daß irgendeiner denen es über die In-
stanzen mal gezeigt hat.

Karl-Heinz: Ich hab das immer so mitgekriegt, daß die gar nicht
so auf die Gerichte abfahren, daß es in diesem Staat eine Gerech-
tigkeit gibt, sondern daß eben der eine Fall durchgesetzt ist. Ge-
rechtigkeit ist ja was anderes. Das ist eine moralische Kategorie.
Da ist der Typ wieder im Betrieb und da hat er irgendwie recht
gekriegt. Hinterher kommts vielleicht doch dick, aber es gibt
nicht die totale Willkür.

Uli: Man kann halt so eine Idee nicht kaputt machen. Das ist ja
auch ein Moment, das bei so schlimmen Ängsten wie vorm Fa-
schismus eine Rolle spielt, daß so traditionelle Stellvertreter-Ty-

pen so eine Opferhaltung draufhaben. Also wenn man sagt: „So
eine Idee läßt sich nicht kaltmachen.“ So eine Hoffnung, die ja
nicht so was idealistisches darstellt wie eine Idee bei rationalisti-
schen Linken wie DKP oder KBW, die halt so Postulate verlesen,
sondern, daß so eine Hoffnung etwas Emotionaleres ist. Hoff-
nung bedeutet auch Verwirklichung.

Beinah' hätte ich Karriere gemacht

Karl-Heinz: Mich interessiert, warum du in den Betrieb gegan-
gen bist.

Uli: Mein Problem besteht darin, daß momentan — grad im letz-
ten halben Jahr — mich innerlich abzugrenzen von den KBW-Ty-
pen, dies am längsten ausgehalten haben — nach den Spontis
im Betrieb zu bleiben. Die Arbeitgeber können nur mit so einem
Klischee von KBW und Kommunist umgehen. Also ich bin nicht
in dem Betrieb reingegangen aus einem ideologischen Grund raus,
aus so abstrakten Motiven. Obwohl, da gibt es einen Widerspruch.
Das hat halt mehr mit dem zu tun, wo ich herkomme. Daß also
das, was ich mir wünsche im Betrieb eher möglich war. Daß ich
mit Leuten zusammengelebt hab, die in den Betrieb gegangen
sind jeden Tag und so eine Destruktion ihrer Identität, so eine
kaputte Identität, die objektiv besteht, erfahren haben. Daß man
nach Möglichkeiten sucht, da raus zu kommen. Ich hab jetzt in
den letzten Monaten in einer Wohngemeinschaft gelebt, wo Leu-
te so eine Insel aufgemacht haben, die sich aus der Art von Aus-
einandersetzungen zurückgezogen haben, wie ich sie jetzt bei der
VDO erlebt hab. Wo ich mich nicht wohlfühlt hab, weil die
Leute zum Teil eine Verleugnung von gesellschaftlichen Konflik-
ten betreiben. Ich werf den Leuten nicht vor, wenn sie Ausein-
andersetzungen nicht führen. Wenn sie sie leugnen können, dann
heißt das für mich, daß sie davon nicht betroffen sind. Ich war
so lange ich denken kann immer davon betroffen. Was halt mein
Vater als Hilfsarbeiter erlebt hat. Und was meine Mutter mitge-
kriegt hat, wenn's meinem Vater schlecht ging. Und wenn mein
Vater uns als Kinder geschlagen hat, dann hab' ich halt gewußt,
daß er irgendwann auch geschlagen wird. Wo ich angefangen
hab zu denken, hab ich mich daran erinnert.

Karl-Heinz: Du beschreibst ein Proletarier-Schicksal.

Uli: Ja. Ich hab dann irgendwann Aufstiegshoffnungen entwickelt. Weshalb ich Schule gemacht und studiert hab. Es stand mal irgendwann auf der Kippe, daß ich in der SPD oder der IG Metall Karriere gemacht hätte. Dann wär ich halt vom Fenster weg gewesen. Als ich angefangen hab zu studieren, da hab ich auch noch gedacht, daß ich was werd.

Karl-Heinz: Andererseits bist du nicht in den Betrieb gegangen, um da die „großen Sachen“ zu machen.

Uli: Ich wollte da eigentlich mitkriegen, wies im Betrieb abläuft, wenn man länger drin ist. Und dann einen Metallberuf lernen. Wo ich dann, was ich seit Jahren mit den Leuten auf den Lehrgängen diskutiert hab (*Uli arbeitete etliche Jahre als Teamer bei der IG Metall*), auch mal ausprobieren wollte.

Karl-Heinz: Ich hab den Eindruck, daß du dich ziemlich genau drauf einläßt, lebensgeschichtlich für dich. Du hast Bildungsarbeit gemacht und Lehrgänge. Du hast Bildungsarbeit gemacht als Versprechen.

Über Welten hinaushüpfen

Uli: Bildung als Versprechen?

Karl-Heinz: Ja, um aus der Situation rauszukommen.

Uli: Mit dem hegelschen Begriff von Entwicklung mein ich nicht Bildung. Ich mein damit Bewußtsein, Bildung heißt für mich Institution. Ich mein auch die Familienlehrgänge, die überhaupt nicht mehr Versprechen und Institution waren. Wo also reale Sachen abgelaufen sind. Was fürchterlich kracht und knallt (*Uli macht Wochenendlehrgänge, an denen Ehe- und andere Partner mit Kindern teilnehmen*).

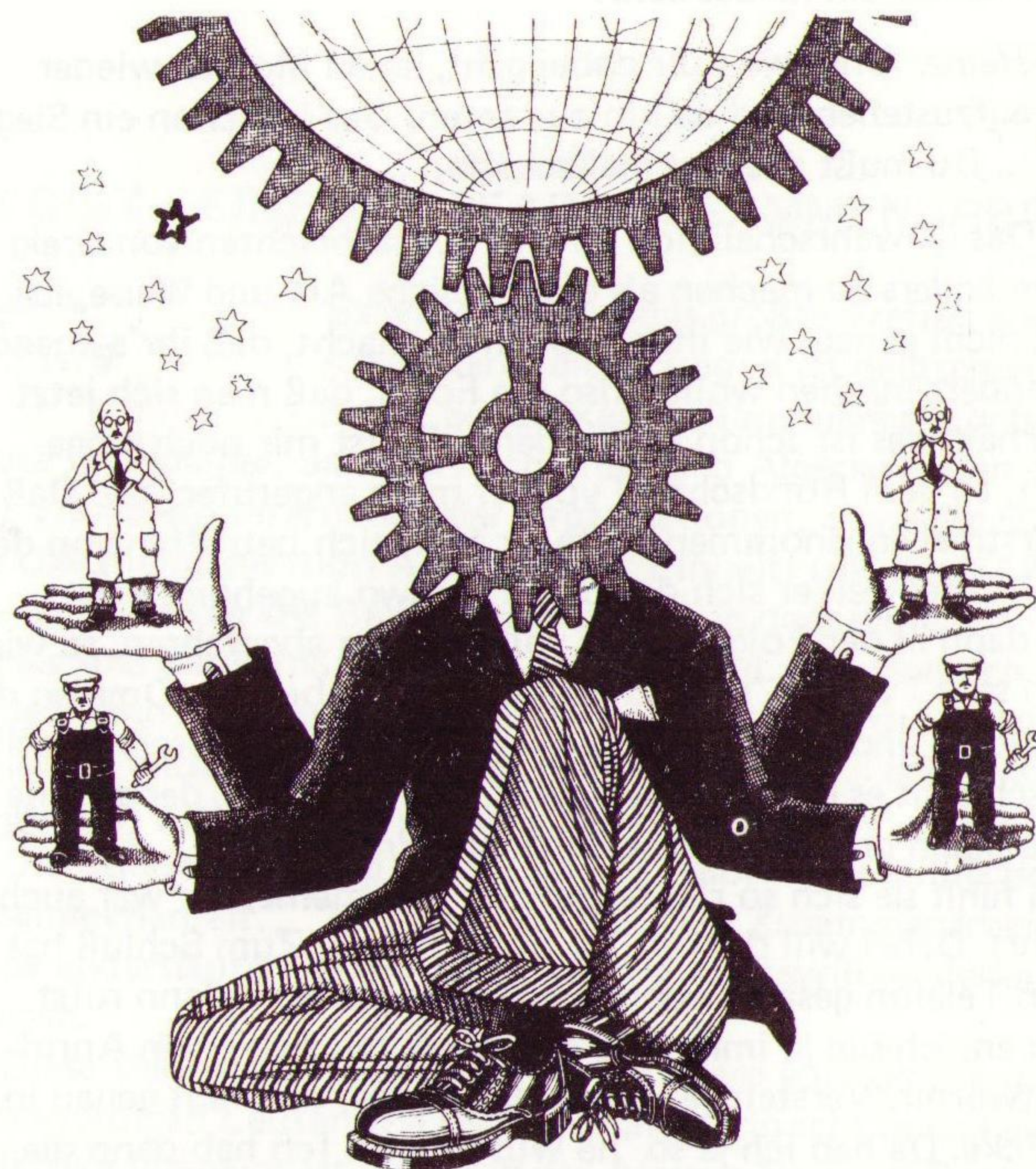
Karl-Heinz: Vor allem in den Beziehungen?

Uli: Ja. Wo die Leute anfangen, über Welten hinauszuhüpfen. Wo sie ihre gesamte Identität infrage stellen, weil sie Bedürfnisse nicht mehr akzeptieren, die sie früher akzeptiert haben. Da mein ich überhaupt nicht mehr, was der alte Hegel gemeint hat, sondern daß jemand sein Dasein verändert. Daß so ein letzter Spießier im Grunde Sehnsucht nach dem hat, was er für unnormale hält. In dem Moment, wo er das ein Stückchen ausprobieren kann, stellt er seine ganze Spießigkeit infrage. Da gibts einen Haufen Sachen, daß so Typen im Betrieb klauen. Die außerhalb des Betriebs als Biedermänner rumlaufen, die klauen Maschinen. Diejenigen, die für tausende von Mark Werkzeug klauen. Wenn sie besoffen sind, dann schlagen Gewerkschaftsfunktionäre bei Lehrgängen Autos kaputt und klauen Süßigkeiten. Das ist auch Realität. Jeder Sponti, den ich mal auf so einem Gewerkschaftslehrgang erlebt hab, hat das mitgekriegt und kann mit denen auskommen und kann da auch die Spießier verstehen. Sonst, wenn du so einem im Haus über dir wohnen hast, kannst du ihn nicht mehr verstehen. Weil er dann für einen Sponti mit ein Teil der Repression ist. Aber wenn die zusammen auf dem Lehrgang sind und miteinander ausflippen, dann können sie sich verstehen, dann klauen sie zusammen Süßigkeiten. Und füllen die Papierkörbe mit dem Automatenzeug, das ist der entscheidende Moment, wo die alle zur Ausflippergesellschaft werden.

Ich will Typen aus der Spinnstube

Uli: Es gibt so Bildergeschichten. Leute haben Bilder gemacht, in Situationen die wir da so aufgebaut haben. Die sind jetzt verstreut, Bilder und Dias, die Leute so in Alben einkleben und sagen „Damals sind wir dort gewesen“. Es gibt aber auch Leute zu denen ich Kontakt habe, wo's mehr als ne Erinnerung ist. Das ist ein Haufen von Erinnerungen, was für mich selbst möglich war, in Zusammenhängen, die ich mir selbst nicht ausgesucht hab, sondern über ganz andere Sachen in die ich mit Leuten reingeraten bin, über völlig entfremdete Motive, z.B. aufzusteigen. Aber dann auch flippig und kribbelig sein, was kommt denn da, was Unbekanntes. Das ist ein Erfahrungsbereich der sich aufschließt, den man noch nicht kennt. Man hat 10, 15, manchmal 20, 30 Jahre lang in so einem Betrieb malocht und

ist kaputt gemacht worden, aber trotzdem, die leben, du stellst fest, die leben noch. Die haben vielleicht ihr Leben lang nie krank gefeiert, die erwarten da Bildung. Da gibt's Leute, die den ganzen Tag so durch den Betrieb laufen, die eigentlich unheimlich listig ausschauen. Da gibt es so Typen, die eigentlich überhaupt nichts schaffen. Zum Beispiel einen, der verwaltet ein Magazin, der ist seit 32 Jahren da und der läuft nur rum und guckt und macht die Leute an und schwätzt mit denen und wird von allen akzeptiert. Der stammt aus dem Vogelsberg und kaut an den Fingernägeln, schlohweiße Haare, und der redet in der Ecke stundenlang mit dir. Und wenn du mit ihm redest, bist du auch geschützt, da kommt kein Meister zu dir, weil der Typ geschützt ist, der darf reden, und dann darfst du auch mit ihm reden. Wenn du mit nem andern redest, kommt sofort ein Vorarbeiter und fragt, wann ihr wieder was schaffen wollt. Der Typ erzählt dir dann Sachen von früher, von den Spinnstuben, seine ganze Geschichte. Der lebt halt da im Betrieb und will gar nicht so viel von dir. Ich hab das Gefühl, der würde da im Betrieb leben. Der hat eine subjektive Haltung zu sich selbst. Ich stell mir so Anarchos im Betrieb vor. Also der hat aber auch Sinn für Gebrauchswert. Der legt sich vielleicht sogar dafür krumm, daß ne Sache im Betrieb gelingt, aber der verbindet damit was ganz anderes. Der verweigert sich nicht einfach, der leugnet die Gesellschaft nicht generell. Also das so eine Vermittlung stattfindet. Sondern daß man sagt woher man kommt, also der kommt aus den Spinnstuben, und spinnt da im Betrieb genauso weiter wie er vorher gesponnen hat. Ich komm aus einer Ecke, wo ich nicht sag, daß das Neue, was ich will, noch nie da war und keine Herkunft hat. Das Neue, was ich will sind so Typen wie der aus der Spinnstube. Die will ich nicht abschaffen. Mit dem kann ich schwätzen und mit dem kann ich, wie mit dir, mal basteln.



Nachtrag: Tage später. Presse und ein Betroffener, eine Begegnung der 3. Art.

Uli: Da hat ein Typ von der Rundschau angerufen, der einen Artikel schreiben wollte, der irgendwelche Sensationen erfahren wollte. Der hat mich gefragt, warum ich denn nach dem Prozeß noch nicht in den Betrieb gegangen bin um meine Arbeitskraft anzubieten. Weil er das für einen guten Aufhänger gehalten hat für seinen Artikel.

Karl-Heinz: Und wie kam der zu den Informationen über deinen Arbeitsgerichtsprozeß?

Uli: Wie der auf uns gestoßen ist, weiß ich gar nicht. Der hat früher schon mal einen Artikel über 'nen Arbeitsgerichtsprozeß geschrieben. Der hat meine Sache so oberflächlich ver-

folgt und hat auch schon bei der Firma angerufen, hat auch meinen Anwalt schon angerufen und wußte eigentlich schon alles. Ich hab mich richtig verarscht gefühlt dabei. Daß er nicht gesagt hat, was er schon weiß, sondern so Fragen gestellt hat und ich dann was erzählt hab, wie's war, und der dann gesagt hat "Ja, ja, das weiß ich schon". Und dann hat er wieder 'ne andere Frage gestellt. Ich hab gemeint, daß er mir fast vorgeworfen hat, daß ich noch nicht versucht hätt', in die Firma reinzukommen, einfach so als Ereignis. Ganz egal, ob's dann auch klappt, nur daß er so 'ne Sensation hat.

Karl-Heinz: Du bist noch krankgeschrieben?

Uli: Ja.

Karl-Heinz: Dann hat er dich fast ausgefragt, ob du wirklich krank bist?

Uli: Ja, fast als ob er als Spitzel von der Firma geschickt ist.

Karl-Heinz: Da wirst du natürlich zum Objekt seiner Berichterstattung gemacht?

Uli: Das ist mir in der letzten Zeit sowieso immer aufgestossen, daß mich monatelang die Leute immer gefragt haben, wenn sie mich getroffen haben, Ja wie geht's denn, aber nicht mir, sondern meinen Prozessen. Und wo's jetzt fertig ist — ich war ganz happy und ganz weg — da hat das eigentlich gar nicht richtig interessiert.

Das war so "Hast gewonnen" und so, aber das war gar nicht richtig erfaßt, was da bei mir abgelaufen ist. Irgendwie sind die Leute schon ganz schön verdorben durch die Wahrnehmung von solchen journalistischen Ritualen.

Karl-Heinz: Wie lange bist du aus dem Betrieb draußen?

Uli: Das war ein halbes Jahr.

Karl-Heinz: Und wie's dir dabei geht, jeden Morgen wieder früh aufzustehen und da hin zu tapsen. Das ist schon ein Sieg, aber ... Du mußt das erst mal schaffen ...

Uli: Das ist wahrscheinlich schwierig, Nachrichten von Ereignissen anders zu machen als diese übliche Art und Weise, ich weiß nicht genau, wie ihr das beim ID macht, daß ihr's irgendwie anders machen wollt. Also die Form, daß man sich jetzt unterhält, das ist schon was anderes. Da ist mir noch eingefallen, zu dem Rundschau-Typ, der mich angerufen hat. Daß ich erstmal angenommen hatte, er fühlt sich betroffen von der Geschichte, weil er sich da auch irgendwo zugehörig fühlt. Und dann in der Folge ist das vollkommen abgefahren, so wie wenn so'n Typ mit 'ner Schachtel Pralinen bei 'ner Oma an die Tür klopft und dann mal einen Artikel darüber schreiben will, wie schlecht es den Rentnern geht. Die sagt, och, der schöne junge Mann bringt mir eine Schachtel Pralines mit ... Und dann fühlt sie sich so richtig gerührt und meint, der wär auch gerührt. Dabei will der nur 'ne Story haben. Zum Schluß hat er am Telefon gesagt, wenn wieder was passiert, dann rufst mich an, ich bin ja immer zu erreichen, ich hab einen Anrufbeantworter. Verstehste, genau das ist das, das haut genau in die Ecke. Da hab ich ja so 'ne Wut gehabt. Ich hab dann die Gabi, meine Freundin noch angeschnauzt, und da ist mir aufgefallen, daß ich eigentlich auf den Typ so 'ne Wut hatte. Ich wollt ihn sofort anrufen und irgendwie anraunzen. Aber dann hab ich seine Nummer vom Anrufbeantworter doch nicht gehabt.

Karl-Heinz: Da rufst du irgendwie in so einen Medien-Apparat und am Schluß kommt dann irgendwas raus.

Uli: Ja, was ihm paßt und was er wieder verwenden kann. Aber der Typ, der wird wahrscheinlich sauer sein, wenn er sowas hört.

Karl-Heinz: Soll er nur.

Uli: Ja eben. Das will ich auch, daß er's hört.

Karl-Heinz: Ja, es ist natürlich ein Problem, Betriebsberichterstattung überhaupt in den normalen Medien unterzubringen. Und da kann er sich natürlich einbilden, daß er so unheimlich toll sei, das zu schaffen gegen den Apparat. Und kapiert überhaupt nicht, welchen Methoden er da selbst aufsitzt.

Uli: Wo er wahrscheinlich sich selbst verlieren wird, wenn er so weitermacht. Irgendwann hat er dann kein Verhältnis mehr zu dem, was er schreibt, Wenn das nur noch über Anrufbeantworter abläuft. Ich mein, er kann sagen, er muß immer erreichbar sein, damit er nichts verpaßt ... Aber was verpaßt er denn? Ich find das schon wichtig, daß es 'ne andere Art von Berichterstattung gibt.

Karl-Heinz: Meinst du, daß diese andere Form der Berichterstattung für euch im Betrieb brauchbar ist?

Uli: Ja, ich glaub, daß das, was in der Gruppe so intern an Widersprüchen angelegt ist, oder was überhaupt bei so einer Arbeit an Widersprüchen da ist, mehr zum Ausdruck kommt als zum Beispiel im "Express" (SB-Zeitung) drin ist, wo halt Zahlen genannt werden oder der Erfolg von linken Listen gefeiert wird. Oder auch in anderen Zeitungen, wo von dem was abläuft, kaum die Rede ist, was dann auch niemanden interessiert. Das ist halt: Die werdens schon machen, und wenn sie's halt nicht packen, dann findet man hinterher objektive Gründe, woran's gelegen hat, das da was kaputt geht. Aber was da subjektiv abgelaufen ist während der Entwicklung und was da drin steckt von den Leuten selbst, das wird da nie formuliert. Vielleicht gibt's da mal 'ne Selbstkritik von irgendjemand, das sagt nicht viel aus. Es wird im allgemeinen gesagt von Linken, daß da zu wenig über Subjektivität geredet oder eingebracht würde, aber das hat bisher nie Folgen gehabt. Wenn das so geschrieben würde, wie's uns geht, würden die Leute das auch lesen. Dann werden wir's vielleicht auch selbst als Flugblatt übernehmen.

Kontakt: über ID, Stichwort BETRIEB

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.

Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352

Verantwortlicher Redakteur: Florian Schwinn

BEIRAT DES ID:

Johannes Beck/Hochschullehrer - Horst Bingel/Schriftsteller -

Heiner Boehncke/Hochschullehrer - Dr. Hans Christoph Buch/

Schriftsteller - Peter O. Chotjewitz/Schriftsteller - Dr. Robert A.

Dickler/Hochschullehrer - Christian Geissler/Schriftsteller -

Dr. Helmut Gollwitzer/Theologe - Holger Heide/Hochschullehrer

Otto Jägersberg/Schriftsteller - Yaak Karsunke/Schriftsteller -

Dr. Heinar Kipphardt/Schriftsteller - Gisbert Lepper/Hochschullehrer

Helga M. Novak/Schriftstellerin - Jürgen Roth/Schriftsteller -

Volker Schlöndorff/Regisseur - Erwin Sylvanus/Schriftsteller -

Dr. Klaus Wagenbach/Verleger - Gerhard Zwerenz/Schriftsteller

ZWEI TOTE AUF DER VULKAN-WERFT

Bremen
21.11.78

Die nachfolgende Meldung haben wir aus der
"Sozialistischen Arbeiterzeitung" vom 18.10.
1978 übernommen:

Bremen: Ein türkischer und ein deutscher Kollege stürzten am 10. Oktober vom 17 Meter hohen Gerüst eines Reparaturschiffes auf der Bremer Vulkanwerft. Beide waren sofort tot.

In der Mittagspause wurde eine Demonstration zur Geschäftsleitung beschlossen. Mehr als 1.000 Werftarbeiter legten für drei Stunden die Arbeit nieder und demonstrierten unter der Parole "Zwei Kollegen tot, wir fordern das Akkordverbot" zum Verwaltungsgebäude der Vulkan-Werft.



DAS ATOMKRAFTWERK ZWENTENDORF WIRD NICHT GEBAUT

Salzburg
15.11.78

Von der Gruppe 'Zeitung – ein Versuch einer Salzburger Gegenöffentlichkeit' kommt der folgende Bericht zur Abwahl des AKWs Zwentendorf:

„Heute strahlen wir“

hieß es am Sonntag nach Bekanntwerden des Ergebnisses der Volksabstimmung. 50,47% nein zum AKW Zwentendorf bei Wien und zur Atomenergie generell in Österreich.

Wir waren alle aus dem Häuserl. Niemand hätte das vor einigen Monaten gedacht, als Flugblattverteilen noch eine Art Pießrutenlauf war. Hätten wir mehr Zeit gehabt, wäre das Ergebnis noch besser geworden.

Wir, das waren die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner IÖAG (linkes Spektrum außer den Moskautreuen), die Aktion Umwelt (liberal), Sozialisten und Gewerkschafter gegen AKW, die zahlreichen „Stimmt-Nein-Initiativen“ und die namenlosen Einzelkämpfer, z.B. jene ältere Frau, die in einem Salzburger O-Bus jeden Fahrgast von dem wichtigsten Nein ihres Lebens überzeugen wollte.

Die Stimmung in den letzten Tagen war gut. Pro-Plakate wurden über Nacht mit Nein übersprüht, obwohl die Bullen auf Zack waren. Von Postkästen, Verkehrszeichen, Autos und Anstecknadeln lachte die Sonne entgegen. Von den Infoständen nahm sich jeder ein Stapel Flugblätter mit um sie in seiner Nachbarschaft zu verteilen. Die in den Wohnhäusern ausgehängten öffentlichen Bekanntmachungen, wo das Wahllokal ist, waren mit Neinparolen und Aufklebern versehen. Wer mit Wild-Plakatieren Erfahrung hatte, war überrascht, daß die Nein-Plakate selbst an Orten nicht herabgerissen worden sind, wo andere linke Plakate nur Momente überlebten.

So spannend haben wir noch keine Wahlsendung erlebt. Erst nach drei Stunden stand es fest. So oder so, hatten wir uns gesagt, machen wir in Salzburg und auch in den anderen österreichischen Städten ein AKW-Fest. Daß wir mit dem Nein nicht gerechnet hatten zeigte sich daran, daß viel zu wenig Getränke eingekauft wurden.

Gegen 20 Uhr bewegte sich ein Fackelzug durch die Innenstadt zur Landesregierung hin, vorbei an der Salzburger Tageszeitung und der Polizeidirektion, welche zwar von unangemeldeter Demo sprach, doch den ca. 250 glücklichen Gesichtern gegenüber keine Schritte unternehmen konnte, gingen ja nach der letzten Kreiskykanzlerwahl die SPÖfans auch spontan auf die Straße.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß der Nein-Erfolg auf der Politspekulation der ÖVP und FPÖ (die letztere rechter als die erste) beruht. Für sie war die Volksabstimmung unter anderem eine Generalprobe der Nationalratswahl im kommenden Jahr.

Es wird sich zeigen, wie weit das Nein zu Zwentendorf eine Absage an die Wachstumsfetischisten, Großtechnologie und Konsumphilosophie ist, also der Beginn eines Umdenkens und Umschwenkens ist. Darin besteht die nächste wichtige Arbeit.

Bezeichnend ist die Berichterstattung in der BRD: Der 'heute'-kommentar kanzelte das Ergebnis in großdeutscher Manier ab: bei einer Energiekrise könne das kleine Land Österreich notfalls den Strom aus den umliegenden Atomkraftwerken, also auch aus der BRD beziehen.

Kontakt: ZEITUNG - Versuch einer Salzburger Gegenöffentlichkeit, Haunspergstr. 70, A-5020 Salzburg, Tel.: 0043622/72 98 83

Südafrika

ES GIBT KEINE NUKLEARE ZUSAMMENARBEIT

BONN
15.11.78

Es war vielleicht das größte Treffen von Afrikanern seit eh und je im deutschen Bonn. Südafrikaner, Namibianer, Zimbawaner, Angolaner, Sambier, Tansanier und Algerier trafen sich mit Vertretern internationaler Organisationen, sowie die UNO, die OAU (Organisation Afrikanischer Einheit) und die AAPSO. Sie spachen über die Beziehungen zwischen dem südlichen Afrika und der Bundesrepublik Deutschland. Wie man sich vorstellen kann, wurden die ausländischen Gäste von der Bundesregierung entsprechend begrüßt. Entsprechend . . . das heißt: Überhaupt nicht. Oder: nur schriftlich.

Die Bundesregierung behauptet: „Es gibt keine militärische Zusammenarbeit.“ „Es gibt keine nukleare Zusammenarbeit.“ „Alle anderslautenden Behauptungen sind böswillige Verleumdungen.“

Diese Verleumdungen stammen vor allem von solchen unglaublichen Leuten wie dem African National Council aus Südafrika (gemeint ist natürlich der African National Congress) und der deutschen Anti-Apartheid-Bewegung. Diese Leute, so Herr Genscher und Herr Bölling, sind ja gar nicht an „dem Kampf gegen die Apartheid“ interessiert. Sie wollen nur „die Bundesregierung international unglaubwürdig machen“.

Afrika sei Dank, daß man die Bundesregierung dort so ernst nimmt, daß man bereit ist, den Kampf gegen die Apartheid zurückzustellen, nur um dem FROG (Federal Republic of Germany) eins auszuwischen. Die Vertreter der Bundesrepublik ließen es mit ihrer Broschüre bewenden. Zu dem „Kongreß gegen atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik - Südafrika“ kamen sie nicht. So wenig wie das deutsche Fernsehen oder die bundesdeutsche freie Presse. (Frei heißt, daß man nicht druckt, was einem mißfällt, wenn man eine Zeitung besitzt. Wer keine eigene Zeitung besitzt, hat selber Schuld.)

Es gibt, so die Bundesregierung, "keine militärische Zusammenarbeit". Wenn Unimogs von Daimler-Benz an die südafrikanische Armee geliefert werden, sollen sich die Afrikaner gefälligst merken: "Der Unimog ist ein ziviles MEHRZWECK-FAHRZEUG" (Zitate aus der Broschüre). Transall-Flugzeuge oder Milan-Panzerabwehrraketen sind "zu keinem Zeitpunkt aus der Bundesrepublik Deutschland exportiert worden" nach Südafrika. Nein, nicht nach Südafrika, nur nach Frankreich. Die Franzosen schicken sie dann weiter. Wie die Bundesregierung sagt, ist Frankreich "von seinem Hoheitsgebiet . . . aus politisch und rechtlich verantwortlich. Die Bundesrepublik hält sich strikt an das Embargo." So was können die Afrikaner nicht verstehen?

Die Radaranlage, See- und Luftüberwachung, die "in Silvermine bei Kapstadt" unter dem Code-Namen "Projekt Advokaat" für die südafrikanische Marine aufgebaut wurde, dient (ja nur) "der Sicherung des Seeverkehrs um das Kap". Das ist "ein normales, nicht-militärisches Exportgeschäft". Und so weiter und so weiter.

Es gibt auch keine nukleare Zusammenarbeit.

Hier wird die Bundesrepublik aber etwas verlegener. Sie fragt einfach die deutschen Firmen, ob sie Urananreicherungsanlagen (keine Urananreicherung - keine Atombombe) in Südafrika bauen. Die Firmen antworten: Nein. Und wer würde das kontrollieren? Sicher nicht die deutsche Polizei. Und wenn bundesdeutsche Firmen, wie Varian MAT aus Bremen, so etwas wie "Thermionenmassenspektrometer" an Südafrika liefern, dann können die ja auch für andere Mineralien - nicht nur für Uran - benutzt werden. Deswegen: die Spektrometer sind ja nicht besonders für eine Anreicherungsanlage konstruiert (und sie sind "frei für den Export").

Der Industriekomplex SASOL II in Evander/Trichardt (Südafrika) hat "nach Feststellung lokaler und sachverständiger Beobachter überhaupt nichts mit einer Urananreicherungsanlage zu tun". Dort wird nur - zugegeben mit großer Beteiligung der bundesdeutschen Industrie - nur eine Kohleverflüssigungsanlage gebaut. (Die macht Benzin aus südafrikanischer Kohle, falls einmal der Schah im Iran gegangen wird und das südafrikanische Militär nicht mehr mit Kriegsöl beliefern kann. Das ist ja keine militärische Zusammenarbeit). Und die "lokalen, sachverständigen Beobachter" (von der südafrikanischen Regierung) - die würden doch der BRD, dem FROG, keinen Bären aufbinden? Den Herren in Bonn etwas vormachen? Sie . . . belügen?

Komischerweise kamen die afrikanischen und deutschen Teilnehmer des Kongresses zu ganz anderen Feststellungen als die Bundesregierung: sie betrachten es als erwiesen, daß die FROG der Apartheid-Regierung beim Bau von Urananreicherungsanlagen, der Voraussetzung für den Bau von Atombomben, reichlich behilflich war - und ist. Es ist nur schade, daß die FROG-Regierung keinen einzigen Menschen finden konnte, der während des Kongresses diese - schließlich ernstesten Beschuldigungen - widerlegen oder mindestens bestreiten konnte.

An Experten mangelte es sicher nicht, die sich in Sachen Militär, Atom, und sogar Südafrika auskennen. Aber die waren leider anderswo beschäftigt. Wie z.B. der ehemalige Inspekteur des Heeres, General Schnee, der war - anscheinend - gerade in Südafrika, sicher um sich von den Missetaten der Apartheid an Ort und Stelle 'ne Idee zu machen. Der hätte sicher zur REinwaschung der FROG's etwas beibringen können. . . Nur, anscheinend arbeitet General Schnee jetzt für ein Bonner . . . Speditionsfirma. Wunder, was die da hinspeditieren?

Copyright und Foto:
Max Watts



Foto:

Die Vertreter afrikanischer Staaten und die Bundesregierung haben entschieden unterschiedliche Ansichten über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika.

Sie tagten Mitte November in Bonn (siehe Foto) und wurden von bundesoffizieller Seite weitgehend ignoriert.

Der wöchentlich erscheinende ID ist zu abonnieren beim:

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90

Postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

bitte bei bestellung stichwörter angeben:
"NEUABO", "Verlängerung", Adresswechsel" etc.
ausserdem die genaue Adresse (bzw. die Abonnementnummer)

Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von 18 Mark für 12 Hefte = ein Vierteljahr. Entsprechend 36 Mark = halbes, 72 Mark ganzes Jahr. Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das postscheckkonto 52 52 28 - 602 postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)

RADIOAKTIVES „SPIELZEUG“

SETIF/ALGERIEN
Oktober/November 78

*Dieser Bericht ist aus der Nr. 8
ATOMIX, einer Anti-AKW-Zeitung
aus Luxemburg mit Beiträgen der*

*Bürgerinitiativen aus dem Saar-Lor-Lux-Gebiet; sie erscheint
acht- bis zwölfmal im Jahr.*

„Anfang Mai 1978 finden Kinder bei Sétif in Algerien einen metallenen Gegenstand, der die Form eines Kugelschreibers hat. Sie spielen damit, bringen ihn ins Dorf, wo er dann im Wand-schrank einer Küche landet, während fünf Wochen von allen vergessen. Dieser Kugelschreiber jedoch ist eine Kapsel, welche das radioaktive Metall Iridium-192 enthält. Wo, wann, wie wurde diese Kapsel verloren? Auf der Seite der algerischen Ölgesellschaft Sonatrach, welche diese Iridium-192 Kapsel benutzt, um Schweiß- und Lötstellen auf ihre Undurchlässigkeit zu überprüfen und deren Lastwagen Anfang Mai die Gegend von Sétif pas-sierte, herrscht Schweigen.

Während fünf Wochen waren fünf Frauen, die in der Küche arbeiteten, einer dauernden und totalen Bestrahlung des ganzen Körpers ausgesetzt. Alarm wird erst ausgelöst, als die Kinder sich im Krankenhaus von Sétif wegen schweren Verbrennungen an den Händen behandeln lassen. Die Kapsel wird von den Be- und den Technikern der Sonatrach sichergestellt. Durch wieviele Hände ist die Kapsel gegangen, bevor sie im Wand-schrank verschwand? Bis jetzt 27 Bestrahlte, wovon sieben schwer verbrannt nach Paris ins spezialisierte Institut Curie ge-bracht werden. Die 50jährige Mutter, die schwere Verbrennun-gen der Brustgegend und der Lungen aufwies, stirbt eine Woche nach ihrer Aufnahme. Bei den beiden Kindern, welche sehr na-hen, aber kurzen Kontakt mit der Kapsel hatten, werden tiefe Verbrennungen behandelt. Bei den anderen Frauen (zwischen 14 und 20 Jahren), von denen eine bei ihrer Aufnahme im dritten Monat schwanger war, lautete der Befund der Ärzte auf eine schwere Erkrankung des Knochenmarks, das die Blutzellen herstellt und säubert. Nach zwei Monaten intensiver Behandlung stellt Professor Jamet vom Institut Curie – das übrigens als ein-ziges Europas auf die Behandlung von atomaren Unfällen spe-zialisiert ist – vor der Presse fest, dank ihrer 20jährigen Erfah-rung sei die Behandlung gelungen, die Patienten außer Gefahr.

Sollte man eine solche Erklärung beklatschen? Kann man hier überhaupt von Heilung sprechen? Darf man sich hier auf den medizinischen Erfolg beschränken und die psychologischen, sozialen und politischen Probleme verdrängen? Umso mehr, als die Ärzte den vier jungen Frauen weder neuen Haarwuchs noch die Unversehrtheit ihrer sexuellen Funktionen versprechen kön-nen! Biologen, Genetiker, Krebsforscher tapen völlig im Dun-keln!

Wir haben es hier mit dem ersten bekanntgewordenen Unfall dieser Art in der Welt zu tun. In den Labors des Institut Curie werden die Bestrahlungsdosen, denen die Betroffenen ausge-setzt waren, auf 400 bis 800 rem geschätzt. Die tödliche Dosis – ohne Behandlung – liegt bei 500 rem!!

In Algerien selbst herrscht bis heute immer noch völliges Schweigen. Keine gerichtliche Untersuchung wurde eingeleitet; eine frei in der Natur herumgeisternde Kapsel Iridium-192 scheint nichts Außergewöhnliches zu sein. Nichts von seiten der Regierung, außer daß sie die Krankenhauskosten beglichen hat.

Wer blockiert die Informationen? Über seine verstaatlichte Firma Sonatrach kennt die algerische Regierung den genauen Ur-sprung des Unfalls. Die Nahrungsmittelindustrien und andere wissen um die Gefährlichkeit des Umgangs mit und der Anwen-dung von radioaktiven Produkten. Trotzdem scheint die Auf-klärung dieses Unfalls nicht in die Öffentlichkeit zu gehören. Erst die ökologischen Kämpfe haben die Gefahren und die Schädlichkeit der Atomzentralen ans Tageslicht gefördert. Es wird Zeit, die unkontrollierte Anwendung der Nuklearenergie in allen Bereichen unseres täglichen Lebens anzuprangern. Die Information muß aus den Köpfen unserer 'Spezialisten' und den Geheimakten unserer Ministerien herausgeholt werden!"

Kontakt: J.M. Geisbusch, 79, rue Emile Metz, Luxemburg

PROZESS GEGEN MATTHIAS KÜNTZEL VOR DEM AMTSGERICHT HAMELN

HAMELN
Oktober/November

*Da uns zu diesem Prozeß noch keine
Berichte vorliegen, im folgenden die ge-
kürzte Abschrift zweier Artikel aus der
Deister-Weser-Zeitung (DWZ), die in etwa einen Eindruck vom
Prozeß-Verlauf geben:*

(DWZ vom 27.10.1978)

POLIZIST ALS ZEUGE HEREINGELEGT

Grohnde Demonstranten erneut vor dem Hamelner Schöffengericht

HZg Grohnde/Hamel. Vor dem Schöffengericht Hameln trieben die beiden Verteidiger eines Grohnde-Demonstranten jetzt einen Polizeibeamten im Zeugen-stand so in Widersprüche, daß man um ihn fürchten muß, falls es noch zu seiner Verteidigung kommen sollte. Der Angeklagte, ein 23jähriger Maschinenschlosser, verfolgte mit genüßlicher Miene das Kreuzfeuer aus seinem Polsterstuhl zwischen den beiden Verteidigern. Ungeniert ließ er sich einmal vom Vorsit-zenden Richter die Akte geben und trat damit vors Publikum: „Auf dem Farbfoto könnt ihr mich mit meiner Gesichtswunde sehen!“.

Von Stunde zu Stunde beherrschten die Verteidiger souverän das Geschehen. Einer redete den Vorsitzenden Richter mit Na-men an, der andere maßregelte einen Schöffen: „Sagen Sie das bitte etwas lauter, die Zuhörer dahinten konnten es gewiß nicht verstehen!“ Geflissentlich wiederholte der Schöffe seine Worte lauter. Bis auf die Schöffen waren alle Prozeßbeteiligten einan-der vom April-Termin her vertraut.



Damals hatten die Verteidiger den Termin platzen lassen, indem sie einen Schöffen wegen Befangenheit ablehnten. Er ist Ange-stellter in der Firma des Kirchhoser Bürgerwehrgründers gegen das Anti-Atom-Dorf. Die DWZ hatte seinerzeit darüber berich-tet; auch über den weiteren Befangenheitsantrag gegen den Vor-sitzenden Richter: Der habe sich einen Grohnde-Film angese-hen und sei daher beeinflusst. Der Antrag ist damals vom Direk-tor des Amtsgerichts abgelehnt worden; und diesmal scheint man (bisher!) nichts gegen das Gericht zu haben.

..... "

„UND ALL DIE ANGEREISTEN DEMONSTRANTEN“ (Zitat aus einem Polizeibericht)

FRANKFURT
22. NOVEMBER

In Frankfurt hat sich im Konfliktfall Abendgymnasium einiges getan: Es gibt eine Initiative „KITATAG“, den Zusammenschluß der verfolgten Projekte „Kita 2000“ (Die Kindertagesstätten sind geschlossen worden, einige Kinder und Erzieher machen im Exil, also in Privaträumen weiter), TAT(Theater am Turm – Kündigungen und Abschaffung der Programmselbstständigkeit sollen das Theater arbeitsunfähig machen) und AG (Abendgymnasium). Nach einer großen Veranstaltung im Frankfurter Volksbildungsheim, zu der 2500 Leute kamen, rief die Initiative zur Demonstration am Samstag, den 18. November auf (siehe Titelbild dieses ID's). Währenddessen wird am Abendgymnasium 1 weiter gestreikt und jetzt (seit einer Woche) hat sich auch das nach Frankfurt-Griesheim ausgelagerte Abendgymnasium 2 am Streik beteiligt.

Groß und bunt

Am Samstag um 11 Uhr auf dem Römerberg: Ungefähr dreitausend sind schon da, in einem großen Kreis wird Straßentheater gemacht, ein schon beinahe altbewährtes Stück über das Abendgymnasium, Pantomime, die Verantwortlichen für das ganze Chaos (Kultusminister Krollmann und Schuldezernent Mihm) ganz in schwarz auf langen Stelzenbeinen dirigieren die Lederjackenpolizisten gegen ein Häuflein ‚Lernunwilliger‘ Abendgymnasiasten. Im Hintergrund übt der KBW Sprechchor. Um 11.30 Uhr zieht die Demonstration langsam los, durch die Innenstadt Richtung Abendgymnasium 1 auf die Eschersheimer Landstraße. Es sind mittlerweile über 5000 Leute zusammengekommen und es werden immer mehr: 7000. Der Zug ist groß und bunt, wie vorher angekündigt. Viele bemalte Gesichter, Verkleidungen vom Bärenkostüm bis zum Rollschuhläufer mit Strumpfhosen und Kraftfahrerhelm von 1920. Viele Kinder sind dabei, teilweise noch im Kinderwagen, die Spielstube Bornheim, Jugendzentren und überhaupt: alles, was man sich denken kann und mehr als man erwarten konnte.

Natürlich gibt es die üblichen Zwischenfälle: Der Wagen des Einsatzleiters an der Spitze des Demonstrationzugs macht Jagd auf Fotografen, einer vom ID-Bilderdienst wird an der Kreuzung Eschersheimer Landstrasse, Grüneburgweg beinahe überfahren, weil er sich dreißig Meter vor dem Polizeiwagen auf die Straße kniet, um zu fotografieren und dann der Wagen plötzlich beschleunigt und auf ihn zu fährt. (Wer das oder ähnliches gesehen hat, meldet sich bitte sofort beim ID). Vor dem AG wird noch einmal Theater gespielt, weshalb eine Lücke im Zug entsteht, die eine Polizeikette ausfüllt. Es kommt zu einer kurzen Prügelei mit Festnahme. Es fliegt ein Kracher und die Kette geht los. Inzwischen provozieren 10 einzelne behelmte Polizisten, indem sie quer durch den Demonstrationzug laufen, auf dem knapp einen Meter entfernten Reuterweg, und das ausgerechnet im KBW-Block. Einer kriegt prompt einen Arschtritt verpaßt und alle zehn stürzen sich auf den, der getreten hat. Um die Ecke haben darauf zwei Hundertschaften gewartet. Die kommen aber nicht zum Zug, weil die zehn, die mittendrin stecken zur falschen Seite abgedrängt werden und dann an der Wand stehen mit dem Schild vor der Brust.

Der Verlauf einer „friedlichen“ Demonstration, die zweieinhalb Stunden später wieder vor dem Römer endet, die meisten fahren mit einem guten Gefühl nach Hause . . .

Die Polizei in der Schule, die Schüler im Knast

Am Abendgymnasium 2 beginnt der Unterricht um 7 Uhr, es ist schon auf Abendunterricht umgestellt. Seit einer Woche standen jeden Tag Streikposten vor der Tür und jeden Tag kam Polizei und bahnte den 10 - 30 Lernwilligen einen Weg durch die Schüler, die immer draußen vor der Tür geblieben waren.



Am Montag, nach der Demonstration (20. November) kamen zum ersten Mal eine Menge Leute vom Abendgymnasium 1 dazu. Diesmal blieben sie nicht draußen stehen, sondern gingen mit hinein, um den Unterricht zu verhindern. Es kam zum Polizeieinsatz in der Schule. Bericht einer Schülerin:

„Ich bin mit ein paar Leuten zusammen dort hingefahren. Als wir ankamen, waren schon etwa 80 bis 100 Schüler versammelt. Zwei Zivilbullen hatten schon von zwei Schülern die Personalien aufgenommen, weil jemand in den Schulräumen Buttersäure verschüttet hatte. Die Zivilen standen in einem kleinen Tabakladen und trauten sich nicht mehr raus, weil viele Schüler neugierig vor dem Laden standen und hineinschauten, was die da wohl machen. Also telefonierten sie zunächst nach Verstärkung . . .

Die kamen in Form von einigen wenigen (vielleicht 10) Bereitschaftspolizisten, die am Zaun eine Gasse gebildet haben für die Lernwilligen, die dann auch dann reingingen. In dem Moment als die Gasse offen war, entschieden aber auch alle anderen, die da gestanden haben, sie seien Lernwillige und dürften auch rein . . .

Bevor die Herren von der Polizei das kapiert hatten, waren schon sehr viele reingeschlüpft: Der Unterricht fand nicht statt. Und dann das alte Spiel: Wir saßen mittlerweile alle in einem Raum (es gibt noch viele große Räume in der Mozartschule in Griesheim) und unten kam die Verstärkung an und forderte uns auf, den Raum zu verlassen. Das taten wir dann, aber es ging langsam, weils eng war. Vorher hatte es schon im Gang ein Geschubse mit den Zivilen gegeben, einer war dabei gegen eine Tür gefallen – zwei Leute waren schon verhaftet worden. Als wir nur auf der Treppe standen und uns Richtung Ausgang bewegen sollten, standen da die Bullen Spalier und forderten die Leute auf, einzeln durchzugehen. Tumult! Frage: Einzeln, nee, nee, einzeln gehen wir nicht, dann gehen wir nicht! Die ersten aus der Polizeikette griffen zu und zogen an einem Schüler, der



wurde von hinten festgehalten. He, loslassen, Schreie, die Bullen begannen, auf die ersten einzuschlagen. Das hörte dann sehr schnell auf und wir erklärten uns bereit, einzeln rausgehen. An der Tür stand ein Lehrer der Schule und sortierte die Lernwilligen aus. Wir wurden in die Wagen gepackt, ins Polizeipräsidium gefahren . . . nicht eingepackt wurden die Aussortierten und ein Polizist, der sich als Schüler ausgibt, aber noch Dienst schiebt."

Das gab's noch nie: Demonstranten vor dem Polizeipräsidium

Sechzig Leute waren verhaftet worden. Die vor der Schule wartenden Abendgymnasiasten fuhren hinter der Polizei her zum Präsidium in die Frankfurter Innenstadt — um acht standen schon 60 bis 80 Leute am Hintereingang des Präsidiums, wo die Einfahrt ist. Einige gingen telefonieren, und dann passierte, was es in Frankfurt noch nie gegeben hat: der Telefonrundruf klappte so gut, wie es keiner erwartet hatte. Das Schneeballsystem funktionierte und immer mehr trafen vor dem Polizeipräsidium ein. Das Gerücht ging um, die Batschkapp (linke Kneipe im Norden Frankfurts), der Schrottkopp (dasselbe in Bockenheim) und die Harmonie (Stadtteilkino in Sachsenhausen) hätten zugemacht, der ID hat sein Plenum vors Polizeipräsidium verlegt und so weiter. Es waren so viele Leute da, daß man's nur glauben konnte . . .

Am Hintereingang des Polizeihauptquartiers entwickelten sich hektische Bewegungen, Hunde wurden ausgepackt und Helme. Die Jungs vom Land kamen in ihren Privatautos angefahren und zeigten sich gleich an der Einfahrt mit quitschenden Reifen. Der Wagen des Überfallkommandos fuhr mehrmals leer raus und voll wieder rein. Er hatte dabei zunehmend Schwierigkeiten, denn schon um neun waren ungefähr 200 Leute in der engen Straße beisammen. Auch vor dem Haupteingang sammelten sie sich. Autos hielten mitten auf der Straße und spuckten Menschen aus, fuhren wieder davon und holten weitere ab. Die Stimmung wurde immer besser und immer lauter.

*Bild oben: Vor dem Frankfurter Polizeipräsidium um 11 Uhr - -
Bild unten: Vor dem Polizeipräsidium um halb eins ...*



Die Polizeipförtner fuhren ihr elektrisch getriebenes Tor andauernd hoch und runter und zeigten Nervosität.

Es kamen Anwälte, die zu den verhafteten wollten, sie wurden abgewiesen. Es kam ein Mensch mit Saxophon und aus Plastikeimern und Papierrollen wurden Trommeln. Die Demonstranten tanzten Ringelreihen und rannten um den ganzen Block herum, die Fahne vor dem Präsidium wurde eingeholt, wobei der Fahnenmast selbst bedenklich zu schwanken begann. Die Fahne wurde auf der Straße ausgebreitet und dort von einigen Privatwagen, die zufällig vorbeikamen überfahren, bevor sie ein beherzter Beamter retten konnte. Dabei verhedderte er sich im Tuch und stolperte mehrmals. Er hatte keine Übung im Einholen von Fahnen und überhaupt machte die Polizei nicht den Eindruck, als sei sie auf 600 bis 700 Demonstranten vorbereitet. Spät in der Nacht tauchte plötzlich ein Wasserwerfer auf und stand minutenlang außen vor und bluffte — war nämlich leer. Schließlich wurde er ins Präsidium geleitet und aufgefüllt.

Nach und nach kamen die Verhafteten raus. Erst nur die Männer und immer nur in kleinen Grüppchen von 3 bis 6, dann sehr spät auch die Frauen. Bericht einer Inhaftierten: Wir waren von 8 bis teilweise nach 12 Uhr da drinnen, bevor die mit den Fotos und den Personalien fertig waren. Und dann gab's ne große Überraschung für uns . . . sicher ein Ergebnis von der Demo am Samstag: Plötzlich hörten wir Rufe von draußen und später dann viele Leute laut schreien: „Rauslassen“. Ich war bei den letzten Leuten, die nach vollendeter Ablichtung noch in einen großen Saal gebracht wurden, der da vorne überm Haupteingang liegt. Und da hörten wir die Sprechchöre und da tat es einen Schlag, und noch ein paar und die Scheiben des Saals flogen herein. Wir haben uns riesig gefreut und wir haben Angst um die Leute unten gehabt. Dann war ein Tumult im Haus, als würde das Präsidium gestürmt, aber das war wohl nur die Hektik und die Angst der Bullen. Wir wurden rausgelassen und ich hatte gerade noch die Zeit festzustellen, daß ungeheuer viele Leute da waren und ein paar zu begrüßen, dann mußten wir rennen . . .“

Hinten war inzwischen urplötzlich und ohne Vorwarnung der Wasserwerfer losgegangen und die Bereitschaftsketten kamen brüllend auf die Demonstranten zugestürmt. Die Straße ist sehr eng und deshalb kamen nicht alle rechtzeitig weg. Es gab fürchterliche Prügeleien. Auf schon am Boden liegende schlugen sie ein und drei Zivile taten sich besonders hervor beim Verfolgen Zusammengeschlagener. Fast zur gleichen Zeit, kurz nachdem vorne auf der Friedrich-Ebert-Anlage die zweite Fahne zu Boden ging und die letzten Verhafteten rausgekommen waren, waren kasernierte Hundertschaften der Bereitschaftspolizei angekommen (die müssen immer erst aus Wiesbaden oder Hanau geholt werden) und die übelsten Polizeieinsätze seit langem begannen. Ohne Vorwarnung stürmten die Bullen los, versuchten einen Teil der Demonstranten einzukesseln und trieben sie erst durch den Hauptbahnhof und dann bis ins Bahnhofsviertel. Alles was im Wege stand, wurde verprügelt. Prostituierte, die gefallenen Demonstranten helfen wollten, wurden weggestoßen, ihnen wurden Prügel angedroht, falls sie noch einmal helfen würden.

Um zwei Uhr nachts war der Spuk vorbei, für die meisten aber noch nicht für die 50 Verletzten . . .

Am darauffolgenden Schultag fanden sich mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei mit einer Menge grüner Autos und zwei Wasserwerfern in den Straßen von Griesheim.

(DWZ vom 2.11.1978):

NACH DER FESTNAHME VERPRÜGELT ?

Pressefotos lassen Grohnde-Prozeß in neuem Licht erscheinen

HZg Grohnde/Hamel. Der zweite Tag im Grohnde-Prozeß vor dem Schöffengericht Hameln endete bestürzend: Zwei Polizeibeamte erkannten sich plötzlich auf Fotos wieder, wo sie den Angeklagten auf dem Erdboden in Sitzlage festhielten und entweder schlugen oder mit Schlägen bedrohten. Ihre Zeugenaussagen an beiden Prozeßtagen paßten dazu nicht mehr. Beide aber blieben bei ihren Aussagen — und wurden vereidigt!

Es geht im Prozeß um den Zusammenprall von Polizei und Demonstranten am Nachmittag des 19. März 1977, halbwegs zwischen Kirchhosen und Grohnde, etwa 30 Meter vom Zaun des Kraftwerkbaugeländes entfernt. Eine von der Weser her in die Flanke der Demonstranten eingebrochene Reiterattacke hatte mit anderen auch den jetzt Angeklagten niedergeritten.

Er hatte zu denen gehört, die verstreut am Boden lagen und von denen einige aufgehoben und zur Gefangenenensammelstelle abgeführt worden sind. Die Anklage wirft ihm vor, daß er sich gegen seine Festnahme gewehrt hat. Und so war es auch an den beiden ersten Verhandlungstagen von den beiden Polizeibeamten, die ihn festgenommen und abgeführt hatten, geschildert worden: Nach dem Aufheben sich losgerissen, ein paar Schritte wegelaufen, gestrauchelt und wieder hingefallen; beim erneuten Aufheben um sich geschlagen und getreten; schließlich mit Armdrehgriff abgeführt.

Sturzhelm, Mundschutztuch und Eisensäge des Angeklagten seien nach der Festnahme im Getümmel verlorengegangen. Jetzt sieht man auf dem einen Foto den Helm neben dem Festgehaltenen liegen oder wegwkullern; dazu scheint sein Gesicht eine Verletzung zu haben, die kaum unter dem Helm entstanden sein kann. Seine Aussage: ihm sei erst der Helm abgerissen worden, dann habe der Gummiknüppel ihn im Gesicht getroffen.

Die Beamten aber bleiben fest bei ihrer Aussage, den allgemein durch Befehl freigegebenen Schlagstock am Handgelenk oder am Koppel gelassen zu haben, ohne ihn einmal zu benutzen. Die Überraschung mit den zwei Fotos, die ein Pressefotograf schoß, ist den Verteidigern geglückt. Weder Gericht noch Staatsanwalt ließen sich etwas anmerken, daß die Beweismittel mit gleichem Erfolg viel eher hätten auf den Tisch gelegt werden können.

Abgesehen von diesem „Schuß aus dem Hinterhalt“ ist aber der zweite Prozeßtag geordnet und ersprießlich verlaufen. Der Vorsitzende Richter ließ sich nichts bieten, die großstädtischen Verteidiger fügten sich in die Umgangsformen der „Provinz“, und der Angeklagte beteiligte sich mit angemessenem Ernst an Zeugenfragen.

Eins nur drängt sich dem Zuhörer auf: Hunderte haben in Grohnde Polizisten verletzt und den Zaun demoliert; dieser Angeklagte ist nur mit Demonstranten mitgelaufen, niedergeritten worden und anscheinend zunächst bewußtlos gewesen. Bloß weil er beim „Gefangennehmen“ um sich geschlagen hat (ohne zu treffen!), dieser ganze „Zirkus“ ?

HAMELN, 18.11.1978

Am Donnerstag, 16.11., wurde das Urteil gegen Matthias verkündet. Es lautet: 30 Tagessätze à 10 DM. Der Hammer bei dem Urteil ist allerdings, daß der Staatsanwalt nur 10 Tagessätze gefordert hatte.

Matthias wird wohl in die Berufung gehen, weil 330 DM auch schon eine Vorstrafe bedeuten, außerdem läuft noch ein Prozeß, in dem Matthias' Vater gegen die beiden Polizisten klagt.

GROHNDE-PROZESS GEGEN KARL WINTER:

„DAS KOSTET IHREM MANDANTEN DIE BEWÄHRUNG“

HANNOVER
15. November

Karls Prozeßführung hatte einige Kontroversen ausgelöst, über die wir in den letzten IDs ausführlich berichtet haben

(ID 252, 253, 254). Karl hatte vier Monate in Einzelhaft gesessen und sich im Verlauf des Prozesses ausführlich zur Sache geäußert. Die Knastgruppe Lüneburg hatte in ihrem Artikel die Befürchtung geäußert, daß Karls kooperative Prozeßführung dazu führen wird, daß er „ins offene Messer der Justiz läuft und seine Aussagen wahrscheinlich zu einer Verurteilung führen werden“. Staatsanwalt Borchers zeigte sich dann in seinem Plädoyer auch „kooperativ“ und forderte „nur“ 12 Monate auf Bewährung für Karl. Das Plädoyer strotzte im zweiten Teil von Unverschämtheiten zur Einschätzung von Karls Persönlichkeit, und war im ersten Teil ein beliebig zusammengesetztes Konglomerat aus Borchers gesammelter Prozeßerfahrung. Der folgende Artikel beschreibt nun die Antwort auf diese „Unverschämtheiten“:

Am 13.11. hielt Karl ein sehr starkes Schlußwort, in dem er die Methode des Staatsanwalts aufdeckte und ihn konkret einiger Lügen überführte. Zum ersten Mal in diesem Prozeß sah sich Staatsanwalt Borchers sehr starken Angriffen ausgesetzt, die Karl im einzelnen sehr gut belegt hatte.

Karl verwahrte sich entschieden gegen die väterlich-fürsorgliche Art des Staatsanwalts, mit der dieser — bis zum Erbrechen in Karls Psyche herumstochernd — die Forderung nach Bewährung begründet hatte. Diese fürsorgliche Art — so Karl — habe nur den Zweck, davon abzulenken, daß es für die Anklage nach wie vor keine Beweise gebe. Wenn die in diesem Prozeß zur Sprache gekommenen Tatsachen richtig gewürdigt würden, dann könne es nur einen Freispruch geben, und dann könne sich Borchers auch seine fürsorgliche Art sparen.

Außerdem legte Karl noch einmal ausführlich das Zustandekommen der Demonstration am 19.3. dar, deren Berechtigung sich durch die in letzter Zeit sich häufenden Horrormeldungen aus AKWs immer neu bestätige, und wehrte sich entschieden dagegen, die Demonstration aus militärischer Perspektive zu bewerten.

Rechtsanwalt Huesmann führte die konkreten Beweise ad absurdum: So hatte der Hauptbelastungszeuge Kolbe erklärt, er sei sich bei der Identifizierung von Karl als dem angeblichen Sägenwerfer und Schläger nicht ganz sicher gewesen, sicher sei er erst dadurch geworden, daß der andere Belastungszeuge Paschedag Karl eindeutig erkannt habe. Die Aussage von Paschedag aber — das hatte der Staatsanwalt selbst in seinem Plädoyer ausgeführt — sei allein nicht brauchbar, seine Identifizierung von Karl sei nicht überzeugend.

Dann kam der Hammer: Borchers, wegen Karls Angriffen auf ihn offensichtlich tief beleidigt, kündigte dem Verteidiger schon in der Pause an: „Das kostet ihrem Mandanten die Bewährung!“ (Wer macht da eigentlich die Urteile?) In seiner Erwiderung auf das Plädoyer führte er aus: Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) dürfe bei „Überzeugungstätern“ die Strafe nur dann zur Bewährung ausgesetzt werden, wenn gewichtige Gründe dafür vorliegen. Der Grundsatz „in dubio pro reo“ gelte hier nicht, da Überzeugungstäter sich der Strafbarkeit ihres Tuns nicht bewußt seien und deshalb allein durch die Verhängung einer Strafe nicht abgeschreckt würden.

Er, Borchers, habe nur deshalb dafür plädiert, Karls Strafe zur Bewährung auszusetzen, weil er den Eindruck gehabt habe, Karl sei kein Überzeugungstäter. Dieser Eindruck habe sich durch Karls Erklärung geändert: Karl habe erklärt, die gesamten Grohnde-Prozesse dienten nur der Kriminalisierung der AKW-Gegner — das bedeute doch, daß er das Verhalten der

Grohnde-Demonstranten nicht für kriminell halte, d.h. daß er sich der Strafbarkeit nicht bewußt sei. Außerdem habe er gesagt, das Vorgehen gegen AKWs auf juristischer Ebene sei zum Scheitern verurteilt — das wiederum bedeute, daß Karl Bauplatzbesetzungen für erforderlich hielte. „Wer von Bauplatzbesetzungen redet, meint doch Landfriedensbruch und Körperverletzung in den schwersten Formen!“ Auch hier würde Karl also Straftaten befürworten, also sei er ein Überzeugungstäter, und deshalb müsse er, Borchers, seinen Strafantrag jetzt ändern: Er fordere nunmehr 12 Monate Gefängnis ohne Bewährung!!!!

Deutlicher ist bisher in den Grohnde-Prozessen der Gesinnungscharakter der Urteile noch nicht demonstriert worden: Wer Taten (die er gar nicht getan hat) nicht zugibt, wer keine Unterwerfungserklärung abgibt, wer Zweifel am Funktionieren des Rechtsstaates hat und äußert, der muß eben in den Knast.

Das Urteil kommt wahrscheinlich am 20.11., falls das Gericht nicht doch noch einmal in die Beweisaufnahme steigt (was nicht auszuschließen ist, da Borchers eine ganze Menge neuer Behauptungen in sein Plädoyer eingebaut hatte, die im Prozeß noch gar nicht zur Sprache gekommen waren).“

Kontakt: Ermittlungsausschuß Hannover, c/o Goetz Buchholz, Bödekerstraße 75, 3000 Hannover 1.

Wenn jetzt die letzten Grohnde-Urteile gefällt sind, wird vermutlich Anfang des Jahres dann der Bundesgerichtshof entscheiden, ob den Revisionsanträgen stattgegeben wird. Ein Ja würde bedeuten, daß die Verfahren noch einmal vor dem Landgericht abgewickelt werden müssen — ein Nein, daß Andreas, Christian, Eso und Jerry in den Knast müssen. EINE KAMPAGNE FÜR DIE AUFHEBUNG DER URTEILE TUT NOT!

18. MÄRZ NATIONALFEIERTAG

21.11.78
BERLIN

Unter der Schirmherrschaft der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz und des Berliner Pfarrers Heinrich Albertz ist eine

Aktion "18. März Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten entstanden. In einem Aufruf schreiben die Initiatoren:

"Am 18. März 1848 besiegten in Berlin die Arbeiter und Bürger im Straßen- und Barrikadenkampf die Truppen des preußischen Königs. Die Arbeiter und Bürger hatten friedlich für demokratische Rechte demonstriert und vor allem Presse- und Versammlungsfreiheit gefordert. Die Obrigkeit versuchte, die Demonstrationen und Kundgebungen aufzulösen und eröffnete das Feuer auf die Demonstranten. Ein erbitterter und blutiger Kampf entbrannte. Mit größter Entschlossenheit trat das Volk für seine Sache ein. Soldaten begannen die Befehle der Offiziere zu verweigern und es kam zu Verbrüderungen mit dem Volk. Am 19. März kapitulierten die Truppen des Königs offiziell und der König selbst wurde gezwungen, sein Haupt vor den 150 Gefallenen des Volkes zu entblößen, die man in blumengeschmückten Särgen vor das Schloß getragen hatte. . .

Wir schlagen vor, den 17. Juni als gesetzlichen Feiertag abzuschaffen und stattdessen den 18. März zum gesetzlichen Feiertag zu erklären und schon für den kommenden 18. März hüben und drüben Veranstaltungen und Treffen zu machen, auf denen über die Bedeutung des Kampfes für Demokratie und Einheit gesprochen und das kulturelle Erbe der Märzrevolution gepflegt wird."

Mit dem Aufruf werden Unterschriften gesammelt (bis zum 1. Dezember), in der Frankfurter Rundschau soll eine Anzeige erscheinen, außerdem gibt es eine Broschüre und die Aktion möchte Spenden. Außerdem teilt sie mit, daß Wolf Schenke, der Herausgeber der Zeitschrift "Neue Politik", die Aktion unterstützt. Schenke hat am 18. März 1951 den Kongreß organisiert, der für Frieden und Neutralität eintrat und sich vor allem gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands wandte.

Kontakt: Volker Schröder, Heimstr. 25, 1000 Berlin 61

URTEIL IM URANPROZESS GEGEN JOACHIM SCHNORR

FREIBURG
22. November 78

Am 17.11.78 fällt das Landgericht Baden-Baden das Urteil gegen Joachim Schnorr, der wegen versuchten Totschlages und Eingriff in

den Straßenverkehr angeklagt wurde. Joachim Schnorr soll versucht haben, mit dem Wagen zwei Arbeiter der 'Saarberg-Interplan' überfahren zu wollen, oder deren Tod billigend in Kauf genommen zu haben (siehe ID 246, 251, 256).

Das Schwurgericht unter Vorsitz des Landgerichtsrichters ISAK verurteilte Joachim Schnorr zu acht Monaten Haft auf Bewährung. Die Bewährungszeit wurde auf drei Jahre festgesetzt, „um einen kleinen Denkanstoß zu geben“. Zusätzlich wurde er noch zu 2.000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Schwurgericht sah die Nötigung in zwei Fällen und den Eingriff in den Straßenverkehr als erwiesen an, wobei es sich in der Urteilsbegründung vorwiegend auf die Aussagen der Belastungszeugen stützte. Diese bezeugten, daß Joachim auf zwei Arbeiter, die auf der Straße gestanden haben sollen, zugefahren sei. — Zu keiner Zeit hatte aber damals jemand auf der Straße gestanden. Die „Version“ von Joachim Schnorr und Edgar Klementz wurde als „überhaupt nicht denkbar“ abgewiesen.

Kontakt: Arbeitskreis Strahlenschutz, c/o Schnorr, Fehrenbachallee 58, Spendenkonto: Nr. 1170 47-750 PschA Karlsruhe.

Über die Arbeit des Arbeitskreises Strahlenschutz gibt es DOKUMENTATION I: Über Strahlengefährdung durch Uranabbau und -aufbereitung in der BRD; DOKUMENTATION II: Über Uranwirtschaft der BRD.

KEIN HEIMKNAST IM BIRKENHOF

Frankfurt/Hannover
14.11.78

Kein Heimknast im Birkenhof und 'Selbstverwaltung ist Selbsterhaltung' — unter diesen Parolen ver-

öffentlichten die Jugendlichen des Frankfurter Jugendwohnkollektivs Ziegelhütte ein Flugblatt, in dem sie zu einer Solidaritätsveranstaltung (am 23.11.78) für die Mädchen des Hannoveraner Mädchenwohnheimes Birkenhof einladen. Das Mädchenheim Birkenhof ist ein konfessionell geleitetes, geschlossenes Mädchenheim, dessen entmündigende Erziehungspraxis von Sozialarbeitern der Heiminitiative Hannover und Mädchen aus dem Heim selbst scharf kritisiert wird. Siehe ID Nr. 234 und 246.

Das Jugendwohnkollektiv Ziegelhütte in Frankfurt ist eine Gruppe ehemaliger Insassen (das Heim befand sich im Frankfurter Ziegelhüttenweg, daher der Name), die nach einer langwierigen Auseinandersetzung mit Jugenbrükratie und Polizei Selbstverwaltung durchgesetzt haben.

Wir haben mit einem Mitglied des Kollektivs telefoniert und fassen hier die Informationen aus dem Gespräch zusammen.

Selbstverwaltung heißt in diesem konkreten Fall: Der städtische Verein 'Arbeits- und Erziehungshilfe' stellt Haus und Umlagen, finanziert 3 Sozialarbeiter, die sich die Jugendlichen aber selbst ausgesucht haben; über alle Belange im Haus, z.B. Neuaufnahmen, entscheidet die Hausvollversammlung und der Verein gibt seine Zustimmung. Ein Bewohner des Kollektivs sagt, daß es bis jetzt noch nie vorgekommen ist, daß der Verein seine Zustimmung zu einer Entscheidung der Vollversammlung verweigert hat. Bisher leben die Jugendlichen von Ausbildungsbeihilfen oder auch Geld vom Jugendamt (bis 18 Jahre). Die Älteren arbeiten oder sind noch in Ausbildung.

Später wollen sich die Bewohner des Kollektivs selbst versorgen. Wie ist noch unklar. Außerdem gibt es die Idee, später eine Art 'Anlaufstelle' für Jugendliche zu machen, die aus dem Heim oder von zu Hause abgehauen sind und auf der Straße sitzen.

In dem Flugblatt wird gesagt, daß monatlich etwa 40 Jugendliche von der Polizei in Frankfurt auf der Straße aufge-

griffen werden. Weiter heißt es dort: "Die Zahl der abgehauenen Jugendlichen dürfte jedoch wesentlich höher sein. Aus ihrer Notsituation heraus sind sie gezwungen sich Geld und Unterhalt durch den Strich, durch Diebstahl usw. zu beschaffen. Auf diese Weise landen viele von ihnen im Jugendknast oder in geschlossenen Heimen.

Die meisten wissen nicht, wie sie sich sonst helfen können. Deshalb wollen wir es erreichen, daß wir unter diesen Jugendlichen bekannt werden, damit sie sich an uns, die Ziegelhütte und die anderen Wohnkollektive wenden. Gemeinsam wollen wir mit ihnen für Jugendwohnkollektive in Selbstverwaltung kämpfen."

In Hannover soll am 9.12.78 eine Demonstration für die Forderungen der Birkenhof-Mädchen stattfinden — um 11 Uhr am Opernplatz. Die aus dem Birkenhof bisher abgehauenen Mädchen wohnen z.T. bei Unterstützern des Heimkampfes. Sie werden auch an der Veranstaltung teilnehmen. Mit der Veranstaltung und der Demonstration sollen die Forderungen der Mädchen nach 'Auflösung des Heimes Birkenhof, Selbstverwalteten Wohnkollektiven mit selbstgewählten Sozialarbeitern und keine Verlegung der Mädchen in andere Heime' unterstützt werden.

Kontakte: Wohnkollektiv Ziegelhütte, Sophienstr. 28, 6000 Frankfurt 90

Heiminitiative Hannover, (Initiative der Sozialarbeiter) c/o Michael Laube, Fössestr. 51, 3000 Hannover 91

Iris Trapp Initiative (hauptsächlich der Birkenhof-Mädchen), c/o Michael Piotrowski, Gretchenstr. 25, 3 Hannover

ABTEILUNG FREUND UND HELFER

Abteilung Freund und Helfer

EINE NACHT BEI DER SINGENER POLIZEI

SINGEN

6. November

Nach einem Diskothekbesuch wird ein junger Singener verhaftet, ohne zu wissen, warum. Er verbringt eine Nacht im Gefängnis und verläßt es mit aufgeplatzter Augenbraue und anderen Verletzungen. Hier der Text eines Flugblattes, das in Singen verteilt wurde:

„Am 26.10.78 war ich bis morgens 1.45 Uhr in der Diskothek ‚pick‘ in der Bahnhofstraße. Ich ging mit einem flüchtigen Bekannten Richtung Romeiasstraße. Auf der Hegaustraße am Polizeirevier bedeutete mir dieser Bekannte, einen Moment zu warten, er wolle etwas erledigen. Kurz darauf hörte ich ein lautes Zischen. Im gleichen Moment bellte ein Hund, fast gleichzeitig rannte mein Bekannter an mir vorbei und schrie: „Hau ab.“ Ohne zu überlegen rannte ich Richtung Hotel „Europa“. Auf der Kreuzung Thurgauer/Hegauerstraße stolperte ich und fiel. Sofort war ich von drei Polizisten umringt. Ohne ein Wort von Festnahme oder Verhaftung zu verlieren, traten und schlugen sie erst zu dritt, dann zu viert auf mich ein. Ich wurde an den Haaren hochgerissen, einer drehte mir den linken Arm auf den Rücken und bog ihn Richtung Hals. In gebückter Haltung, im „Polizeigriff“ wurde ich zum Revier gestoßen. Ich hatte wahnsinnige Schmerzen in der linken Hand — abgesehen davon, daß mir der ganze Körper von den Schlägen weh tat — und schrie ständig: „Paßt auf, ihr Schweine, mein Finger ist gebrochen.“ Einer trat mir daraufhin absichtlich gegen die Hand. Auf dem Weg zum Revier wurde ich immer wieder von hinten geschlagen.“

In einem Raum im Erdgeschoß des Polizeireviers mußte ich mich bis auf die Unterhose ausziehen. Mein Ringfinger an der linken Hand stand zickzackförmig in drei verschiedene Richtungen, daß sowohl ich, als auch die Bullen sehen mußten, daß er gebrochen war. Weil mir die Hand unsinnig weh tat, konnte ich mich — für die Polizei-Beamten — nicht schnell genug ausziehen. Durch ständigen Drohungen mich zu schlagen und durch Zerren an der Kleidung „halfen sie nach“.

In diesem Raum befanden sich fünf Beamte. Einer war mir als POM Schäfer bekannt. Meine Lippen waren schon aufgeschlagen, ich blutete aus der Nase und ich merkte, daß ein Auge zuschwoll. Der Finger war deutlich sichtbar mehrmals gebrochen. Die Brille, die ich schon bei den Schlägen auf der Straße verloren hatte, wurde mir, trotz mehrmaliger Nachfragen, nicht zurückgegeben.

Ich mußte mich auf einen Stuhl setzen. Erst jetzt erfuhr ich, was mir vorgeworfen wurde. Ich hätte mit einem zweiten Beteiligten drei oder vier Reifen von Polizeiautos durchstoßen. Sie wollten wissen, wer der Zweite gewesen sei. Ich konnte keine genauen Angaben machen. Sie stellten meine Personalien fest und wollten wissen, ob ich Alkohol getrunken habe. Mein Oberkörper war voll Blut, auf dem Boden und dem Schreibtisch waren Blutspritzer, was einen der Beamten zu der besorgten Äußerung veranlaßte: „Diese Schweinerei putzt du noch auf“.

Danach wurde ich aufgefordert, zu den Zellen zu gehen, die sich im Keller befinden. Vor mir ging ein Polizist, hinter mir zwei. Am Treppenansatz erhielt ich einen Stoß in den Rücken. Ich stolperte mehrere Stufen hinunter, konnte mich aber noch festhalten. Dabei muß ich mir eine starke Zerrung oder Stauung im Unterschenkel zugezogen haben, jedenfalls konnte ich danach mit dem rechten Fuß kaum mehr auftreten. Unten im Trakt schloß der erste eine Zelle auf und einer, der hinter mir stand, trat mir mit aller Kraft ins Gesäß. Ich fiel fast in die Zelle. Der Dritte bemerkte genüßlich: „Recht so!“

Die Zelle wurde hinter mir zugeschlossen. Das Licht war an. Nach etwa zehn Minuten kam einer der Beamten allein in die Zelle, zog die Türe hinter sich zu und schrie mich an: „Aufstehen“. Ich lag auf der Pritsche, richtete mich auf und sagte ihm: „Ich kann wegen meinem Fuß nicht aufstehen.“ Er fragte noch einmal, wer der zweite Beteiligte gewesen sei. Ich sagte wieder, daß ich das nicht genau wisse. Er stand etwa einen halben Meter vor mir und schlug mir daraufhin aus kürzester Distanz voll die Faust ins Gesicht. Ich merkte, daß die linke Augenbraue aufplatzte und sofort stark blutete. Er sah das genau und ging, obwohl ich wegen der Verletzungen einen Arzt verlangte, ungehört hinaus. Er meinte: „Das hat Zeit.“ Ich legte mich wieder auf die Pritsche und versuchte zu schlafen. Alle fünf Minuten schlug jemand von außen gegen die Zellentür. Einmal wurde die Sprechanlage angeschaltet und jemand lachte höhnisch.

Nach vielleicht zwanzig Minuten wurde die Zellentür wieder geöffnet und ein T.B. wurde mir gegenübergestellt. Sie wollten wissen, ob er der zweite gewesen sei. Ich sagte, ich sähe nichts. Ein Auge war total blutverschmiert, das andere angeschwollen.

Der Polizist sagte, auf einem Auge siehst du doch noch. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß ich kurzsichtig sei und meine Brille bräuchte. Sie holten sie. Ich hatte T.B. schon lange nicht mehr gesehen. Ein Beamter sagte mir nach der Gegenüberstellung: „Falls dir der Name noch einfällt klingelst du, aber wehe du klingelst einmal zuviel, dann schlag ich dir aufs Maul.“

In den nächsten dreißig Minuten setzten sie die gezielten Einschüchterungs- und Schlafentzugsmanöver fort. Danach kamen drei Polizisten und forderten mich auf, mit ihnen zu kommen. Ich sagte, ich könne nicht gehen, weil ich mit einem Fuß nicht auftreten könne. Die Antwort lautete: „Du hast ja noch einen.“ Ich mußte den ganzen Weg von der Zelle bis zum

Erdgeschoß hüpfen. Oben am Treppenaufgang stellte mir ein Scheißbulle das Bein. Ich stolperte, konnte mich aber gerade noch fangen.

Anschließend wurde ich noch einmal vernommen. Danach schrien sie: „Zieh dich an.“ Ich zog mich an und hüpfte auf einem Bein zum Polizeiwagen. Insgesamt war ich etwa drei Stunden auf dem Revier. Während der anschließenden Fahrt zum Krankenhaus wollten sie noch einmal den Namen des angeblichen Mittäters wissen. Als ich weiter aussagte, ich könne keine genauen Angaben machen, sagte einer: „Wir müssen wohl auf den Hohentwiel fahren, und die Wahrheit aus dir herausholen.“ Sie fuhren dann aber doch ins Krankenhaus, wo ich dann bis etwa 7.00 Uhr ärztlich behandelt werden mußte. (Platzwunde nähen, Röntgen, Gips anlegen). Die Erklärung der anwesenden Polizisten zu den Verletzungen war lapidar und stereotyp: „Von der Treppe runtergefallen.“ Sowohl der Arzt als auch die anwesenden Arzthelferinnen müssen gesehen haben, daß mein ganzer Oberkörper blutbeschmiert war. Die einzelnen Verletzungen wurden attestiert, wobei es unterlassen wurde, einzelne Blutergüsse an Beinen, Armen, und die Verfärbung des sonst unverletzten rechten Auges anzuführen.“

v.i.s.d.p.: Anti-Folter-Komitee, c/o Oberlindau 65, 6000 Frankfurt 1.

Nachtrag

Am 20.11.78 wurde bei der v.i.s.d.p.-Adresse eine Hausdurchsuchung von der Frankfurter Kripo durchgeführt, bei der die Druckvorlagen, das Gedächtnisprotokoll und einige Flugblätter beschlagnahmt wurden. Gegen die „presserechtlich“ Verantwortlichen läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Falschaussage, Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland und wegen Volksverhetzung. Die Wahrheit ist eben kriminell.

DIE SITUATION DER GEFANGENEN IN DEN USA

FRANKFURT/DÜSSELDORF

Oktober 1978

Der Teil I: Vorgeschichte und Entstehung von „Marion“ in ID 254

II. Die Gehirnwäsche-Programme in „Marion“

„Paß dich an oder stirb!“ – das Gehirnwäscheprogramm in „Marion“

„Ich glaube, der Tag ist gekommen, an dem wir sensorische Deprivation mit Drogen, Hypnose und Manipulation mittels Belohnung/Strafe verbinden können, um die größtmögliche Kontrolle über das Verhalten eines Individuums zu erreichen.“

Dr. James McConnell,
Psychiater an der Michigan University

„Ich fände es gut, wenn sie über Gehirnwäsche nicht vom Standpunkt der Politik, der Ethik oder der Moral aus denken würden, sondern im Sinne einer bewußten Veränderung des menschlichen Verhaltens durch eine Gruppe Menschen, die eine dementsprechend vollkommene Kontrolle über die Umwelt hat, in der der gefangene Pöbel lebt.“

Dr. Edgar Schein auf
einem Treffen von US-Gefängnisdirektoren und Sozialwissenschaftlern 1962

Die Konstruktion des Knastes ist psychologisch sehr bedeutsam. Er ist in viele kleine Teilbereiche gegliedert, die durch ein

System von elektronischen und mechanischen Gittern und durch eine Anzahl von strategisch wichtigen, verschlossenen Stahltüren getrennt sind, damit die Gefangenen bei einem Aufstand sofort voneinander isoliert werden können. Doch nicht nur wegen der Sicherheitsfragen gibt es viele Türen: der Gefangene wird alle paar Meter mit ihnen konfrontiert und muß erst die Erlaubnis abwarten um weitergehen zu können. Dazu kommt der andauernde Lärm der Gittertüren, der auf Dauer nervenaufreibend ist.

Jeden Abend beginnt die „kontrollierte Bewegung“. Aus den Lautsprechern ertönt das Signal: „Die Bewegung fängt an. Sie haben 10 Minuten Zeit sich zu bewegen.“ Zehn Minuten später wieder der Lautsprecher; „Die Bewegung ist zu Ende. Räumen sie den Flur.“ Zwanzig Minuten später fängt alles von vorne an usw., bis das Unterbewußtsein der Gefangenen auf die Einteilung von Bewegungen/Nichtbewegungen konditioniert ist. Die Gefangenen nennen die Sache „einen Teil des Programms“. In der Verhaltenspsychologie heißt dieser Prozeß „erlernte Hilflosigkeit“ – eine abgeleitete Form von Skinners Operantem Konditionieren.

Einige Gefangene versuchen sich dagegen zu wehren oder sich zumindest zu entziehen. Aber vor „Marions“ vollkommenem Netz von „Augen“ klappt das nicht. Jede Bewegung wird von Fernsehmonitoren, Spitzeln unter den Gefangenen und dem Knastpersonal andauernd beobachtet. Wächter, die für die Observation besonders ausgebildet sind, geben genaueste Informationen weiter, mit denen dann die Empfindungen und die Verwundbarkeit des Gefangenen getestet werden. Verhaltensforschungsexperten nennen diese Tests „Streß-Bewertung“.

Zu all den „Augen“ in Marion kommen die „Ohren“. Z. B. können die Lautsprecher auf ‚Aufnahme‘ geschaltet werden, sodaß auch lockere Gespräche auf den Fluren, innerhalb der Zellentrakte und dem Speisesaal mitgehört werden können – mal ganz abgesehen von den versteckten Wanzen in den Zellen.

Vier mal täglich wird in „Marion“ Chemotherapie angewandt. Der Lautsprecher: „Medikamentenausgabe in der Krankenabteilung . . . Reihe bilden!“ („pill-line“). Valium, Librium, Thorazine und andere „chemische Polizeiknüttel“ werden dort wie Kaugummis verteilt. Manchmal geraten die Drogen auch auf mysteriöse Weise ins Essen, was oft „unerklärliche“ Messerstechereien zwischen den Gefangenen und Anfälle von Halluzinationen zur Folge hat.

Die Gehirnwäsche selber ist eine Kombination von verschiedenen „Therapien“, die die Persönlichkeit des Gefangenen mit dem Ziel angreifen, ihn auf den Status der Hilflosigkeit zu reduzieren. Er soll durch Verunsicherung und Androhung von Strafe (physischem und psychischem Schmerz) erzogen werden. „Wer nicht bereit ist, Roboter zu werden, wird diesen Knast wohl kaum lebendig verlassen.“ (Ein Gefangener)

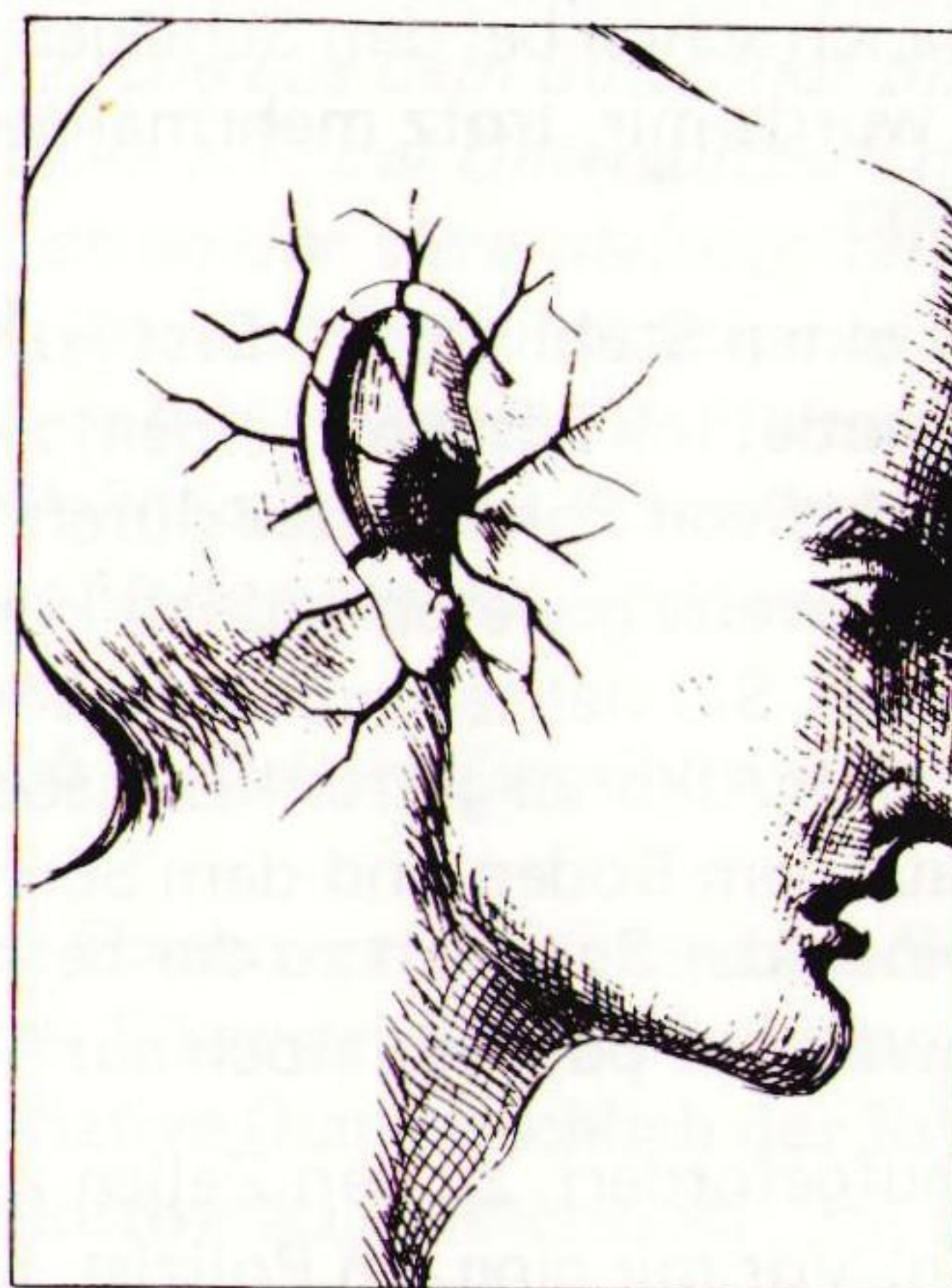
Die Therapie besteht aus vier sich ergänzenden Techniken:

1. Dr. Edgar Scheins Gehirnwäschemethode (siehe Anhang)
2. Skinners Operantes Konditionieren (Bekräftigungslernen)
3. Dr. Levinsons Konstruktion des Kontrollblocks (Nach den Erkenntnissen der Sensorischen Deprivationsforschung)
4. Chemotherapie oder Drogentherapie

Wer diesem Gehirnwäscheprogramm folgt, wird „Modellgefangener“. Als Belohnung für die Selbsterniedrigung kommt er in einen separaten, komfortableren Zellenblock mit ein paar Privilegien und ein bißchen Luxus. Dieses Programm heißt „Asklepieion“ und beinhaltet verschiedene therapeutische Techniken: „Transactional Analysis, Synanon Attack-therapy, Psychodrama, Primal therapy, Encounter Group Marathon Sensivity Sessions“.

Die anderen Gefangenen nennen diese kleine Elite-Gruppe die „Groder Gorillas“, nach Dr. Martin Groder, der das Gehirnwäscheprogramm in „Marion“ einführte. Nach der von den Ver-

antwortlichen bevorzugten „Transactional Analysis“ (TA) Theorie sehen die Groders die Gefängnisbeamten als „Eltern“ und sich selber als „Kinder“, die „erwachsen“ werden wollen, sich „bessern“ müssen. Durch sie sollen die Gehirnwäschetechniken auch den Weg nach draußen finden. (Unter ähnlichen Pseudonymen wie ‚Asklepieion‘). Die „Groders“ hoffen nämlich therapeutische Fachmänner zu werden und später, nach ihrer Entlassung als „Kuriere“ zu arbeiten, die die Techniken in die Gesellschaft zurücktragen. Das ist der Master Plan“ von Dr. Groder.



Verhaltensänderungsforschung

Verhaltensänderungsforschung wird nicht nur in Gefängnissen angewandt, sondern auch in Fabriken, Wohnghettos, Nervenkliniken und Schulen. Millionen von Schulkindern werden „oft auf das Drängen von Schulen oder einzelnen Lehrern hin mit Medikamenten behandelt, um sie gefügiger zu machen.“ (Myth of the Hyperactive Child“, New York, 75) Für die allzu lebendigen und neugierigen Kinder gibt es keine schlechten Noten mehr, sondern die Diagnose: „überaktiv“ oder verhaltensgestört. 3 % aller Schul Kinder werden augenblicklich auf „Überaktivität“ behandelt, davon gehört die überwiegende Mehrheit unterdrückten Minderheiten an. Ihnen werden Ritalin und andere Amphetamine verabreicht. Zu den tausenden Studien, die jährlich angefertigt werden und die erarbeiten, bis zu welcher Geschwindigkeit ein Fließband laufen kann, bevor die Arbeiter zusammenbrechen oder wieviele Menschen maximal in einen Wohnblock gepfercht werden können, gehört auch die Entwicklung von Tests, mit deren Hilfe „potentielle Gewalttäter“ ausgemacht werden können. Sie werden in Zentren zur Erforschung von Methoden zur Verhütung von Gewalt“, die sich in einigen amerikanischen Universitäten befinden und mit staatlichen Geldern unterstützt werden, entworfen. Diesen Tests unterzieht man schwarze Kinder im Alter von sechs (!) Jahren. Diese kleinen „Gewalttäter der Zukunft“ werden dann in besondere Schulen aufgenommen, in denen ihnen auch Medikamente ins Essen getan werden, z. B. Haldol, das in Nervenheilanstalten benutzt wird. Einige Kinder werden sogar psychochirurgisch behandelt (Lobotomie – operative Entfernung von Nervensträngen im Gehirn.). Das Projekt wurde auf Initiative von Nixon offiziell beantragt, die Idee dazu soll sein Psychiater Hutschnecker gehabt haben. Viele dieser Studien finanziert die Verwaltungsabteilung zur Umsetzung und Überwachung der Gesetze des Justizministeriums (Law Enforcement Assistance Administration of the Justice Department) dessen Personal sich aus ehemaligen CIA-Angestellten zusammensetzt.

aus: Kinder, Trikont 76 und „Schau heimwärts, Jimmy Carter!“, Verlag marxistische Blätter

Der Langzeit-Kontrollblock

Wer sich dem Gehirnwäscheprogramm nicht unterwirft, landet im Langzeit-Kontrollblock, dem Knast im Knast, in dem die Sensorische Deprivation der Schlüssel zur Erzwingung von Disziplin ist. Dort ist jede Zelle nur ca. 2,5 mal 3 Meter groß. Die Gefangenen sind in diesen Zellen 23,5 Stunden am Tag auf unbestimmte Dauer. Im Kontrollblock sind den Gefangenen alle Möglichkeiten genommen, sich mit irgendwas zu beschäftigen; sie können nur in den Zellen rumhocken und ab und zu mal duschen.

Nur 18 von 72 Gefangenen ist es erlaubt zu arbeiten. Obwohl jedem klar ist, daß ihn diese Arbeit total ausbeutet, wird sie dennoch als Privileg angesehen. Nur wenige können Kurse belegen, religiöse Betätigung wird vor allem den Muslims verweigert. Da nur zwei Gefangene zur gleichen Zeit Hofgang haben, sind gemeinsame sportliche Spiele unmöglich.

Diejenigen, die selbst in dem Trakt nicht aufhören, sich zu widersetzen, oder die einfach eine „schlechte Angewohnheit“ haben, kommen dann aufgrund eines Berichts des Wärters in die sogenannten „boxcar“-Zellen oder „Sensorische Deprivations-Zellen“ (2 mal 2,5 Meter). Diese Zellen haben besondere Stahl-türen, durch die kein Geräusch hindurchdringt. Zwei kleine Fenster lassen nur 75% des Sonnenlichts herein. Vor der Stahl-tür befindet sich noch eine Gittertür innerhalb der Zelle. Dazwischen ist eine 60 Watt-Birne installiert, die 24 Stunden brennt. Eine flache Stahlplatte, bedeckt mit einer 2,5 cm dicken Schaumstoffmatte und bezogen mit einfachem Plastik, ragt aus der Wand. Nach ein paar Tagen auf diesem „Bett“ wird der Körper total steif. Diese Erstarrung überträgt sich nach und nach auf das gesamte Nervensystem. Im Winter ist es extrem kalt in den Zellen und im Sommer fehlt der Ventilator. In den Duschräumen wird mit kaltem und heißem Wasser manipuliert. Dazu kommen Mißhandlungen mit der Chemischen Keule, Schlagstöcken, Fesselung an Bretter oder Unterbrechung des Blutkreislaufes mit anderen Mitteln.



„Wenn die „boxcar“-Praktiken wirklich so sind, wie Koch (ein Gefangener) sie beschreibt, dann würden sie eine Art Isolationshaft darstellen, die dem entspricht, was während der Jahrhunderte benutzt wurde, um Geständnisse zu erzwingen: der Folterbank, der Daumenschraube, dem Rad.“

Bundesappellationsgericht in Chicago

Eine Woche, nachdem ein Gefangener in so einer Zelle sitzt, wird ihm sein ganzes persönliches Eigentum abgenommen. Viele in diesen Zellen wurden im Laufe der Zeit geistesgestört, weigerten sich zu essen oder zu reden. In den „boxcar“-Zellen oder innerhalb einer Woche, nachdem sie aus dem Foltertrakt entlassen waren, sind in den letzten fünf Jahren zehn Männer gestorben, davon drei Selbstmorde im Jahr 1977. Einer davon ist Scott Caldwell. Offiziell beging er Selbstmord durch Erhängen am 31.12.77.

Im ganzen Langzeit-Kontrollblock werden Besuche extrem eingeschränkt, obwohl die engen emotionalen und familiären Beziehungen längst unterbrochen sind, da der Gefangene oft tausende Meilen von seinem Heimatort entfernt eingesperrt wurde. Wegen der isolierten Lage von 'Marion' ist es dem Gefangenen auch nicht möglich, sich mit Leuten aus einer Umgebung von 50 Meilen zu schreiben. Besuche von Freunden und der Familie finden hinter einer Plexiglas-Trennscheibe statt. Gesprochen wird über Telefon (in San Quentin zum Teil auch bei Anwaltsbesuchen, da die Behörden sich strikt weigern zuzugeben, daß die Telefonleitungen abgehört werden. Im Herbst letzten Jahres wurde in der Presse sogar die Einführung von Fernsehanlagen bei Besuchen in San Quentin gefeiert, d.h. die „gefährlichsten“ Gefangenen sehen ihren Besuch auf dem Bildschirm und telefonieren mit ihm...). Die Gefangenen sind während des Besuches in Ketten und werden ständig von den Wärtern beobachtet; vor und nach dem Besuch durchsucht. Seit am 9. Mai 77 (wieder mal) eine Bestimmung mit der Überschrift „Körperliche Durchsuchungen von Gefängnisinsassen“ eingeführt worden war, wurden die Gefangenen unter dem Vorwand von „Sicherheit und Ordnung“ und mit der idiotischen Unterstellung, die Gefangenen hätten Knarren, Messer, Munition oder Drogen im After versteckt, zu Rektaluntersuchungen gezwungen. Begonnen wurde damit allerdings erst am 4. November 77. (Siehe Ereignisse in der BRD zu dieser Zeit: Angebliche Funde von Waffen und Sprengstoff in den Stammheimer Zellen!) Die Proteste der Gefangenen dagegen wurden von Seiten des Knastes mit brutalen Knüppelinsätzen und Tränengas beantwortet.

Das 24-Punkte-Programm von Dr. Edgar Schein oder „Das Manifest der Entmenschlichung“

1. Verlegung der Gefangenen in Bereiche, die ausreichend isoliert sind, damit enge emotionale Beziehungen erfolgreich abgebrochen oder ernsthaft abgeschwächt werden.
2. Absonderung aller „wirklichen“ Führer („natural leaders“).
3. Einsetzung kooperativer Gefangener als Führer.
4. Verbot von Gruppenaktivitäten, die nicht im Einklang mit den Zielen der Gehirnwäsche stehen.
5. Bspitzelung von Gefangenen und Weitergabe des persönlichen Datenmaterials.
6. Namen von Gefangenen in gefälschte Erklärungen schreiben, die dann anderen gezeigt werden.
7. Opportunisten und Informanten benutzen
8. Gefangene überzeugen, daß sie niemandem vertrauen können.
9. Diejenigen, die willens sind zu kollaborieren, nachsichtiger behandeln als solche, die es nicht sind.
10. Diejenigen, die sich unkooperativ verhalten, bestrafen.
11. Systematisches Vorenthalten der Post.



12. Den Kontakt zu all denen verhindern, die nicht mit den Behandlungsmethoden und der Kontrolle über den gefangenen Pöbel übereinstimmen.
13. Auflösung aller Gruppennormen unter den Gefangenen.
14. Schaffung eines Gruppenbewußtseins unter den Gefangenen, daß sie von ihrer sozialen Ordnung aufgegeben und völlig isoliert sind.
15. Zerstörung jeder emotionalen Unterstützung.
16. Verhindern, daß Gefangene über ihre Haftbedingungen nach Hause oder zu Freunden schreiben.
17. Zugang zu Publikationen und Büchern erlauben und ermöglichen, die ausschließlich solches Material beinhalten, daß das gewünschte neue Verhalten unterstützt oder sich ihm gegenüber neutral verhält.
18. Die Individuen in neue und zweideutige Situationen bringen, in denen die Normen bewußt unklar bleiben und dann Druck auf sie ausüben, damit sie, um dem Druck zu entgehen und eine Atempause/Vorteile zu erhalten, sich an das Gewünschte anpassen.
19. Die Individuen, deren Willenskraft mehrere Male geschwächt oder zerstört wurde, in eine Lebenssituation mit mehreren anderen bringen, die in ihrem Denken schon sehr angepaßt sind und deren Aufgabe es ist, weiterhin die emotionale Unterstützung des Individuums zu zerstören.
20. Anwendung von Techniken zur Charakterschwächung wie: Erniedrigungen, Verunglimpfungen, Schreien, um Gefühle der Schuld, Angst und Beeinflußbarkeit auszulösen – in Verbindung mit Schlafentzug, einem strengen Knastregime und regelmäßig wiederkehrenden Verhören.
21. Allen unaufrichtigen Versuchen dem Druck von Zellenkameraden nachzugeben, mit erneuter Feindseligkeit begegnen.
22. Den Gefangenen durch Zellenkameraden wiederholt darauf hinweisen, wo er in der Vergangenheit oder in der Gegenwart nicht einmal seinen eigenen Grundsätzen und Werten gemäß gelebt hat.
23. Durch Aufhebung des Drucks und Akzeptierung als menschliches Wesen gehorsames und unterwürfiges Verhalten belohnen, das den Gehirnwäschezielen entspricht.
24. Schaffung von sozialer und emotionaler Unterstützung, die das neue Verhalten verstärkt.

Der Widerstand

In den Langzeit-Kontrollblock von 'Marion' werden nicht nur Gefangene aus dem ganzen Land verlegt, sondern auch Gefangene aus den US-Kolonien, wie Puerto Rico und Virgin Islands. Der Trakt wurde zum ersten Mal benutzt, um den Arbeitsstreik 1972 zu brechen – jetzt dient er dazu, die aktivsten Gefangenen, verhafteten Revolutionäre und Schriftsteller und die Mitglieder der „Nation of Islam“ zu brechen.

„Der Sinn des Kontrollblocks in 'Marion' ist die Kontrolle über revolutionäres Verhalten, das in den Gefängnissen, wie auch im Großen in der Gesellschaft, überhand nimmt.“

Ralph Aron, ehemaliger Gefängnisdirektor von 'Marion'

80% aller Gefangenen des Kontrollblocks sind Schwarze, Chicanos, Puertoricaner, Asiaten. Einige von ihnen werden seit Jahren in den Verhältnisänderungs-Trakten gefangen gehalten, weil die Haftbedingungen von Frauen, Indianern, armen Weißen und 3. Welt-Gefangenen kaum Aufmerk-

samkeit in der Öffentlichkeit erregen.

Gegendiese menschenunwürdigen Bedingungen kämpfen die Gefangenen seit Jahren mit Hungerstreiks, Arbeitsstreiks und Klagen, die teilweise erfolgreich sind. Das erste Mal klagten die isolierten Gefangenen die Gefängnisleitung und das US-Bureau of Prisons wegen der Vorfälle im Juli–August 72 an. Nach einem langen Kampf im Gerichtssaal ordnete das Gericht die Verlegung von 36 Männern in den Normalvollzug an. Das war nur ein Teilsieg, weil so nur der Aufenthalt dieser 36 Gefangenen im Kontrollblock für illegal erklärt worden ist (es sei keine Behandlung erfolgt, sondern ausschließlich Bestrafung gewesen), aber nicht der Block an sich, die „Sensorischen -Deprivations- Zellen“, die extrem gekürzten Besuche, usw.. Die 36 wurden also durch andere 36 ersetzt.

Eine große Gruppe Männer im Knast, die „Marion Brothers“, fordert jetzt die völlige und endgültige Schließung des Kontrollblocks. Ihre Klage lag seit 1975 beim Gericht; der Prozeß begann im Juli 77. Es kamen über 100 Besucher aus Illinois und Missouri.

In dem Prozeß „Bono gegen Saxbe“, wo es um diese Schließung geht, kam heraus, daß von Januar bis Juli 76 in zwölf verschiedenen Fällen Gefangene mit Totschlägern und Baseballschlägern angegriffen und über einige Gefangene vorher Eimer mit Urin ausgeleert wurden. Die Hälfte der verprügelten Gefangenen waren Mitglieder der „Nation of Islam“. Obwohl die Untersuchungskommission des US-Bureau of Prisons herausfand, daß die Wärter nicht nur Urin für solche Fälle in einem Raum lagerten, sprach sie die Wärter von der Verantwortung frei. Vielmehr sagte der regionale Direktor des Bureau of Prisons vor Gericht, daß die Kontrollblocks in 'Marion' „die Grundlage für die Ordnung des gesamten Gefängnisystems in den USA“ sind.

Während des Prozesses gründete sich das „National Committee To Support The Marion Brothers“ (nationales Komitee zur Unterstützung der Brüder in 'Marion'), das zusammen mit Familienangehörigen versucht, die Kommunikation zwischen den isolierten Gefangenen und der Außenwelt aufrechtzuerhalten. Die Gefängnisleitung tat und tut alles, um die Unterstützung abzuwürgen, z.B. Briefe nicht durchzulassen. In diesem Jahr mußte sie allerdings wegen der Androhung einer Klage die Behinderungen der Weitergabe von linker Literatur an Gefangene beenden.

Das Komitee organisierte mehrere Demonstrationen vor 'Marion'; 2/3 der Gefangenen traten zur Unterstützung in den Hungerstreik. Eine davon fand am 14.8.77 statt, eine Woche nachdem der Gefangene Hiller „Red“ Hayes an einem Herzanfall gestorben war. In einer Erklärung des Komitees heißt es: „Wir wissen, daß er von den 15 Jahren, die er in nord-amerikanischen Gefängnissen war, 13 Jahre isoliert wurde. (6 davon im Kontrollblock in 'Marion', Anm.) Das hat ihn umgebracht.“

Aus einem weiteren Flugblatt des Komitees:

„Das Verhaltensänderungsprogramm in 'Marion' bedroht beide: Die Gefangenen und die Öffentlichkeit. Diese Kontrollblocks produzieren Menschen, die kein normales Leben mehr leben können, weder im Knast, noch nachdem sie entlassen wurden. (. . .) Noch wichtiger aber ist, daß das Programm der Versuch ist, Einstellungen, Bewußtsein und Verhalten der Leute zu kontrollieren. Wenn Gefangene mit diesem Programm kontrolliert werden können, so kann das auch mit anderen passieren, ob sie im Knast sind oder nicht. Tyrannei, wie die Tyrannei in 'Marion' wählt sich die Opfer nicht aus. Sie schafft sie sich.“

Im April 78 wurden die „boxcar“-Zellen in 'Marion' zwar endlich vom Bundesrichter James Foreman für verfassungswidrig erklärt („grausame ungewöhnliche Bestrafung“), aber die „Marion Brothers“ haben schon darauf hingewiesen, daß es noch eine Weile dauern wird, bis die Gefängnisbe-

hörde sich entschließt, die Verfassung zu beachten. Natürlich ist die Entscheidung nicht nur so vage gehalten, daß es für die Behörden genug Hintertürchen gibt – vor allem ist nichts über den Kontrollblock selber und diese Programme gesagt –, sondern im Gegenteil bedeutet sie laut einer offiziellen Mitteilung des Bureau of Prisons „einen Sieg für das Bureau of Prisons“. Foreman's Entscheidung ist das Startzeichen für den Bau von Kontrollblocks auch in anderen Gefängnissen, z.B. ist ein regionaler Knast für die Rocky Mountain States geplant (nach dem Modell von ‚Marion‘) und der Umbau des Missouri State Penitentiary (100 Jahre alt), wodurch ein Kontrollblock für 500 Gefangene entstehen soll.

Kurz vor der gerichtlichen Entscheidung terrorisierten die Wärter in ‚marion‘ die Gefangenen noch so, daß diese in einen 3-tägigen Hungerstreik traten, um dagegen zu protestieren. Daraufhin wurde der afroamerikanische Anarchist und Kämpfer der Gefangenenbewegung Lorenzo Komboa Ervin (der für eine Flugzeugentführung nach Cuba als Protest gegen den Vietnamkrieg lebenslänglich bekam) und drei weitere Genossen in den Kontrollblock verlegt, in dem rassistische Wärter versuchten, Ervin von anderen Gefangenen umbringen zu lassen. Die weißen Gefangenen lehnten das Angebot jedoch ab.

Zwischen sind 5 der „Marion Brothers“ von dem nach der Helsinki-Konferenz gegründeten Weltfriedensrat zu politischen Gefangenen aus Gewissensgründen erklärt worden: Der puertoricanische Nationalist Raphael Cancel Miranda, der militante Kämpfer der Amerikanischen Indianerbewegung (AIM) Leonard Peltier, der schwarze Autor Eddie Griffin, die Kämpfer der Gefangenenbewegung Victor Daniel und George Blue.

Wer mehr wissen will:

National Committee To Support The Marion Brothers (NCSMB)
4556 a Oakland
St. Louis, Missouri 63110
Tel. 314-533-2234

Quellen:

Outlaw, USA, Nr. 2/1977
Marion Brothers News Reports
The Open Road, Canada, Nr. 3/77
" " " " Nr. 7/78

Kontakt: Arbeitskreis Antiimperialistische Solidarität
Postfach 3021, 4000 Düsseldorf 1

WENN EIN GEFANGENER FÜR 90 PFENNIG ZUCKER KLAUT, ZERREN SIE IHN VOR GERICHT

BUTZBACH
22. NOVEMBER

Ein Gefangener aus Butzbach
schreibt:

Nachdem meine private Siegesfeier über die Vernunft von Zwentendorf, bei Kaffee und Marmeladebrot beendet ist, wollte ich euch ein bißchen was an Material schicken, über die Knastrealitäten schicken, wenn ich auch langsam, im achten Haftjahr, wen wundert's? etwas flügelahm werde. Wenn ich z. B. bedenke, wie oft wir schon über solche Prügelaktionen berichtet haben, wie ihr sie in Nr. 247 beschreibt, daß es schon vor 6 Jahren die gleichen Leute waren, daß seither die Zahl der Fälle sicher dreistellig wäre, und was geschieht? Ist es genug, immer nur in der gleichen Form darüber zu berichten? Sollte nicht euer potenter Beirat da noch einmal gewichtiger an die Öffentlichkeit gehen? Etwa z. B. mit fundierten Feststellungen über zehn Jahre, damit dann niemand mehr was von „einmaligen“ Entgleisungen“ sagen kann?

(Der nachfolgende Absatz bezieht sich auf einen Vorfall, über den die Frankfurter Rundschau am 19. Juni 1978 schrieb: „17 Beamte der Justizvollzugsanstalt Butzbach stehen unter Diebstahlsverdacht. Wie der Leiter der Staatsanwaltschaft Gießen, Isbrand Kapfer, auf Anfrage bestätigte, läuft gegen sie ein Verfahren wegen Untreue und Diebstahl. Die Beamten sollen sich aus der Kleiderkammer der Anstalt unrechtmäßig neuwertige Dienstbekleidung im Wert von über 7000 DM gegen Rückgabe alter Kleidungsstücke beschafft haben . . . Einem der Beamten sei nachgewiesen worden, daß er aus sogenannten „Fürsorgebeständen“, zu denen unter anderem neuwertige Entlassungskleidung für ehemalige Häftlinge gehört, einen neuen Trachtenanzug und ein paar Schuhe gestohlen habe . . .“)

Die des Diebstahls verdächtigten Beamten durchsuchen = filzen weiterhin das Privateigentum von Gefangenen in deren Abwesenheit. Nur einer wurde suspendiert, ein anderer versetzt, in eine Zweiganstalt. Als wäre damit etwas anders. Dabei ist man über das Verfahren gegen die Beamten noch zornig, weil es impliziert, diese 17 – oder wieviele auch immer – seien die Ausnahme und nicht der gesamte Apparat sei kaputt und morsch. Überall Ausnahmen, die Pistolenhändler, die Rauschgifthändler, alle in Uniform, alle mit Verfahren ermittelt in den letzten Jahren, führen nicht zu der Konsequenz, darauf zu verzichten, Gefangene zu verdächtigen, sondern endlich einzusehen, WER in Gefängnisse Verbotenes einführt. Und je dichter ein Knast, je wohlsortierter und teuer das Angebot. Die Sicherheitshysterie des hessischen Justizministeriums hat da sehr geschäftsfördernd gewirkt.

Dagegen scheuen sie sich nicht, einen Gefangenen, der für 90 Pfennige Zucker klagt, in einem Betrieb in dem er Samstag und Sonntag, 7 Tage in der Woche = 365 im Jahr! für 3 DM täglich arbeiten muß, vor das Gericht mit einer Anklage zerren.

Anklageschrift

Der Bäcker Karl-Heinz Lahm

(Bl. 15 d. A.)

geb. am 19.6.47 in Rüsselsheim,
z. Zt. in der Justizvollzugsanstalt
Butzbach, Deutscher, verheiratet

wird angeklagt,

in Frankfurt am Main am 22.11.77
durch zwei selbständige Handlungen
1. einem anderen in der Absicht der
rechtswidrigen Zueignung fremde be-
wegliche Sachen entwendet zu haben
und

2. einen anderen bei einer Behörde
wider besseres Wissen einer rechtswid-
rigen Tat verdächtig zu haben.

Der Angeklagte entwendete in der JVA in der Oberen Kreuz-
ackerstr. 8, 850 gr. Zucker.

Anschließend versuchte er den Mitgefangenen Hölzer zu be-
stimmen, diesen Zucker mit in die Gefangenenzellen zu neh-
men. Als sich Hölzer weigerte und den Diebstahl meldete, gab
der Angeschuldigte an, der nachbenannte Zeuge Hölzer habe
den Diebstahl des Zuckers begangen.

dpa-BESETZER BRAUCHEN GELD

HAMBURG

22. November 78

Die elf Leute, die Anfang November bei
der Besetzung des Frankfurter dpa-Büros
verhaftet wurden, brauchen Geld.

Die „Solidaritätsgruppe für die Elf“ schreibt, daß die Gefange-
nen „warme Klamotten, Infos, Radio usw.“ brauchen.
Die Elf wollten bei dpa eine Erklärung zum Hungerstreik von
Karl-Heinz Dellwo und zur Haftsituation von Werner Hoppe
und Günter Sonnenberg veröffentlichen (siehe ID 256).

Spenden können unter dem Stichwort „Solidarität“ vorerst an
den Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, 2000 Hamburg 13, geschickt
werden.

NAPOLI



Im November in Neapel NEAPEL SEHEN, BEVOR ES STIRBT

NEAPEL Die Einfahrt nach Neapel auf der Autobahn ist 15. November ein gutes Omen: die Posten an der Alt-Stazione sind nicht besetzt: sie streiken – und für uns war die Fahrt von Rom nach Neapel kostenlos. Außerdem sind gerade im Streik: das Krankenhauspersonal – und zwar seit Wochen, sie haben die Krankenhäuser besetzt und große Demonstrationen gemacht. Ihr Tenor: „1978, das ist das '68 für die Krankenhäuser!“ Dann sind die Schüler im Streik, die verschiedensten Schulen besetzt, an den Schulen ist jetzt schon seit Jahren mehr los als an den Unis – ein Wunder, daß sich die Leute vom Abendgymnasium in Frankfurt dagegen wehren, mit den italienischen Schulen verglichen zu werden („das sind ja italienische Zustände“). Die Demonstrationen der Schüler in Rom sind regelmäßig nun schon seit zwei Jahren verboten worden, so auch in diesen Tagen.

Und sonst? 30.000 Demonstranten aus Kalabrien sind gerade nach Rom gezogen, um bei der Regierung zu demonstrieren. Streiks im öffentlichen Dienst stehen bevor. In der Montagsausgabe des Corriere della Sera steht eine genaue Aufschlüsselung, was in der jeweils nächsten Woche an Streikbehinderungen zu erwarten ist.

Wir fahren nach Neapel rein. Hoffentlich finden wir einen Platz in einem Parkhaus, wir wollen nicht die ganze Zeit mit der Angst rumlaufen, daß das Auto demnächst geklaut ist.

Nachdem das geschafft ist, gehen wir erstmal ein bißchen „Atmosphäre schnuppern“, in die Lotta-Kneipe im Historischen Zentrum von Neapel. Sie ist jetzt seit ungefähr einem halben Jahr offen und hat sich ganz schön belebt, ist ein Zentrum für die Genoss/inn/en geworden. Es gibt hier wenig Plätze, wo mensch sich treffen kann, wenn nicht auf der Straße. Ein bißchen stört mich in der Kneipe, daß ihre Macher die gleichen sind, die früher die Macher der Partei Lotta Continua in Neapel waren. Die Zeiten ändern sich, die Macher ändern ihre Tätigkeiten, aber Macher bleiben sie.

Ich treffe einen Arbeitslosen von einem der Arbeitslosenkomitees. Die organisierten Arbeitslosen von Neapel sind Mitte

Fotos:

links: Eine der täglichen Arbeitslosen-Demonstrationen in Neapel

unten rechts: Kinder in Neapel. Von klein auf passen die Kinder auf ihre jüngeren Geschwister auf; auf dem T-Shirt des Jungen steht 'Superstar'.

nächste Seite rechts: Arbeitslose heben die Hände hoch und „ergeben sich“ beim Anblick der Polizei.

Fotos: Mimmo Gallo/Neapel

Der untenstehende Bericht „Neapel sehen, bevor es stirbt“ wurde von Konrad aus der ID-Auslandsgruppe geschrieben.

Oktober nach Rom gefahren, um bei der Regierung dagegen zu protestieren, daß die 4000 Arbeitsplätze, die den napolitanischen Arbeitslosen zur Verfügung gestellt werden sollten, nicht den Arbeitslosen aus den Komitees gegeben werden, die sie politisch erkämpft haben (indem sie monatelang jeden Tag demonstriert und bei den Gewerkschaften, den Parteien und dem PCI-Bürgermeister Stunk gemacht haben), sondern anderen Arbeitslosen, die sich plötzlich gemeldet haben, als feststand, daß es neue Arbeitsplätze gibt. Aufgrund von Initiativen der Parteien



— und zwar von der Christdemokratie bis hin zur PCI — haben sie neue Arbeitslosenlisten aufgemacht — und bekommen jetzt diese Arbeitsplätze. Die organisierten Arbeitslosen aus den (partei-)unabhängigen Komitees sind deshalb mit einem Sonderzug nach Rom gefahren und vor das Arbeitsministerium gezogen, haben dort drei Räume besetzt und — nachdem niemand sie empfangen wollte — einen Hungerstreik gemacht.

Viele Römer, die vom Straßenrand aus die Demonstration der 1000 napolitanischen Arbeitslosen gesehen haben, haben sich über die riesige (Papp-) Torte gewundert, die vorne weg getragen wurde. Auf der Torte drauf waren eine Menge Kerzen, die die 4000 Arbeitsplätze symbolisieren sollten, die den Arbeitslosen nicht gegeben wurden. Als die Demonstration dann vor dem Arbeitsministerium ankam, löste sich das Rätsel: die Torte wurde aufgeklappt und zum Vorschein kam (in riesigen Lettern) das Wort „clientelismo“ (Vetternwirtschaft). — Der Kampf der Arbeitslosen ist u.a. gegen die Vetternwirtschaft und die Parteimafia von Christdemokratie bis PCI gerichtet, die die wenigen Arbeitsplätze, die es überhaupt gibt, ihren Parteigängern zuschanzen.

Mir ist ja bis heute unklar, wie die organisierten Arbeitslosen die Riesentorte in den Sonderzug reinbekommen haben, aber solchen Dingen sind die ganz erfinderisch.

Hier in der Lotta-Kneipe frag ich den Typen vom Arbeitslosenkomitee nach der Situation nach ihrer Fahrt nach Rom. Er erzählt mir, daß die Situation auf der einen Seite schwierig ist, denn sie haben so gut wie nichts in Rom erreicht, nach drei Tagen hat sich der Arbeitsminister endlich bereit erklärt, „in den nächsten Tagen“ mit den Gewerkschaften über die Situation der Arbeitslosen zu reden. Mehr kam nicht raus. Wieder zurück in Neapel haben die organisierten Arbeitslosen erstmal die Parteibürokratie der Christdemokraten und der Sozialisten besetzt, danach das Gewerkschaftshaus der Metallergewerkschaft FIM.

Von den 1000 Arbeitslosen, die in Rom mitgemacht haben, beteiligen sich immerhin über 200 bei den Besetzungsaktionen.

Die meisten Arbeitslosen sind die dauernden, d.h. täglichen Demonstrationen leid. Was ändert sich dadurch schon? Die Leute in Neapel haben sich an das Bild der täglichen Arbeitslosendemos gewöhnt, der Verkehr ist halt 'ne Weile lahmgelegt, aber das ist schließlich nicht das einzige, was in Neapel nicht klappt. Neapel ist eben ein „casino“, ein einziges Durcheinander...

Als ich gerade noch mit dem Arbeitslosen rede, umarmt mich jemand von hinten. Es ist ein alter Freund, der lange Zeit in Deutschland gelebt hat und jetzt hier in Neapel einen Holzladen aufgemacht hat. Endlich fühlt er sich wohl — ich habe immer gemerkt, daß er sich irgendwie fremd gefühlt hat unter den Leuten, selbst noch als er eine Zeit lang in Bologna wohnte. Hier ist es anders.

Als ich Francesco am nächsten Tag in seinem Laden besuche, merke ich warum. Er kennt alle Leute hier in der Gasse und alle kennen ihn: der Kumpel von gegenüber, der einen kleinen Antiquitätenladen hat, der Typ von der Bar nebenan, der uns den

Kaffee rüberbringt, die Leute aus der Metzgerei, dem Tabakladen — es ist eine Art Solidarität zum Überleben, die die Leute einander näher bringt. Zwei Mädchen kommen in den Laden, die eine hat einen Tisch bestellt. Francesco fängt mit ihr gleich einen ziemlichen Streit um den Preis an, aber es ist mehr eine Show auf napolitanisch: ich verstehe nichts mehr, sie schreien sich in breitem napolitanisch an, gestikulieren drauf los, um sich schließlich um den Hals zu fallen.

Am Anfang hatte es Francesco mit seinem Laden ganz schön schwer: wer kauft in Neapel schon Betten, Tische, Stühle usw. aus einem „alternativen“ Holzladen, der ja gewöhnlich teurer ist als herkömmliche Schreinereien? So hatte er mir noch vor einem halben Jahr die damaligen Schwierigkeiten erklärt. Und sicher ist da was dran: es gibt in Süditalien sehr wenige Wohngemeinschaften und deshalb fällt ein Großteil der Genoss/inn/en als mögliche Käufer weg.

Aber was anderes kommt hinzu: Francesco macht den Laden inzwischen mit zwei Freunden, und sie helfen sich gegenseitig hoch, wenn einer keine Lust hat, was zu tun. Denn wer in Neapel hat schon Lust zu schaffen?

Eine merkwürdige Geschichte: eine Stadt (mit knapp zwei Millionen Einwohnern), die an die 200.000 offiziell eingeschrie-



bene Arbeitslose und etwa eine halbe Million Unterbeschäftigte hat, und — trotzdem — hat niemand Lust zu schaffen. In einem Leitartikel einer rechten Lokalzeitung schrieb dazu ein wohlwollender Aristokrat: „Man entwöhnte sich der Arbeit, weil es nie genug Gelegenheit dazu gab.“ Und dann seh ich wieder die Arbeitslosendemonstrationen vor mir mit ihrer Parole: „Napoli chiede lavoro“ (Neapel fordert Arbeit). Wirklich?

Ich wohne bei einer deutschen Genossin, die seit einiger Zeit in Neapel lebt. Ganz schön schwer allein hier als Frau. Sie hat gerade Besuch von einem jungen Typ, der mit seinen Eltern gebrochen hat, allein wohnt und jetzt in Christiane eine Mutter sucht. Er hat gerade einen — harmlosen — Selbstmordversuch hinter sich, wahrscheinlich wollte er sie zwingen, auf ihn einzugehen. Die „mamma“ ist — nicht nur bei Kindern — der emotionale Bezugs- und Rückzugspunkt, sie hält die Familie zusammen, auch wenn die Kinder schon erwachsen sind. Und die Familie ist hier der — so gut wie einzige — soziale Zusammenhang, der noch einigermaßen stabil ist...

Ich gehe mit dem Typ in sein Stadtteilzentrum. Auf dem Weg erzählt er mir stolz, daß er ab Anfang nächsten Jahres eine Arbeit hat — als eine Art Portier. Ein befreundeter Arzt hat

ihm eine Bescheinigung als Invaliden ausgestellt; das hat die Arbeitssuche erleichtert. Es ist schon sehr auffällig, wieviele Invaliden es unter den Arbeitslosen in Neapel gibt.

Als ich zurück „nach Hause“ komme, ruft mich Christiane aufgeregt ans Telefon, als ich dran gehe, höre ich nur, wie der Telefonhörer aufgelegt wird. Christiane erzählt mir, daß sie schon lange Zeit von einem Mann belästigt wird, der ihr zu allen möglichen Tages- und Nachtzeiten seine Phantasien über „l'amore“ erzählen will. Sie weiß selbst nicht, wie der Typ gerade auf ihre Telefonnummer gekommen ist. Auf jeden Fall hofft sie, daß er jetzt nicht mehr anruft, wo er mitgekriegt hat, daß sich nicht immer eine Frauenstimme meldet. Einen Tag später ruft er wieder an, als er meine Männerstimme hört, legt er auf. Die nächsten zwei Tage ist Ruhe, dann meldet er sich wieder ein anonymen Mann, ein anderer, der diesmal etwas von mir will. Sie scheinen sich abgesprochen zu haben. Ob der sexuelle Notstand neue Organisationsformen geschaffen hat?

Es sind hektische Tage; ich bekomme nicht mehr alles zusammen, was passiert ist: in einem der laufenden Vergewaltigungsprozesse werden drei Jugendliche, die ein gelähmtes Mädchen vergewaltigt haben, zu je 11 Jahren verurteilt — die Höchststrafe. Bei diesem Prozeß wird zum ersten Mal die Frauenbewegung

offiziell als Nebenklägerin, d. h. als legitime Vertreterin von Fraueninteressen vor Gericht anerkannt.

In Rom findet ein Prozeß gegen Marco Caruso, einen inzwischen 16jährigen Jungen statt, der vor zwei Jahren seinen Vater erschossen hat. Marco, seine Mutter und seine Geschwister wurden regelmäßig von ihrem Vater verprügelt: in die Schule ging Marco kaum, er mußte für den Vater allerhand zusammenklauen, weil er als Kind dafür nicht bestraft werden konnte — der Vater zog als ambulanter Händler in Rom von einem Markt zum anderen. Klauereien auf den Märkten und die väterlichen Prügel — das war die Welt, in der Marco aufgewachsen ist. Als vor zwei Jahren sein Vater wieder einmal Marcos kleine Geschwister und seine Mutter zusammenschlug, trat er ihm mit der Pistole entgegen: „Ich kann dich nicht mehr sehen“, und drückte ab. Der Staatsanwalt fordert für Marco jetzt 10 Jahre und 8 Monate.

In Mailand wird ein großer Heroinhändler von einem Kommando „kämpfender Kommunisten“ erschossen. Es gibt Tausende von Heroinabhängigen in Mailand; in den letzten Jahren war der Kampf gegen harte Drogen einer der Hauptinhalte der circoli giovanili — einer Art Jugendzentren in Mailand, die aber seit etwa einem Jahr nicht mehr bestehen. Die Heroinhändler hängen mit der Mafia und — politisch gesehen — mit Faschisten zusammen.

Ebenfalls in Norditalien greift ein Kommando von Frauen Boutiquen an und setzen sie in Brand. Die Frauen begreifen ihre Aktion als Teil des Kampfs der Frauenbewegung gegen den Objektstatus der Frau.

In Frosione — zwischen Rom und Neapel — wird der dortige Staatsanwalt zusammen mit zwei seiner Angestellten erschossen. Bei dem Attentat kommt auch ein Genosse des Kommandos um — nach Zeitungsberichten soll er bei der Schießerei selbst schwer verletzt und dann von seinen Genossen mit auf die Flucht genommen worden sein. Erst auf der Flucht soll er dann angesichts seiner schweren Verletzungen einen „Gnadenschuß“ bekommen haben. Aber — wie gesagt — das steht in den Zeitungen. — Viel diskutiert wird in diesem Zusammenhang auch, warum das Attentat gerade dem Staatsanwalt von Frosione gegolten hat. Es handelte sich um einen ‚normalen‘ Staatsanwalt, der sich nicht besonders etwa im Kampf gegen die Guerilla hervorgetan habe. Es gibt darüber viele Spekulationen: auf der einen Seite habe er sich bei Prozessen im Zusammenhang mit Streiks jahrelang beschissen verhalten und sich als Reaktionär profiliert, oder sollte vielleicht wirklich ein quasi x-beliebiger Staatsanwalt getroffen werden?

Der tote Genosse, Roberto Capone, war früher Mitglied von Potere Operaio in Avellino, im Hinterland von Neapel. Zuletzt hat er in Neapel gewohnt. Deshalb finden jetzt hier im Süden Hausdurchsuchungen am laufenden Band statt. Der Chef der Anti-Terror-Einheiten, General Della Chiesa, kommt nach Neapel, die Polizei vermutet — so die Schlagzeilen in den Zeitungen — einen „Superschlupfwinkel“ der Guerilla in Neapel. Einen Tag später wird Petra Krause freigesprochen, nach ihrer Zeit im schweizer und italienischen Knast war sie schon einige Zeit frei. Jetzt endlich der Freispruch. Die Situation ist angespannt. Ich treffe einige Genossen aus der „area dell' autonomia“ — der ‚Szene‘ der Autonomen. Wir reden über das Interview mit Hans-Joachim Klein, das auch in der Lotta Continua erschienen ist. Ich erzähle von den Frankfurter Auseinandersetzungen, ob das Interview veröffentlicht werden soll. Einer von ihnen meint, Klein sei ein ‚Spion‘. Als ich ihn frage, was denn von dem Interview wirklich für die Polizei und Justiz verwertbar sei, schränkt er ein: „Spion im politischen Sinn“. Ich halte nichts von der stalinistischen Diskriminierung Andersdenkender als „Spione“ und muß daran denken, daß die Mehrzahl der Genoss/inn/en der „Autonomia“ in Süditalien früher in marxistisch-leninistischen Gruppen war.

Wir gehen zusammen in eine Wohnung von einem der Genossen — eine der wenigen Wohngemeinschaften in Neapel. Ich wundere mich: da ist nichts von meinem Bild des rigiden Ex-MLers, eine muntere Runde sitzt und liegt im „Gemeinschaftsraum“ herum, ein paar indische Teppiche auf dem Boden und an der Wand, eine geräumige Wohnung. Wir reden ein bißchen über Deutschland, die anderen können sich nicht vorstellen, wie man als Genosse in Deutschland leben kann, sie wollen es jedenfalls nicht. Ich sag ihnen, daß wir nach dem letzten Herbst wieder etwas Mut gefaßt hätten, Demonstrationen machen würden, aber sie können es nicht recht fassen.

Jemand neues kommt dazu, mit einer Flasche Wein. Wir trinken sie gleich zusammen aus — ein schwerer Rotwein von den Hängen des Vesuv. Wir wollen einen ruhigen Nachmittag verbringen, „tranquillita“ (Ruhe, ‚coolness‘) ist das Motto, und ziehen einen durch.

Mitten in die ruhige Runde kommt der Ruf, daß im Fernsehen neue Nachrichten über Durchsuchungen und Haftbefehle kommen, alle hin zum Fernseher. — Ich hab mich schon gewundert, daß der Fernseher die ganze Zeit läuft. Die Hektik erinnert mich an die Situation in Frankfurt nach der Ulrike-Meinhof-Demo vor über zwei Jahren. Aber anscheinend gibt es nichts neues. Wir gehen erstmal zusammen essen und lassen es uns gut gehen. Die Kneipe hätte ich nie gefunden, sie liegt in der letzten Ecke eines verwinkelten Marktes.

Danach gehe ich nach Hause. Es ist inzwischen halb fünf Uhr nachmittags geworden, die Straßen stinken vom Berufsverkehr, als Fußgänger ist es nicht ganz einfach, durch die drängelnden Autokolonnen hindurch die Straße zu überqueren. An einer Straßenkreuzung muß ich warten — neben mir ist ein Transparent aufgespannt, davor steht ein Krug mit frischen Blumen: „Il compagno Miccoli vive con noi“ (Der Genosse Miccoli lebt mit uns) — er ist von den Faschisten ermordet worden. Ich gehe weiter. Die Sonne taucht mit ihren letzten Strahlen die Häuser rund um die Bucht in ein warmes Rot-Gold. Eine schöne, brutale Stadt.

An einer Häuserwand steht: „Es sterben die Menschen, aber nicht die Ideen!“ Dahinter das Zeichen der Faschisten. Und darunter: „Dann stirbt doch!“ mit einem Hammer und Sichel. Ich fühl mich beschissen. Zuhause leg ich erstmal „Street-fighting-man“ auf.

WOLFGANG GRAMS SEIT 11.11.78 IM HUNGERSTREIK

WIESBADEN 11. November 78 *Im September wurden in Wiesbaden zwei Leute verhaftet, die im Notizbuch von Willy Peter Stoll genannt worden sein sollen. Es handelte sich um Leyla Bocook und Wolfgang Grams. Beide sind noch immer in Haft, und zwar in Frankfurt-Preungesheim.*

Wolfgang Grams erklärt zu seinem Hungerstreik:

„Nachdem sich an meinen Haftbedingungen seit meiner Verhaftung am 9.9.78 nichts geändert hat, d.h. die auf die Zerstörung von Identität und Gesundheit der politischen Gefangenen gerichtete Isolation so total ist wie am ersten Tag, trete ich ab sofort in den Hungerstreik.

Ich schließe mich damit dem Hungerstreik der Genossen aus dem Kommando 'Willy Peter Stoll und Michael Knoll' an und solidarisiere mich mit ihren Forderungen.

Für mich fordere ich die sofortige Aufhebung der Totalisolation und den gemeinsamen Umschluß, Hofgang und die Zusammenlegung auf ein Stockwerk mit den Genossen aus dem Kommando.

Preungesheim, 11.11.78 Wolfgang Grams."

Der Verhaftung von Wolfgang stand Ausführlicheres in der ersten Nullnummer der Tageszeitung/Regionalbeilage für Wiesbaden/Mainz. Hier Auszüge daraus:

„Am Samstag, den 9. September, wurde der Genosse Wolfgang Grams verhaftet. Er lebte bis dahin mit festem Wohnsitz in Wiesbaden. Die Verhaftung von Wolfgang, der erste Schlag gegen linke Zusammenhänge in Wiesbaden, die die Genossen aus den militanten Gruppen nicht abschreiben, war lange vorbereitet.

- Die Wohngemeinschaft von Wolfgang war häufig Objekt von Durchsuchungen. Die Einsätze zeichneten sich meist durch zahlreiche Zerstörungen und Verletzungen der Bewohner aus.
- Im August 1977 setzte das ZDF-Magazin (Löwenthal) Wolfgang auf die Liste der Besetzer des amnesty international-Büros in Hamburg, die inzwischen in der Illegalität leben.
- Die 'Rote Hilfe Wiesbaden', die ihre Solidaritätsarbeit gegenüber politischen Gefangenen über Jahre fortgesetzt hatte, wird regelmäßig in den Medien als Unterstützungsgruppe und logistischer Hilfsdienst aufgebaut. Wolfgang wird der Roten Hilfe zugerechnet.

Die Meldung von „Fünf Wiesbadenern im Notizbuch von Willy Peter Stoll" drang am Dienstag, dem 12.9., in die Schlagzeilen der Wiesbadener Lokalblätter vor. Die propagandistische Vorbereitung weiterer Verhaftungen in Wiesbaden geht in den Medien weiter. Am Freitag, dem 15.9., veröffentlichte der 'Wiesbadener Kurier' Auszüge aus Briefen, die an die Wohngemeinschaft in der Grabenstraße gerichtet waren, in der auch Wolfgang lebte. Die Briefe wurden offensichtlich geklaut, entweder vom 'Wiesbadener Kurier' selbst oder von Staatsschutzstellen. Donnerstags waren die Briefe noch im Briefkasten, freitags im 'Kurier', und wurden später in der Wohnung gefunden. Geöffnet und unter der Wohnungstür hindurch in die Wohnung geschoben.

Es handelt sich um Briefe von Christian Möller und Gabriele Kröcher-Tiedemann. Die Meldung hatte die Überschrift: „Terroristen haben noch Kontakt zu Wiesbadener Sympathisanten". Mit dieser Aktion hat der 'Wiesbadener Kurier' fortgesetzt, was die Politik des Staatsschutzes seit langem ist: Die Kriminalisierung des Kontakts voranzutreiben, um die Isolierung der Gefangenen perfekt zu machen, die Ausschaltung von Rechtsnormen als Normalzustand durchzusetzen.

Die Wiesbadener Zusammenhänge einschließlich der PROVINZ (Wiesbadener Monatszeitung) haben überwiegend der staatlich verordneten Entsolidarisierung widerstanden. Das hat zugleich ihre Stärke ausgemacht. Es verhinderte bisher, daß der Staats-

schutz die Politik dieser Zusammenhänge zerstörte. Die relative Einigkeit in der Abwehr von Manövern des Staatsschutzes verhinderte erfolgreiche Isolierung einzelner Genossen. Bis auf die jetzigen Verhaftungen. Daß die Staatsschützer wieder in diese Lücke schlagen wollen, beweist die Kampagne in den Medien.

Ein Wiesbadener Genosse

Besuchsanträge und Briefe für Wolfgang Grams sowie für Leyla Bocook sind zu senden an: Ermittlungsrichter II Kuhn am Bundesgerichtshof, Karlsruhe, Herrenstraße 45a."

INFO ÜBER POLITISCHE GEFANGENE

Wien 15.11.78

In der nächsten Zeit wollen wir ein monatliches Info herausgeben, welches sich mit den politischen Gefangenen beschäftigt. Um die entsprechenden Berichte veröffentlichen zu können, brauchen wir auch die Mithilfe der Beteiligten, also auch der Anwälte.

Aus diesem Grund rufen wir alle Anwälte auf, uns laufend die neuesten Informationen ihrer Mandanten zuzuschicken. Veröffentlicht wird alles. Außerdem steht eine Seite für kostenlose Kleinanzeigen zur Verfügung. Da dieses Info auch in der BRD vertrieben wird, ist dies für deutsche Genossen sicher interessant. Beachtet auch bitte, daß wir unsere Anschrift geändert haben:

Kontakt: INTER-RUK Österreich, Inge Zimmermann, Lerchenfelder Gürtel 15/8, A-1160 Wien

Sohle . . *, schacht . . *, (* = auf anraten meines hausjuristen Dr. Wagner, Düsseldorf, gestrichen), unter tage, aber auch nachts, immer vor ort: Knofo, alias N.E. Kröcher, z. zt. zeche Bochum-Malochum, c/o r. strafsenaat OLG Düsseldorf, 10.11.1978

FÄLSCHER AM WERK

Bochum 16.11.78

Glück auf, liebe brüder & schwestern, ein ernster zwischefall zwingt mich, aus dem halbdunkel des knastes heraus, den wohlgeputzten augen und ohren einer kleinen radikalen öffentlichkeit folgende presseerklärung zu präsentieren:

BETRIFFT: FÄLSCHER AM WERK!

Am 5.10.78 wurde ich aus dem prankenthaler 3/4-normalvollzug in die bochumer 3/4-iso gehubschraubert. Dem lag ein fernschreiben des staatsschutzes zugrunde, nach dem ich angeblich für das pfälzer central-zuchthaus ob meines bombigen (he he) verhältnisses zu den mit-knackis zum schier unerträglichen sicherheitsrisiko geworden wäre. von einem geschwätzi-gen dorfpolizisten der ludwigshafener abteilung tourismus erfuhr ich genaueres:

Ich hätte in Prankenthal eine — bitte anschnallen — PA-LAST-REVOLTE vorbereitet — was natürlich von A - Z erstunken und erlogen ist.

Am 7.11.78, gegen 14.00 Uhr nun, anlässlich des allwöchentlichen zellenwechsels, hörte ich vom benachbarten appartement aus, wie etwa eine viertelstund lang grobe bullenfingerring auf den tasten meiner feinen Olympia-splendid-sixty-six herumhämmerten. Hossa! Sollte hier etwa nachträglich "beweismaterial" für die oben erwähnte phantasieevolution produziert worden sein?!? — Denn mein maschinchen war bereits im sommer 77 volle drei monate in den klauen des BKAs gewesen, wo es nicht nur geröntgt, deteckort, auseinander-

und wieder zusammengebaut wurde, sondern natürlich auch die obligatorische schriftprobe angefertigt worden war. . . Herr und frau nachtigall, ihr seid unüberhörbar!

Um eine neuerliche erweiterung meiner unklugeschrift — die eh fett wie goethe-gesamt und überraschend wie eine wundertüte geraten ist — zu vermeiden, erkläre ich hiermit folgendes:

Aufrufe zum bewaffneten widerstand, zu revolten und revolutionen, zu bombereien und zündeleyen, zum mord an generalbundesanwälten und weinpanschern, zum sturm auf AKWs und MacDonalds-filialen und ähnliche ferkелеien, sind — auch wenn sie auf meiner maschine getippt wurden — nur mit dieser unterschrift echt:

Fehlt diese markante signatur oder sieht sie anders aus, so handelt es sich mit sicherheit um eine fälschung! Entdecker einer solchen werden gebeten, sich unverzüglich mit der örtlichen Revolutionären Zelle oder der nächsten filiale der Bewegung 2. Juni in verbindung zu setzen.

Steppenbrand & erdbeben
Knofo

Norbert Kröcher, JVA Bochum, c/o 4. Strafsenat OLG Düsseldorf, Cäcilienstraße

REINER HOCHSTEIN — DIE KRÖNUNG VONS JANZE

Westberlin
16.11.78

Lorenz-Drenkmann Prozeß; Verhandlungsbericht 7./8.11.78 vom Öffentlichkeitsausschuß "2.-Juni-Prozeß:

Am 7.11. wurde die Vernehmung des Kronzeugen Hochstein im Lorenz-Prozeß fortgesetzt. Hochstein, zur Drenkmann-Erschießung befragt, wiederholte wortwörtlich das, was als seine Aussage in den Akten steht, bis auf zwei entscheidende Ausnahmen. Während er in der alten Aussage noch gesagt hatte Andreas Vogel sei der Blumenbote gewesen, so sagte er nun aus, daß er sich nicht mehr daran erinnern könne, mit Andreas Vogel überhaupt darüber gesprochen zu haben. Entscheidend für dieses neue Arrangement war wohl die vorangegangene Zeugenaussage von Frau v. Drenkmann, die Ralf Reinders als Blumenbote erkannt haben will. Der zweite Unterschied bestand darin, daß Hochstein früher immer fest behauptet hatte, daß das Fluchauto ein hellblauer Fiat gewesen sei. Von dieser Aussage rückte er nun völlig ab und erklärte, daß ihm völlig unklar sei, wie diese Aussage in seine schriftlichen Vernehmungen hineingekommen sei

Auch hier wieder wie beim Puzzle-Spiel: Die Zeugen vorher hatten ausgesagt, daß der Wagen ein Peugeot gewesen sei, weiß oder zumindest hell, während die Anklage vorher Wert darauf gelegt hatte, daß es ein hellblauer Fiat gewesen sein soll. Für die Anklage war der hellblaue Fiat deshalb von Wichtigkeit, weil er in Verbindung mit Ronald Fritsch und Gerald Klöpfer gebracht worden war und die beiden belastet hatte. Nun, da das alles nicht mehr paßte, besann sich Herr Hochstein anders.

Am 8.11. wurde anstelle von Herrn Hochstein der bekannte politische Staatsanwalt Müllenbrock (mit 'ü' wie 'übel', so wörtliches Zitat des großen Vorsitzenden Geus) vernommen. Sta. M. mußte zunächst wiederum die Existenz einer staatsanwaltlichen Geheimakte zugeben, die den Prozeßbeteiligten, mit Ausnahme der BAW, nicht bekannt geworden ist. Er "entschuldigte" dies damit, daß diese Akte nur insgesamt 10 Blät-

ter Geheimmaterial enthalten habe. 7 davon seien inzwischen in die normalen Akten eingeordnet worden. Ein 3-seitiger Vermerk über die erste Hochstein-Vernehmung am 17.3.77 müsse allerdings weiterhin geheim bleiben.

Das Gericht zeigt, wie schon früher, keinerlei eigenes Aufklärungsinteresse an diesem Vermerk, sondern riet dem Sta., sich auf eine begrenzte Aussagegenehmigung zu berufen. Was dann auch prompt erfolgte. Es stellte sich zwar heraus, daß in der schriftlichen Aussagegenehmigung keine Begrenzung ausgesprochen worden war, mit Hilfe des Gerichts schaffte es der Sta. jedoch, sich an eine mündlich gegebene Aussagebegrenzung zu erinnern. Es blieb unklar, ob das Gericht an den fehlenden 3 Seiten Vernehmungsvermerk über die erste Hochstein-Aussage auf Druck der Verteidigung noch Interesse entwickeln wird.

Festzustellen ist jedoch, daß die Sta. mit ihrem gesamten brisanten Ermittlungsmaterial immer mehr in eine "staatsanwaltliche Handakte" flüchtet. Eine derartige "Handakte", in der die Staatsanwaltschaft Ermittlungsmaterial geheimhalten kann, ist in der StPO nicht vorgesehen. Dort wird im Gegenteil bestimmt, daß die Staatsanwaltschaft ihr gesamtes Ermittlungsmaterial mit Einreichung der Anklageschrift den übrigen Prozeßbeteiligten zugänglich machen muß.

Weitere Informationen über Claus Hebler, Postfach 4045, 1000 Berlin 30, Öffentlichkeitsausschuß "2. Juni-Prozeß"

„IN BINGEN ENDLICH MAL WAS LOS MACHEN“

BINGEN

21. November

„Liebe Freunde vom ID.

Ich schick euch 'nen Artikel von uns

(LANDPOST Bingen, eine Zeitung, die im

Jugendzentrum gemacht wird) mit der dringenden Bitte um Veröffentlichung. Die Veranstaltung ist fürs Binger Jugendzentrum wichtig.

Zu eurer Information: Das Jugendzentrum ist Selbstverwaltung hat ab 1. Dezember 78 einen Zivildienstleistenden, der nach langem Kampf von der Stadt bezahlt wird.

Am 1. Dezember findet im Kulturzentrum in Bingen ein Konzert mit verschiedenen Gruppen (siehe unten) statt. Dieses Konzert, das vom Jugendzentrum und von der 'Landpost' veranstaltet wird, soll auf die Forderungen des Jugendzentrums nach einem großen Haus hinweisen. Außerdem geht es den Veranstaltern darum, in Bingen endlich was los zu machen. Die kulturelle Situation hier ist sowieso schlecht genug. Für Jugendliche ist einfach nichts vorhanden — unser Binger Jugendzentrum natürlich ausgenommen. Wenn nicht einige Leute dieses Projekt Widerstand der Stadt selbst in die Hand genommen hätten, liefen heute in Bingen wahrscheinlich nur noch John Travoltas und Olivia Newton-Johns mit Kaugummi-Gesichtern und Cola-Bewußtsein durch die Gegend. Und anstatt gegen diese einschläfernde Lebensart etwas zu unternehmen, baut die Stadtverwaltung lieber Ampelanlagen und Betonklötze. Man kann daraus den Eindruck gewinnen, daß der Stadtverwaltung mehr an marktorientiertem Verhalten als an kultureller Betätigung der Jugend liegt. In dieser Situation darf man sich über steigende Kriminalität und Drogenmißbrauch nicht wundern.

An dieser Stelle gratulieren wir der Stadt Bingen zu einem weiteren Drogenopfer. Dies zeigt, daß dieses Problem nicht mit erhöhtem Polizeiaufwand und härteren Gerichtsurteilen zu beseitigen ist. Hätten Binger Jugendliche mehr Möglichkeiten zur alternativen Lebensgestaltung, müßten sie nicht auf Kriminalität und Drogen (dazu gehört auch Alkohol) ausweichen.

Das Konzert ist ein Versuch von uns und dem Jugendzentrum, diese Lücke ein klein wenig auszufüllen (weitere Veranstaltungen werden folgen). Es wird Stände mit Büchern, Zeitungen, selbstgemachtem Schmuck und anderem Kram, sowie Essen und Trinken geben. Das Ganze kann ein duftiges Fest werden mit: ROCKVOGEL - die bringen fetzenden Polit-Rock, JOACHIM KIRCHNER macht Folk und Blues; als drittes die Gruppe GREENY.

Damit dürfte ja klargestellt sein, was ihr am Freitag, 1. Dezember, macht. Die Herren von der Stadtverwaltung sind auch eingeladen, mit der Jugend in neue kulturelle Sphären einzudringen!! "

Kontakt: LANDPOST im Jugendzentrum, Badergasse 21, 653 Bingen. Die Redaktion trifft sich dienstags und freitags ab 19 Uhr dort."

FLUGBLATTVERTEILER SCHAFFTEN AUCH DIE BERUFUNG

Hagen *Wegen eines Gefängnis-Kandals in Werl*
13.11.78 *(Lothar Gend befand sich in Lebensgefahr*
 und ärztliche Behandlung war ihm verweigert worden)

hatten Initiativen im Sauerland Anfang 1977 Flugblätter zur Situation im Knast WERl verteilt (siehe auch ID 175). Darin war Werl als "Totenmühle" tituliert worden, wodurch sich bestimmte Organe beleidigt fühlten. Drei Flugblattverteiler wurde im April 1978 der Prozeß gemacht, der allerdings mit Freispruch endete. Die Staatsanwaltschaft ging in die Berufung, die jetzt am 8.11. in Arnsberg vor dem Amtsgericht verhandelt worden ist. Hansi aus Hagen schreibt dazu:

"Der Prozeß sollte morgens um 9.00 Uhr beginnen, was sich allerdings als recht schwierig erwies, da nämlich sehr viele Leute anwesend waren, die den hohen Herren anscheinend nicht genehm waren. Aber für diesen Fall hatte man vorgesorgt, man hatte ja aus dem ersten Prozeß gelernt. Plötzlich nämlich um kurz vor 9 Uhr tauchte eine ganze Schulklasse auf, welche, wie sich später herausstellte, bei dem vorsitzenden Richter Unterricht hat. Die Herren Gerichtsdienner meinten nun, diese Klasse müsse zuerst in den Gerichtssaal (der damit fast voll gewesen wäre).

Damit waren wir und die Rechtsanwälte dann aber nicht einverstanden. Also mußte man sich was neues einfallen lassen. Das fiel den Herren allerdings nicht sehr schwer, sie kamen nämlich dann auf die Idee, von jedem, der in den Gerichtssaal wollte, den Personalausweis einzuziehen (was die wohl mit den Dingen vorhatten?). Die Schulklasse war von dieser Maßnahme natürlich ausgenommen.

Doch die Anwälte waren's noch immer nicht zufrieden, denn sie meinten, das Einsammeln der Ausweise sei wohl nicht so ganz legal und ob man die Ausweise nicht doch besser wieder verteilen sollte. Nach kurzem Hin und Her, das Gericht zeigte sich sehr gnädig, wurden die Ausweise wieder herausgegeben.

Damit war die ganze Sache auch schon fast vorbei, es folgten noch einige sehr gute Anträge der Verteidigung und genau so viele Pausen und dann wurde der Prozeß aus prozeß-ökonomischen Gründen eingestellt. Die Kosten übernahm großzügigerweise die Staatskasse; ich hoffe sie wird dadurch nicht zu sehr geschädigt. (Ich schon, der Composerer!)

Diese Geschichte ist damit zu Ende, aber den Knast Werl gibt's noch immer und da läuft's noch immer genauso beschissen; also müssen wir noch mehr Flugblätter und andere schöne Dinge machen. Übrigens — nicht nur wir, ihr auch!

Kontakt: Hansi Kaiser, Stühlhansweg 11, 5768 Sundern/Hagen

zu nachtschlafener Zeit ohne nachtragend zu sein...

DIE NACHTZEITUNG - EIN NACHTRAG

Die Nachtzeitung haben wir im letzten ID (Nr. 256) vorgestellt. Nur haben wir vergessen, zu schreiben, wo sie zu bestellen ist und was sie kostet. Also: Sie kostet ganze 50 Pfennige und ist zu beziehen über: Knöss, Dux, Rohrbachstr. 31, 6000 Frankfurt.

INTERNATIONALE IRLANDKONFERENZ

Oberursel
18.11.78

Vom Irland-Solidaritätskomitee:

Die vom Westdeutschen Irlandsolidaritätskomitee ursprünglich für Ende November projektierte INTERNATIONALE IRLANDKONFERENZ wird nun definitiv vom 19. — 21. Januar 1979 stattfinden. Ort: Frankfurt.

Somit ist einer weiteren Verschiebung jetzt ein konkreter Termin beigegeben. Die erneute Verschiebung muß kurz begründet werden: Bei vielen Genossen hatte sich eine gewisse Konfusion eingestellt, als sie glaubten, daß die "Antiimperialistische Woche", die um den 18. Oktober in Frankfurt stattgefunden hat, mit unserem Vorhaben identisch sei. Zum Ändern ist uns zu Ohren gekommen, daß unser Rundschreiben No. 2, in dem wir unsere Vorstellungen bezüglich der Konferenz konkretisiert hatten, viele der Adressaten nie erreicht hat. Diejenigen, die Rundschreiben No. 2 nicht erhalten haben, mögen sich unverzüglich an uns wenden, wir schicken es dann erneut los.

Kontakt: Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee, Postfach 35, 6370 Oberursel

HUNGERSTREIK FÜR GENERALAMNESTIE IN MEXIKO

Berlin

Familienangehörige von politischen Gefangenen und Verschwundenen, vorwiegend Frauen, befinden sich seit dem 20.

11.78 in Mexico-Stadt im Hungerstreik. Sie fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen und verlangen Auskunft über das Schicksal der Verschwundenen. Der Hungerstreik wurde vom nationalen "Komitee für die Verteidigung von politischen Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und Exilierten" organisiert.

Nach Angaben des Komitees gibt es z.Zt. mindesten 367 "Verschwundene" und bis zu 600 politische Gefangene in Mexico. Nach Angaben von Amnesty International verschwanden allein in diesem Jahr mindestens 25 Personen.

Mit der Forderung nach Aufklärung der Verschwundenen und nach einer Generalamnestie hatten 87 Frauen des Komitees bereits am 28.8.78 einen Hungerstreik durchgeführt. Am 1.9.78 verkündete Präsident Lopez Portillo tatsächlich eine Generalamnestie. Das Amnestiegesetz wurde am 28.9.78 vom mexikanischen Kongreß verabschiedet. Die Entscheidung des Kongresses galt aber nur für die nach Bundesgesetz angeklagten und Verurteilten, während in den 13 Bundesstaaten Mexicos, das Amnestiegesetz auf staatlicher Ebene erst noch verabschiedet werden muß.

Bis Ende Oktober hatten nur 5 dieser 13 Staaten das Gesetz verabschiedet. Nach offiziellen Angaben wurden bisher 200 Personen von der Amnestie in ganz Mexico betroffen, d.h., sie wurden freigelassen oder die Anklage wurde fallengelassen. Die Hungerstreikenden bezweifeln diese Angaben und weisen außerdem daraufhin, daß die 367 Verschwundenen in dem Gesetz mit keinem Wort erwähnt werden.

Schon am 27.7.78 hatten 25 Campesino-Frauen in Juchitan einen Hungerstreik begonnen, um die Freilassung von verschwundenen Führern einer Bauernorganisation zu fordern. Am 5.8. wurde dieser Hungerstreik im Gebäude der UNO in Mexico-Stadt weitergeführt, aus dem die Hungerstreikenden von der Polizei mit Gewalt vertrieben wurden.

Internationale Solidarität wird dringend benötigt, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Am 2.12.78 finden in vielen Städten der BRD Solidaritätsaktionen statt. Wer Interesse daran hat meldet sich bei:

Angela Meentzen, Berlin, Tel.: 030/213 78 09

Gebühr bezahlt

D 1870 CX

Informationsdienst

Postfach 900 343

6000 Frankfurt 90

3842 W

3

ROTE FAHNE
ZENTRALORGAN
KAMEKESTR. 19

D-5000 KOELN 1

Achtung liebe Abonennten!

Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen ! ? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...

KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT – Diese Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehaltes. Wird diese Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender sofort zurückzusenden.

Frankfurt Abendgymnasium: Eine Nachtdemonstration 15

SONSTIGES

Frankfurt Tageszeitung: Was'n Ärger 1

Frankfurt Leserbrief zu ID und taz 2

Wuppertal Wenn einer eine Reise tut... 2

Maierhöfen Unser Holzspielzeug ist sehr schön 3

Augsburg Wer kommt zum Sonnenwendfest ? 4

Berlin Die frühen Sünden des jungen Bahro 4

Frankfurt Verweigerung von Kriegs- u. Zivildienst 5

Berlin 18. März soll Feiertag werden 18

Bingen Endlich mal was los machen.. 29

Frankfurt Die Nachtzeitung kostet 50 Pfennig 30

REPRESSION

Hannover Buch von Peter Schult beschlagnahmt 3

Hannover/Ffm. Solidarisierung mit dem Birkenhof 19

Singen Eine Nacht bei der Polizei 19

Butzbach Wenn ein Gefangener Zucker klaut.. 24

Hamburg dpa-Besetzer brauchen Geld 24

Wiesbaden Wolfgang Grams im Hungerstreik 28

Wien Info für politische Gefangene 28

Bochum FÄLSCHER am WERK 28

Berlin Rainer Hochstein: Krönung vons Janze 29

Hagen Flugblattverteiler schafften Berufung 30

BETRIEB

Frankfurt Ich will den Typen aus der Spinnstube.. 6

Bremen Zwei Tote auf der Vulkan-Werft 11

ÖKOLOGIE

Salzburg AKW Zwentendorf wird nicht gebaut 12

Bonn Nichts Nukleares zwischen BRD & Südafrika ? 12

Sétif/Algerien Radioaktives 'Spielzeug' 14

Hameln Prozeß gegen Matthias Küntzel 14

Hannover Grohnde-Prozeß gegen Karl Winter 18

Freiburg Joachim Schnorrr VERURTEILT 19

INTERNATIONALES

Ffm/Düsseldorf/USA Situation der Gefangenen in den USA 20

Neapel Neapel sehen – bevor es stirbt 25

Oberursel Internationale Irland-Konferenz 30

Berlin Hungerstreik für Generalamnesty in Mexico 30

Kaffeegespräch

Erich Rauschenbach

